Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP
www.unsere-zeit.de

Spielräume
Bei ver.di wird die Tarifrunde des öffentlichen Dienstes diskutiert.
Seite 2

Frühe Wende der „Groko“
Der „Fall Edathy“ ist eigentlicher keiner, aber er verändert die Große Koalition mitten im Honigmond.
Seite 5

1914 und die Mauer
Ludwig Elm über Jahrestage, die deutsche Rechte und Geschichts-Gaucklertum.
Seite 10

28. Februar 2014 – Nr. 9 – 46. Jahrgang PVSt K 4956 D – Entgelt bezahlt 2,80 €

unsere zeit

Staatsstreich in der Ukraine

Deutsche Politiker und Medien bejubeln Vertragsbruch

Am Freitag vergangener Woche hat Präsident Janukowitsch unter dem massiven Druck der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens ein Abkommen mit den Führern der Pro-EU-Opposition, Jazenjuk, Klitschko und Tjagnibok über die Regelung der politischen Krise im Land unterzeichnet. Als Garanten für die Einhaltung des Abkommens signierten die genannten Außenminister.

Die wesentlichsten Punkte dieses Dokuments sahen vor, die Verfassung von 2004 wieder einzuführen, die die Vollmachten des Präsidenten zugunsten des Parlaments reduziert, innerhalb von zehn Tagen eine „Regierung der Volkseinheit“ zu bilden, nach Annahme der Verfassung von 2004 bis Dezember vorgezogene Präsidentenwahlen abzuhalten und innerhalb von 24 Stunden nach Annahme der neuen Verfassung die illegalen Waffen bei den Organen des Innenministeriums abzugeben.

Wie ist diese fast vollständige Kapitulation des Präsidenten vor dem Druck der westlichen Außenminister zu erklären? Hatten doch in den vergangenen Monaten viele hochgestellte westliche Politiker die Protestierenden auf dem Maidan zur Verschärfung ihrer Aktionen aufgehetzt und sich zugleich bei Janukowitsch die Klinke in die Hand gegeben und verlangt, die Forderungen der Protestler zu erfüllen. Auf die Politik des Präsidenten hat das nur wenig Einfluss gehabt. Des Rätsels Lösung dürfte darin liegen, dass die Außenminister-Troika diesmal Waffen mit sich führte, die auf seine Basis, d. h. auf diejenigen Oligarchen gerichtet waren, die ihn stützten und deren Interessen er vertritt. Es geht um den Beschluss der EU, die Konten dieser Leute zu sperren, auf denen sie die aus dem ukrainischen Volk herausgepressten Reichtümer in den EU-Ländern angelegt haben und ihnen die Einreise in die EU zu verwehren. Die Drohung hat gesessen, der Druck der Oligarchen auf Janukowitsch wuchs, er kapitulierte.

Patrik Köbele: *„Ganz offensichtlich hat Steinmeier hier ein gutes Stück Oststrategie des deutschen Imperialismus umgesetzt. Dabei nutzt man die Unzufriedenheit von Menschen und hat kein Problem mit einem Bündnis mit Faschisten. Es geht um die Einkreisung von Russland und den Einfluss von Brüssel, Berlin und Washington auf die Ukraine. Braune Horden, die Juden und Kommunisten jagen, antifaschistische Denkmäler und Leninstatuen schleifen – sind das Kollateralschäden oder nimmt man das gerne mit? Höchste Zeit für Aktionen der Solidarität mit den Antifaschisten in der Ukraine. Wer da jetzt nicht klar Farbe bekennt, der macht das Geschäft der Reaktion.“*

Genützt hat es ihm nichts. Als Klitschko und seine beiden Mitunterzeichner des Abkommens dessen Inhalt auf dem Maidan bekannt gaben, auf dem inzwischen die bewaffneten Faschisten des „rechten Sektors“ und ähnliche den Ton angaben, wurden sie ausgepfiffen. Die Ultraradikalen verlangten den sofortigen Rücktritt des Präsidenten und kündigten an, sonst die Präsidialverwaltung zu stürmen.

Unter diesem Druck mobilisierten Klitschko und seine beiden Komplizen ihre Parlamentsfraktionen in der Rada. Mit Unterstützung von Teilen der Fraktion der Partei der Regionen und mit dieser verbündeten Abgeordneten, die wie Ratten das sinkende Schiff verließen, wurden die Forderungen der Faschisten erfüllt. Die Parlamentsmehrheit beschloss die Absetzung des gewählten Präsidenten, setzte einen vorläufigen Präsidenten ein, beschloss die Rückkehr zur Verfassung von 2004, wählte eine „Regierung der nationalen Versöhnung“, die das Gegenteil davon ist, setzte vorgezogene Präsidentenwahlen bereits für den Mai an und beschloss die Freilassung Timoschenkos aus der Haft. Alle diese Gesetze sind verfassungswidrig, dies allein schon deshalb, weil nach der gültigen Verfassung alle vom Parlament beschlossenen Gesetze vom verfassungsgemäß gewählten Präsidenten unterschrieben werden müssen, um in Kraft zu treten. Eine Absetzung des Präsidenten durch das Parlament darf zudem nur das Ergebnis eines komplizierten, längere Zeit erfordernden Amtsenthebungsverfahrens sein.

Was im ukrainischen Parlament passiert ist, ist nichts anderes als ein Staatsstreich. Das kümmert allerdings Washington, Brüssel und Berlin, die ansonsten so gern von den Werten der bürgerlichen Demokratie schwafeln, ganz und gar nicht. Vielmehr haben sie den Putschisten als Dank für den Verfassungsbruch sofort finanzielle Hilfen versprochen.

Und die drei Außenminister, die mit ihrer Unterschrift unter das Abkommen zwischen Präsident und Opposition die Verpflichtung übernommen haben, dessen Umsetzung zu garantieren, verhalten sich nach der Devise, was kümmert mich meine Unterschrift von gestern. War doch die Tinte ihrer Signaturen unter das Abkommen noch nicht trocken, als dieses von Klitschko und seinen beiden Komplizen bereits gebrochen wurde. Von Protesten Steinmeiers und seiner Kollegen ist nichts zu vernehmen. Muss man da nicht vermuten, dass das Ganze von ihrer Seite und ihren drei ukrainischen Spielern nur ein abgekartetes Spiel war? Mit Blick auf den deutschen Außenminister Steinmeier kann man nur feststellen, dass er den vielen Beispielen des Vertragsbruchs in der Geschichte des deutschen Imperialismus nun ein weiteres hinzugefügt hat.

Fortsetzung auf Seite 6

Thema der Woche

Bundeswehr in aller Welt

Die Bundeswehr wirbt auf ihrer Seiten www.bundeswehr.einsatz.de oder auch www.marine.de für ihre Einsätze in aller Welt.

Diese konzentrieren sich derzeit vor allem auf Afrika. Oft im Rahmen einer UNO- oder „EU“-Mission unter dem Label „humanitäre Hilfe“, häufig unter dem der „Partnership“, also der Ausbildung von Polizei und Militär oder des „Anti-Terror-Kampfes“.

Doch man will künftig nicht mehr nur „Geleitzug“ sein oder Unterstützung für andere geben, sondern verstärkt eigene Interessen verfolgen *(siehe UZ vom 21. Februar, Seite 1)*. Schließlich geht es unter anderem um politischen und wirtschaftlichen Einfluss, vor allem aber um die Sicherung des Zugriffs auf seltene bzw. knapper werdende wichtige Rohstoffe.

Seite 9

Spenden für unser Fest
DKP Parteivorstand,
Konto-Nr.: 4002 487 501
GLS Bank Bochum,
BLZ 430 609 67
Stichwort: „UZ-Pressefest“

Aus dem kleinen Anstandsbuch

Karenzzeit

Politiker, die auf die Welt gekommen sind, um während oder nach ihrer Amtszeit in die freie Marktwirtschaft zu wechseln, müssen eine sogenannte Karenzzeit absolvieren.

Dies ist eine Zeit des ruhigen und beschaulichen Abschiednehmens in der Öffentlichkeit von einer verantwortlichen Position als Honoratior und Staatenlenker. Während der Karenzzeit trägt der Abschied nehmende Politiker daher einen dunklen Anzug und macht eine sorgenvolle und ernste Miene.

Er wirkt stets nachdenklich und zerstreut. Bei allen öffentlichen Anlässen, zum Beispiel bei dem Besuch eines Pissoirs, bedauert er den Wechsel in die sogenannte freie Wirtschaft, für den er sich nun opfert. Gelegentlich wischt er bei solchen Äußerungen eine Träne aus dem Gesicht.

Er redet ungern über sein künftiges karges Managergehalt und blickt mit Wehmut zurück auf seine Diäten als Abgeordneter. Gegenüber der Presse gibt er erstmals zu, dass er künftig in der Innenstadt nachts heimlich Pfandflaschen sammeln muss. Er darf die eingesammelten Flaschen allerdings wenigstens mit seinem Chauffeur im Dienstwagen nach Hause transportieren.

Der Abschiednehmende legt vielleicht auch ein Kondolenzbuch aus und gibt damit seinen Wählern die letzte Möglichkeit, ihm einige nette Worte der Anerkennung für seine unverzichtbare Arbeit als Politiker auf den Weg zu geben. Er freut sich dann über Menschen, die ihm mit einem liebevollen Händedruck versichern, dass er ihre ganze Bewunderung hat, weil er das große Opfer auf sich nimmt, künftig nur noch Wirtschaftsmagnat zu sein.

Die Dauer der Karenzzeit bemisst sich übrigens einzig und allein nach den ersten Terminen seiner Verpflichtungen bei dem neuen Unternehmen. Zu seinen ersten Auftritten gehören sicher die Vorstellung im Aufsichtsrat und die Begrüßung im Golfclub.

Mit einer Kranzniederlegung anlässlich der endgültigen Beerdigung seines Gewissens endet die Karenzzeit und ein neuer Lebensabschnitt beginnt.

Werner Lutz (www.einheiztext.de)

Streikrecht verteidigen!

Die Spalter fordern eine Tarifeinheit

Am 4. Juni 2010 haben der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Dieter Hundt, und der Vorsitzende des DGB, Michael Sommer, auf einer Pressekonferenz eine gemeinsame Initiative vorgestellt, die so genannte Tarifeinheit gesetzlich zu regeln. Sie fordern – durch eine Änderung des Tarifvertragsgesetzes – künftig gesetzlich vorzuschreiben, dass für gleichartige Arbeitsverhältnisse in einem Unternehmen nur ein einziger Tarifvertrag zur Anwendung kommen darf. Im Falle von mehreren Tarifverträgen soll dann derjenige Tarifvertrag, den die Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern im Unternehmen abgeschlossen hat, alle anderen verdrängen. Darüber hinaus soll die sich aus dem vorrangigen Tarifvertrag ergebende Friedenspflicht, während der nicht gestreikt werden darf, für alle Beschäftigten auch dann gelten, wenn sie der Gewerkschaft, die den Vertrag abgeschlossen hat, gar nicht angehören. Soweit der Vorschlag dieser Initiative.

Olaf Harms

Diese Initiative läuft nicht nur auf eine erhebliche Einschränkung des Streikrechts hinaus, sondern auf ein gesetzliches Streikverbot für die Beschäftigten, die nicht unter den vorrangigen Tarifvertrag fallen. Damit wird das in Art. 9 des Grundgesetzes verbriefte Grundrecht der Gewerkschaften auf Koalitionsfreiheit eingeschränkt. Das ist verfassungswidrig. Wenn eine Konkurrenzorganisation einen Tarifvertrag mit den Unternehmern abschließt, dann dürfen Gewerkschaftsmitglieder nicht zwangsweise durch Gesetz an diesen Tarifvertrag und dessen Friedenspflichten gebunden werden. Tarifautonomie bedeutet, dass Gewerkschaftsmitglieder nur an Tarifverträge gebunden sind, die ihre Gewerkschaft abschließt. Selbst wenn eine Konkurrenzorganisation die Mehrheit der Mitglieder in einem Betrieb hat, muss es den Gewerkschaftsmitgliedern möglich bleiben, bessere Tarifverträge mit Kampfmaßnahmen und Streik durchzusetzen – und so die Mitglieder der Konkurrenzorganisation davon zu überzeugen, dass ihre Interessen mit der Gewerkschaft besser durchgesetzt werden können.

Wer in Zeiten der kapitalistischen Krise eine Regierung auffordert, das in über 60 Jahren seines unveränderten Bestehens bewährte Tarifvertragsgesetz zu ändern – womöglich noch verbunden mit einer Grundgesetzänderung zur Einschränkung des Grundrechts auf Streik – liefert die Tarifautonomie auch künftig allen politischen Begehrlichkeiten der Unternehmer und ihrer politischen Parteien aus. Es ist, bei aller praktizierten Tarifpartnerschaft, ein elementarer Verstoß gegen die gesamte Geschichte, Politik und Kultur der Gewerkschaftsbewegung, sich mit Arbeitgeberorganisationen über die Ausgestaltung des Streikrechts zu verständigen und hierzu gemeinsam Gesetzesinitiativen von der Politik zu fordern.

Das Streikrecht ist das wichtigste Grundrecht von Beschäftigten. Ohne das Recht auf Streik können Gewerkschaftsmitglieder ihre Interessen nicht durchsetzen. Ohne Streikrecht gibt es keine Tarifautonomie. Tarifverhandlungen würden verkommen zu kollektivem Betteln.

Bereits auf der gewerkschafts-theoretischen Konferenz am 19. Oktober 2013 sahen wir die Gefahr, dass eine kommende Bundesregierung dieses Thema aufgreifen wird. Und so ist es auch gekommen. Die große Koalition sorgt sich um die Tarifeinheit – angeblich, „um den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken".

Es war vor allem das Kapital, was diese Einheit durchbrach, indem es mit kapitalnahen Pseudo-Gewerkschaften Dumpingverträge abschloss oder Teile der Belegschaft abspaltete und in Tochterfirmen mit schlechteren Tarifen verlagerte. Oder es stieg gleich ganz aus dem Tarifvertrag aus, was zu einer erheblichen Erosion des Flächentarifvertrages führte. Ausgerechnet das Kapital, auf dessen Konto die Zersplitterung der Tariflandschaft geht, forderte nun die Tarifeinheit. Und die schwarz-rote Koalition erfüllte ihm diesen Wunsch.

Es handelt sich bei dem Angriff auf das Streikrecht und die Tarifautonomie letztlich um den Angriff auf die Einheitsgewerkschaft. Diese müssen wir gegen alle Angriffe von Kapital und Politik unbedingt und mit allen Mitteln verteidigen. Dazu gehört der Kampf gegen eine gesetzliche Regelung zur Tarifeinheit. **Olaf Harms**

Auszug aus seinem Referat im Parteivorstand der DKP am 25. Januar 2014

Verteilungsspielraum ist da

Zur Debatte um die Tarifforderung im öffentlichen Dienst

Foto: Münder

München, 12. Februar. KollegInnen des öffentlichen Dienstes verleihen ihren Tarifforderungen Nachdruck: Roter Teppich nicht für die Stars der Leinwand, sondern für die heimlichen Stars, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die täglich das Leben der Millionen in München organisieren. Beteiligt waren Kolleginnen und Kollegen aus dem Krankenhaus, der Straßenreinigung, der Müllabfuhr, dem Klärwerk, der Bestattung, der Verwaltung, aber auch aus der sozialen Arbeit.

Die Forderung für die Tarifrunde im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen sieht im Kern einen Sockelbetrag von 100 Euro plus einer linearen Erhöhung der Gehälter von 3,5 Prozent vor. Im Volumen liegt sie damit vor allem für die unteren Einkommensgruppen über der Forderung anderer Bereiche. Nicht jede(r) kennt das Tarifgefüge im Öffentlichen Dienst, weshalb hier als Beispiele Monatseinkommen von 2 000 bzw. 4 000 Euro dienen sollen. Da liegt die Forderung dann zwischen 7,5 Prozent und immerhin noch 6 Prozent, für die niedrigsten Lohngruppen errechnet sich sogar eine angestrebte Erhöhung von 10 Prozent.

Nach der Enttäuschung 2012 über das Fehlen einer sozialen Komponente kommt das Wollen gerade jener Teile der Mitgliedschaft mehr zum Tragen, die als Krankenpfleger, Busfahrerin, Müllwerker oder Erzieherin mit ihren Nettolöhnen oft nicht weit über den Pfändungsfreibeträgen liegen. Die Forderung widerspiegelt auch die Diskussion im ver.di-Mitgliedernetz, selbst wenn sie nicht repräsentativ sein mag, dennoch aber Tendenzen aufzeigt. Deshalb wird die Forderung in der kommenden Auseinandersetzung zur Mobilisierung der Beschäftigten beitragen.

Dass eine richtige Forderung zuweilen mit bedenklichen Argumenten unterstützt wird, macht sie nicht falsch, gibt aber Anlass zu einer kritischen Betrachtung. Viele Kolleginnen und Kollegen beklagen, dass mit reinen Prozentforderungen die Schere zwischen „oben und unten" weiter auseinander ginge. Die unterschiedlichen Auswirkungen linearer Erhöhungen auf die Nettolöhne und damit auf die Kaufkraft seien hier ohne detaillierte Betrachtung nur erwähnt. Wichtiger ist doch die Frage, ob in einer kapitalistischen Gesellschaft, in der sich in den Händen weniger Prozent der Bevölkerung jährlich 90 Prozent des gesamten Vermögenszuwachses akkumulieren, die Zuordnung von oben und unten an 4 000 bzw. 2 000 Euro Bruttolohn festgemacht werden darf. Ist es nicht so, dass da auch die Beschäftigten mit 4 000 Euro „unten" sind, dass auch sie eine kräftige Lohnerhöhung nötig und verdient haben? Wenn es um das Durchsetzen gemeinsamer Forderungen geht, werden auch diese Kolleginnen und Kollegen gebraucht, sitzen sie im selben Boot, auch wenn ihr Sitz vielleicht nicht ganz so hart sein mag wie der anderer.

Eine andere Argumentation geht davon aus, dass nur ein bestimmter Betrag für Lohnerhöhungen zur Verfügung stehe und der eben „gerecht" aufgeteilt werden müsse. Da kommt dann oft der „verteilungsneutrale Spielraum" ins Gespräch, die Summe von gesamtgesellschaftlicher Produktivitätssteigerung und der Inflationsrate. Das ist doppelt falsch. Zum einen ergibt sich da allenfalls ein Punkt. Alles, was an Abschlüssen darunter liegt, ist nicht verteilungsneutral, sondern führt zu weiterer Umverteilung von unten noch oben. Zum anderen ist objektiv genug Verteilungsspielraum da, solange selbst in der Krise die Reichen um 200 bis 300 Milliarden jährlich reicher werden.

Zahlt ein Konzern Milliardendividenden, ist für alle sichtbar, dass da noch viel Verteilungsspielraum ist. Beim Öffentlichen Dienst werden dann immer die leeren Kassen bemüht. Und spätestens da wird es dann für alle erkennbar hoch politisch. Wenn Verhandlungsführer mit CDU- und SPD-Parteibuch in der Tasche da ihr Klagelied anstimmen, seien sie daran zu erinnern, wer denn mit seinen Steuergeschenken für Millionäre und Milliardäre und Absichern von deren Vermögen via „Bankenrettung" diese Situation verschuldet hat. Und hier muss auch die Solidarität aus anderen Tarifbereichen einsetzen. Nicht nur weil es die Kolleginnen und Kollegen verdient haben, mit ihren Löhnen über die Runden kommen zu können. Auch wir alle haben es verdient, im Alter von motivierten und qualifizierten Menschen gepflegt zu werden bzw. dass unsere Kinder eben solche Erzieher oder Lehrerinnen haben und vieles mehr. In Tarifrunden des Öffentlichen Dienstes demonstriert die Unternehmensseite eben nicht nur, was ihnen ihre Beschäftigten wert sind, sondern auch was ihnen das Gros der Bevölkerung wert ist, die auf eine funktionierende umfassende öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen ist. **Volker Metzroth**

3 500 Stellen bei der Barmer GEK bedroht

KollegInnen erfuhren durch die Presse von Kahlschlagsplänen

Die Barmer GEK, derzeit die zweitgrößte deutsche Krankenkasse, will umfassend umstrukturieren. Laut Vorstandsvorsitzendem Christoph Straub ist mittelfristig die Streichung von insgesamt 3 500 Stellen geplant. Noch hat die Kasse etwa 15 000 Beschäftigte. Die Zahl der Geschäftsstellen soll halbiert werden, von derzeit rund 800 auf ca. 400.

Künftig werde die Kasse stattdessen in Telefon- und Onlineservices investieren. Die Umstrukturierung wird mit den in den kommenden Jahren zu erwartenden Kostensteigerungen im Gesundheitswesen begründet. Der Stellenabbau soll „in enger Abstimmung mit der Personalvertretung sozialverträglich umgesetzt" werden. Im „ARD-Morgenmagazin" vermied Straub aber die Antwort auf die Frage nach betriebsbedingten Kündigungen. „Es ist kein Sparprogramm", sagte dort der Chef der Krankenkasse, die ihre Hauptverwaltung in Wuppertal hat. Es gehe darum, das Unternehmen im Interesse der Kunden zu verändern.

„Wenn tatsächlich ein sozialverträglicher Umbau gewollt ist, geht das nur mit enger Einbindung der Beschäftigten und ihrer Vertreter. Ein Tarifvertrag zur Reorganisation und zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen ist deshalb unverzichtbar", sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Isolde Kunkel-Weber.

Sie forderte umgehend die Aufnahme von Tarifverhandlungen zum Schutz der Beschäftigten und zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen. „Es darf keinen Kahlschlag zu Lasten der Versicherten und der Beschäftigten geben", so Kunkel-Weber. Sie sei enttäuscht, dass die Beschäftigten von den Umbauplänen zuerst aus den Medien erfahren hatten. „Das ist ein Umgang, wie ihn die vielen langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht verdient haben", kritisierte die Gewerkschafterin.

-ler

Frauentag? Hängen wir noch ein paar dran!

„Ich bekomme hautnah mit, wo Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Schuh drückt", behauptet die Bundestagsabgeordnete der SPD aus meinem Wahlkreis. Das hat sie nicht davon abgehalten, sich bei der Diätenerhöhung im Bundestag selbst einen großen Schluck aus der Pulle zu genehmigen – Hand in Hand mit ihrem Wahlkreiskollegen von der CSU. Die große Koalition entfaltet ihre Wirkung, 9 082 Euro sind für manche ein überzeugendes Argument.

Mit diesem Monatseinkommen werden die aktuellen Preiserhöhungen bei Miete, Strom, Benzin und Lebensmitteln sicher zu verkraften sein. Mich drückt allerdings mehr als der Schuh, wenn ich vor dem Kühlregal auf dem Preisschild für die Butter einen um 40 Prozent (!) höheren Preis entdecke als letzte Woche. Nur so als Beispiel.

Alle Preise klettern, nur die Löhne nicht? Das wenigstens wäre der Wunsch von Innenminister de Maizière, der die Forderungen von ver.di für die Beschäftigten beim Bund und in den Kommunen für „maßlos überzogen" hält. Da versteht sich von selbst, dass die Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst unser aller Solidarität benötigen, um gegen diese asoziale Abzockermentalität im „Berliner Selbstbedienungsladen" ein Lohnplus durchzusetzen.

Aus zwei Gründen könnte die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst dieses Jahr sogar zu einem besonders gelungenen Jahresauftakt werden. Erstens hat die Tarifkommission der Gewerkschaft ver.di gute Arbeit geleistet: Die wesentlichen Erfahrungen der vergangenen Tarifrunde 2012 sind berücksichtigt und bieten die Gewähr für breite Akzeptanz in der Mitgliedschaft und der Bevölkerung. 30 Tage Urlaub für alle, die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten und insbesondere der Mindestbetrag von 100 Euro plus 3,5 %, der als soziale Komponente in den unteren und mittleren Lohngruppen spürbar werden wird.

Zweitens werden vielerorts erste Aktionen rund um den Frauentag am 8. März starten. Und ver.di hat starke Kolleginnen! Die beweisen nicht nur im Einzelhandel bei Schlecker, Kaufhof oder H&M, wie Interessenvertretung geht, die haben 2009 im KiTa-Streik auch gezeigt, wie in Krisenzeiten Reallohnsteigerungen erkämpft werden.

Die erste Tarifrunde 2014 wäre eine prima Gelegenheit, an den 8. März noch ein paar Frauentage dran zu hängen!

Isa Paape

Ohne Klassenkampf keine Sozialwohnungen

Privatisierung darf nicht mit Steuermitteln subventioniert werden

Der Kapitalismus ist unfähig, die Wohnungsfrage zu lösen. Das wissen wir spätestens seit Engels' Schrift zum Thema aus dem Jahr 1872. Was bedeutet das für eine Großstadt in Deutschland im Jahr 2014?

In Frankfurt am Main liegt die Wohnraumversorgung – Wohnungen je 100 Haushalte – bei 94,8 Prozent. Das hört sich viel an, ist es aber nicht: Es müssten mehr als 30 000 Wohnungen entstehen, um den Wohnraummangel zu mildern. Pro Jahr stehen aber nur ca. 1 700 neue Wohnungen zur Verfügung – mit sinkender Tendenz. Es würde also mit diesem Tempo fast 20 Jahre dauern, bis die Lücke geschlossen wäre. Bis dahin dürfte aber die Einwohnerzahl weiter steigen, die 2012 zum ersten Mal die 700 000-Grenze überschritten hat und damit um 50 000 Einwohner höher lag als im Jahr 2000. Während also die Nachfrage steigt, sinkt das Angebot und zwar weil und nicht obwohl viel Kapital in den Immobilienmarkt fließt. Denn dieses will gewinnbringend angelegt sein, also in teuren Wohnungen und eben nicht zur Wohnraumversorgung. Das Ergebnis: Mehr als ein Drittel der Einwohner von Frankfurt kann sich nicht ausreichend mit Wohnraum versorgen.

Foto: Deymann

Zahl der Sozialwohnungen sinkt drastisch

Es ist auch mehr als ein Drittel der Haushalte Frankfurts, die über ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 1.500 Euro verfügen. Massive Reallohnverluste müssten eigentlich zu einem drastischen Anstieg der sozialwohnungsberechtigten Haushalte führen. Diese lagen 2012 aber „nur" bei knapp 8 000. Durch die Absenkung der Einkommensgrenze, die zur Registrierung nicht überschritten werden darf, hält die Stadt die Zahlen niedrig. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Sozialwohnungen ist unter 30 000 gesunken – von einstmals mehr als 100 000 Anfang der 90er Jahre. Wenn die Einkommensgrenze der 90er Jahre an die Preissteigerungen angepasst würde, hätten 125 000 Haushalte Anspruch auf Sozialwohnungen. Es fehlen also 100 000 Sozialwohnungen.

Wohnungs- und mietenpolitische Konferenz der DKP
Samstag, 22. März,
10.00 Uhr bis 17.00 Uhr
Frankfurt am Main, Haus Gallus, Seminarraum 3

Diese Zahl will der um ein soziales Profil bemühte Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD), dessen Partei in den 90er Jahren am Abbau des Wohnungsbaus massiv beteiligt war, lieber nicht nennen. Die städtische ABG Holding lässt er als Aufsichtsratsvorsitzender weiter Luxuswohnungen und Prestigeprojekte bauen. Die angekündigte Anhebung des Anteils an Sozialwohnungen bei Neubauprojekten und Ausweitung des Fonds für geförderten Wohnraum stellen sich als Farce heraus: Es gehen weiterhin jedes Jahr 700 Sozialwohnungen verloren. Zugleich setzt die ABG das durch Sparen an der Substanz und Mieterhöhungen gesammelte Kapital ein, um Großprojekte für Investoren zu erschließen, wie zuletzt beim Kauf des Geländes des Uni-Campus, das mit Bürogebäuden und teuren Wohnungen bebaut werden soll. Sozialwohnungen müssen gebaut werden – aber nur wenn sie in öffentlicher Hand bleiben und nicht private Eigentümer mit Steuermitteln subventionieren und außerdem zu wirklich bezahlbaren Mieten, die am Einkommen orientiert sind und nicht an der Quadratmeterzahl. Es zeigt sich, dass der Kapitalismus unfähig ist, genügend bezahlbare Wohnungen im Sinne der Arbeiterklasse zu bauen. Er müsste dazu gezwungen werden. Doch wie?

Kampf ums Teewasser ist der erste Schritt

Dass der Staat ein Staat der Monopole ist, gilt auch für seine Präsenz in der Kommune. Verzierungen wie Ortsbeirat, Bürgersprechstunde und angebliche Bürgernähe können über den undemokratischen Charakter nicht hinwegtäuschen. Beschlüsse, die zehntausende Menschen betreffen, werden in Ausschüssen ausgeklüngelt, die Vertreter der Kommune verdingen sich gleichzeitig oder vorher und nachher bei Banken, Investoren oder Planungsbüros. Für das Erkämpfen der demokratischen Forderung nach mehr Sozialwohnungen ist die eigenständige, von Einlullung und Integration in den bürgerlichen Staat unabhängige Organisierung der Lohnabhängigen nötig. Ohne dies wird es selbst bei Reformforderungen nur bei Ankündigungen bleiben. Dafür ist das Aufgreifen des „Kampfes um das Teewasser" der erste Schritt, das Verbinden dieses Kampfes mit der Frage der Macht im Staate und damit das Schaffen von Klassenbewusstsein der zweite und das Organisieren in Initiativen der Partei oder in der Partei selbst der dritte. Der Aufbau von dauerhaften Strukturen, in denen sich Menschen zusammenschließen, ihre Interessen erkennen, für ihre Rechte eintreten und sich dabei keine Illusionen über die Verhältnisse machen, in denen sie das tun, bleibt unsere Aufgabe. Ansatzpunkte können Siedlungen sein, die aus der Sozialbindung herausfallen oder wo Mieterhöhungen der städtischen Baugesellschaft geplant sind. Es ist aber auch möglich, dass andere Punkte sich als neuralgisch herausstellen. Die Verbindung mit der Lohnfrage sollte immer wesentlicher Bestandteil sein, weil der Verkauf der Ware Arbeitskraft der „Angelpunkt ist, um den sich die Ausbeutung des Arbeiters dreht" und die Abschaffung der Miete diese Ausbeutung nicht beenden würde, sondern die „Masse der der Arbeiterklasse abgenommenen unbezahlten Arbeit genau dieselbe bliebe" (Engels), nur anders unter den Kapitalisten verteilt werden würde.

Philipp Kissel

Bundeskongress des DGB

Vom 11. bis zum 16. Mai 2014 findet in Berlin der 20. Ordentliche DGB-Bundeskongress statt. Zum 20. „Parlament der Arbeit" kommen 400 Delegierte aus den acht Mitgliedsgewerkschaften des DGB zusammen. Der DGB Bundeskongress ist das oberste Beschlussorgan des DGB, Ordentliche Bundeskongresse finden alle vier Jahre statt. Der Kongress in diesem Jahr steht unter dem Motto „Arbeit. Gerechtigkeit. Solidarität. 20. Parlament der Arbeit". Auf dem Bundeskongress im Mai wählen die Delegierten einen neuen Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer wird nach zwölf Jahren an der Spitze des Bundes der Gewerkschaften nicht zur Wiederwahl antreten. Insgesamt wählen die Delegierten einen vierköpfigen Vorstand: Der DGB-Bundesvorstand hat im Rahmen seiner Jahresauftaktklausur anfangs des Jahres 2014 offiziell den Personalvorschlag für den kommenden Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand (GBV) unterbreitet: Reiner Hoffmann wird als Vorsitzender, Elke Hannack als stellvertretende Vorsitzende sowie Annelie Buntenbach und Stefan Körzell als weitere Mitglieder des GBV den Delegierten des Bundeskongresses zur Wahl vorgeschlagen. Außerdem werden die Delegierten wichtige politische Leitlinien des Bundes der Gewerkschaften für die kommenden Jahre setzen. Auch zum 20. Parlament der Arbeit begrüßt der DGB wieder viele prominente Gäste aus Politik und Gesellschaft. Am ersten Kongresstag wird Bundespräsident Joachim Gauck zu den Delegierten sprechen.

Solidaritätsstreik für Flächentarifvertrag

Gegen den Angriff auf den Berufsstand der Journalisten und das massive Vorgehen der Verleger, die Arbeit von Redakteuren, Druckern und Verlagsangestellten weiter zu entwerten, sind am vergangenen Freitag rund 300 Journalisten, Drucker, Verlagsangestellte und Mitarbeiter der Druck-Vorstufe des Stuttgarter Pressehauses in der Baden-Württembergischen Landeshauptstadt in den Streik getreten. Mit dabei waren auch KollegInnen des Schwäbischen Tagblatts aus Tübingen und des Reutlinger Generalanzeigers sowie rund 35 Streikende des Schwarzwälder Boten aus Oberndorf, die mit dem Bus angereist waren, um in einem Solidaritätsstreik für den Erhalt des Flächentarifvertrags und eine faire Bezahlung Flagge zu zeigen. Unter den Schwabo-Leuten befand sich auch der einzige streikende Redaktionsleiter. Zunächst diskutierten die KollegInnen im Streiklokal über die Tarifverhandlungen und das „Tarifwerk Zumutung" des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), das massiv an den Geldbeutel der Journalisten will. Die Stimmung war dabei eindeutig, sollte der BDZV die Vertreter der Gewerkschaften weiter so hinhalten wie bisher, dann müsse über eine Urabstimmung zumindest in Baden-Württemberg nachgedacht werden. Thomas Ducks, Betriebsratsvorsitzender des Schwarzwälder Boten Schwabo), betonte, dass die Botschaft nur lauten könne, für einen anständigen Tarif auf die Straße zu gehen, keine Angst zu haben vor weiteren Arbeitskämpfen und diese dann auch durchzuhalten: Zur Motivation der Schwabo-Streikenden erklärte Ducks: „Wir haben 2011 nicht 96 Tage für einen Anerkennungstarif gestreikt, um jetzt tatenlos zuzusehen, wie der Tarifvertrag ausgeweidet wird."

15 000 Euro Lohn nachgezahlt

Seit Mai 2013 hat die Gewerkschaft Nahrung, Genuss und Gaststätten (NGG) ihren Mitgliedern bei der Burger King GmbH bis heute in mehr als 200 Fällen Rechtsschutz gewährt. Hinzu kommen viele Verfahren, die gegen Betriebsräte eingeleitet wurden. In zehn abgeschlossenen Kündigungsverfahren gab es zehn Mal einen Erfolg für die Betriebsräte. Erst in der vergangenen Woche hat das Arbeitsgericht Augsburg entschieden, dass einem Kollegen mehr als 15 000 Euro ausstehender Lohn gezahlt werden müssen. „Wir lassen uns auch künftig nicht einschüchtern", so der NGG-Vize Burkhard Siebert.

„Ich kann nicht mehr"

Auch die Telekom hat ihre Arbeitsprozesse optimiert

Vor der Einführung elektronischer Datenverarbeitung fanden die Kolleginnen und Kollegen während der Arbeitszeit immer wieder die eine oder andere Nische, in der man ein bisschen verschnaufen konnte. Zwar waren die Aufpasser des Unternehmens auch damals darauf bedacht, die Arbeitszeit möglichst vollständig zu nutzen. „Der kontinuierliche Blick über die Schulter", der heute mit moderner Datenverarbeitung möglich ist, gelang aber damals nicht.

Vor etwa zwei Jahren kumulierte der Druck, den die Telekom formal über zugewiesene Arbeitsmengen und informell über Abpressungsstrategien der Teamleiter auf die Beschäftigten zu Leistungssteigerungen ausübte, fast zur Katastrophe für die Beschäftigten – und damit auch für die Geschäftsleitung. Immer mehr Ausfälle durch Krankheit verbanden sich mit einer miesen Stimmung der Belegschaft. Das Resultat einer damals durchgeführten Mitarbeiterbefragung auf einer Betriebsversammlung war selbst für die hartgesottene Vorgesetztenriege alarmierend.

Der brutalste Arbeitsdruck auf die Beschäftigten, den Teamleiter verursachten, indem sie sich scheinbar auf Seiten der Beschäftigten stellten, aber zugleich Disponenten zu massivem Druck und Überbuchung gegen die Beschäftigten anhielten, wurde eingestellt. Deshalb trat in relativ kurzer Zeit auch eine gewisse Entspannung der Lage ein.

2012 wurde zwischen dem Gesamtbetriebsrat und der Telekom eine Gesamtbetriebsvereinbarung, „ein Gesundheitsdialog", zum Arbeits- und Gesundheitsschutz, vereinbart. Auf Teamebene wurden sogenannte „Gesundheitstage" durchgeführt, die von einem Vertreter eines Gesundheitsunternehmens in Anwesenheit des Teamleiters geleitet wurden. Außerdem war eine Vertreterin der Geschäftsführung anwesend. Die Ergebnisse wurden nicht personenbezogen an eine Arbeitsgruppe des Gesamtbetriebsrats und des Unternehmers weitergereicht. Diese Situation hat zu einer Art Schwebezustand geführt. Während der Unternehmer, umsatzorientiert, die Belastung wieder nach oben treibt, muss er ja zugleich die Gesamtbetriebsvereinbarung einhalten. Das führt gelegentlich dazu, dass sich die Herren Team- und Abteilungsleiter bei Mitarbeitergesprächen lösungsorientiert und freundlich geben (wenn der Betriebsrat anwesend ist). Aber informell wird so mancher Kollege schon mal gefragt, „ob er es sich nicht einmal überlegen wolle, lieber in eine andere Abteilung oder gar den Arbeitgeber zu wechseln, weil er ja wisse, dass es in seiner Dienststelle so stressig zugehe".

An einem Beispiel kann man illustrieren, dass mit einer Betriebsvereinbarung Klassengegensätze nicht versöhnt werden können. An einem Gesundheitstag wurden zwar Bedürfnisse der Kollegen ermittelt. Aber durch die Anwesenheit des Teamleiters wurde das Hauptproblem, die zu hohe Arbeitsmenge und die Arbeitsbedingungen, nicht thematisiert. Die Leiterin des Treffens wischte sogar in einem Nebensatz – „Ich kann den Teamleiter schon verstehen, weil die Telekom die hohen Löhne ja bezahlen muss" – diesen Ansatz vom Tisch. Selbstverständlich umschiffte auch der Teamleiter das Problem und orientierte das anwesende Team auf Teamfeiern, vorzugsweise außerhalb der Arbeitszeit. Manche Kollegen meinten gar, die Ursache ihrer Belastung läge darin, dass sie kein Lob von ihrem Vorgesetzten bekämen. Was fehlt, ist die Aufklärung und Diskussion der Belegschaft vor der Auseinandersetzung mit dem Unternehmer, damit dann auch Druck ausgeübt werden kann. Die Verdi-Betriebsgruppe z. B. sollte in Zukunft interessierte Kolleginnen und Kollegen zu Informationsgesprächen einladen und Bewusstseinsbildungsprozesse anstoßen, der Betriebsrat sollte mit den betroffenen Kollegen das Gespräch suchen, damit gemeinsame Wünsche und Interessen durchdacht und formuliert werden. Den Grundsatz, „niemals unvorbereitet und vereinzelt mit dem Unternehmer Gespräche führen", sollten wir als goldene Regel beherzigen. Dafür haben wir ja schließlich Betriebsräte und Gewerkschaften. **Ernst Stadtler**

Aus: „Auf Draht", Betriebszeitung der DKP München und der Gruppe KAZ

Recht haben und Recht bekommen …

… liegen bei der Inklusion weit auseinander

Behindertenfeindlichkeit und Inklusion als deren Gegenteil haben in Deutschland eine katastrophale Geschichte. Der Tiefpunkt lag zweifelsfrei in der staatlichen Diskriminierung und Selektion von Behinderten im Faschismus bis hin zur gezielten Ermordung von 14 494 Menschen mit Behinderungen in der Tötungsklinik Hadamar (Hessen). Giftgas, Giftspritzen und Hunger waren die Mordwerkzeuge. Die Begründung der Nazis: Behinderte sind nicht tauglich für den Produktionsprozess; sie sind ein unnützer Kostenfaktor.

An die Opfer erinnert die Gedenkstätte Hadamar. Die Distanzierung von den Verbrechen ist zwingend – aber nicht hinreichend, denn immer noch gibt es in Deutschland eine latente Ablehnung von Behinderten und damit eine Distanz zur Inklusion. Springers „Welt“ brachte die Behindertenfeindlichkeit am 26. Juli 2013 mit der Überschrift „Die Angst vor Inklusion ist groß und berechtigt“ auf den Punkt.

Knapp 490 000 Schüler haben in den 16 Bundesländern Förderbedarf. Aber noch hat nicht jedes Bundesland die Voraussetzungen für den inklusiven Unterricht geschaffen. In Bremen besuchen 55,5 Prozent der Förderschüler eine reguläre Schule, in Niedersachsen sind es 11,1 Prozent. Seitdem die Inklusion in Deutschland mit einem Rechtsanspruch verbunden ist, stieg der Inklusionsanteil, also der gemeinsame Unterricht für Schüler mit und ohne Behinderung, insgesamt von 18,4 auf 25,0 Prozent. Im Vergleich der Schulformen ist der inklusive Unterricht an Realschulen und Gymnasien am schwächsten vertreten.

Der Bildungsforscher Prof. Dr. Klaus Klemm (Essen) schränkt in seiner Studie „Inklusion in Deutschland – eine bildungsstatistische Analyse“ (Auftraggeber: Bertelsmann-Stiftung) allerdings ein: „Denn der Anteil der Förderschüler, die in Sonderschulen unterrichtet werden, ist in dem selben Zeitraum annähernd konstant geblieben. So ist die Exklusionsquote, die diesen Anteil separat beschulter Schüler an allen Schulen erfasst, in den letzten vier Jahren lediglich von 4,9 auf 4,8 Prozent (und damit um 2 Prozent) zurückgegangen.“

Hintergrund: die Förderschüler haben insgesamt von 482 155 (2008/09) auf 487 155 (2011/12) zugenommen. Klemm: „Anders ausgedrückt: Im März 2009 … lag der Anteil der verhaltensauffälligen, lern- oder körperbehinderten Kinder an der gesamten Schülerschaft noch bei 6,0 Prozent; im Schuljahr 2011/12 betrug er 6,4 Prozent.“ Die brutale Gesamtbilanz der Studie: „Nach wie vor erlangen drei Viertel der Förderschüler, die separat unterrichtet werden, nicht einmal den Hauptschulabschluss.“

NRW-Landesregierung schiebt das Problem der Inklusion weg

Die Schlussfolgerung bei Klemm: „Angesichts der Tatsache, dass schon den Schülern und Schülerinnen, die einen Hauptschulabschluss erreichen, die Einmündung in eine voll qualifizierende Berufsausbildung sehr schwer fällt, eröffnen spezielle Abschlüsse oder Abgangszeugnisse von Förderschulen, die unterhalb des Hauptschulabschlusses angesiedelt sind, erst recht kaum Zugangschancen auf dem Ausbildungsmarkt.“

Die Gründe sind vielfältig. Zum Beispiel wurden Schulen nicht so umgebaut, dass Behindertentoiletten eingebaut wurden. Oder die Räume liegen nicht barrierefrei. Wenn die Fachräume in der zweiten Etage liegen und der Fahrstuhl fehlt, können sie von RollstuhlfahrerInnen nicht erreicht werden. Die Folge: die Schulleitung weigert sich, die behinderten Schüler aufzunehmen. Schulträger, also verantwortlicher Bauherr, ist die Kommune. Ihr Argument: Wir haben kein Geld und bauen nicht – obwohl ein Rechtsanspruch auf Inklusion besteht (s. Kasten).

Inklusion

Inklusion wird in der Pädagogik als gemeinsamer Unterricht für Kinder und Jugendliche in ihrer Vielfalt verstanden. Slogans wie „Es ist normal, verschieden zu sein“ oder „Vielfalt macht stark“ verdeutlichen dieses pädagogische Verständnis. Kinder mit Behinderungen zum Beispiel werden also nicht ausgeschlossen.

In der Soziologie geht die Inklusion über die Schule hinaus. Sie bezieht sich auf alle Gesellschaftsbereiche. Kein Mensch darf ausgeschlossen werden. Das gilt zum Beispiel für Personen, die auf einen barrierefreien Zugang zum Arbeitsplatz angewiesen sind.

Rechtlich kann sich die Forderung nach Inklusion in Deutschland auf Artikel 1 des Grundgesetzes stützen, in dem die Würde des Menschen, die Menschenrechte und Gerechtigkeit betont werden. In Artikel 2 wird die freie Entfaltung der Persönlichkeit garantiert. In Artikel 3 steht „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ (Satz 1) und schließlich heißt es „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Die Vereinten Nationen beschlossen 2006 das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Es handelt sich um einen völkerrechtlichen Vertrag, der von der Bundesrepublik Deutschland am 23. Januar 2009 ratifiziert wurde. **UK**

Zweiter Grund: Es fehlt an Personal zur Betreuung und Begleitung der Behinderten. Früher wurden dafür oftmals die kostengünstigen Zivildienstleistenden eingesetzt. Sie stehen nicht mehr zur Verfügung. Auch Lehrer, die für inklusiven Unterricht an der Universität ausgebildet wurden, gibt es kaum. Die Integrationshelfer und Förderlehrer seien aus den Landeshaushalten zu finanzieren, argumentieren die Kommunen. Die NRW-Landesregierung schiebt das Problem auf die nächste Ebene. Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) sieht die Verantwortung – abgeleitet aus dem Sozialgesetzbuch – beim Bund. Die Bundesregierung sieht das Schulwesen wiederum in der föderalen Hoheit der Bundesländer. Klaus Klemm hat 660 Millionen Euro an Personalkosten ermittelt. Summiert werden drei Milliarden Euro genannt.

Niemand will verantwortlich sein. Niemand will die Summen einsetzen, die notwendig wären, um aus dem Rechtsanspruch eine Rechtswirklichkeit zu machen. In NRW haben der Städte- und Gemeindebund und der Landkreistag Klage beim Landesverfassungsgericht Münster gegen das Land angekündigt. Der Städtetag hat sich ähnlich positioniert. Michael Gerber, DKP-Ratsherr in Bottrop und Vorsitzender des Schulausschusses: „Das Gericht wird, wenn es wirklich angerufen werden sollte, irgendwann entscheiden. Inklusiv zu beschulende Schüler benötigen aber heute ihren inklusiven Platz in der Regelschule. Wenn keiner verantwortlich sein will, müssen wir den Druck nach allen Seiten erhöhen. Finanzielle Ausreden lasse ich nicht zu! Es geht schließlich um die Kinder, die heute noch auf der untersten Stufe der Bildungsleiter festgehalten werden.“

Uwe Koopmann

Ghettorenten endlich auszahlen

NS-Opfer zahlen Versagen deutscher Behörden

„Das Problem mit den Ghettorenten muss jetzt unverzüglich gelöst werden“, fordern die innenpolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“, Ulla Jelpke, und der rentenpolitische Sprecher, Matthias W. Birkwald, anlässlich des Kabinettsbesuches in Israel, an dem auch Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) teilnimmt. „Die Linke“ hat zu den Ghettorenten einen Antrag in den Bundestag eingebracht, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, schnell einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die rechtlichen Grundlagen dafür schafft, dass die Betroffenen eine rückwirkende Auszahlung der Rente ab dem 1. Juli 1997 erhalten.

Jelpke weiter: „Bei der Umsetzung des Ghetto-Rentengesetzes (ZRBG) haben sich über Jahre hinweg Ungerechtigkeiten verschiedenster Art angehäuft. Im Ergebnis werden rund 20 000 Betroffenen Rentenleistungen in vier- bis fünfstelliger Höhe vorenthalten. Es kann nicht angehen, dass NS-Opfer, die im Ghetto schuften mussten, die Rechnung für ein Versagen der deutschen Behörden zahlen müssen.“

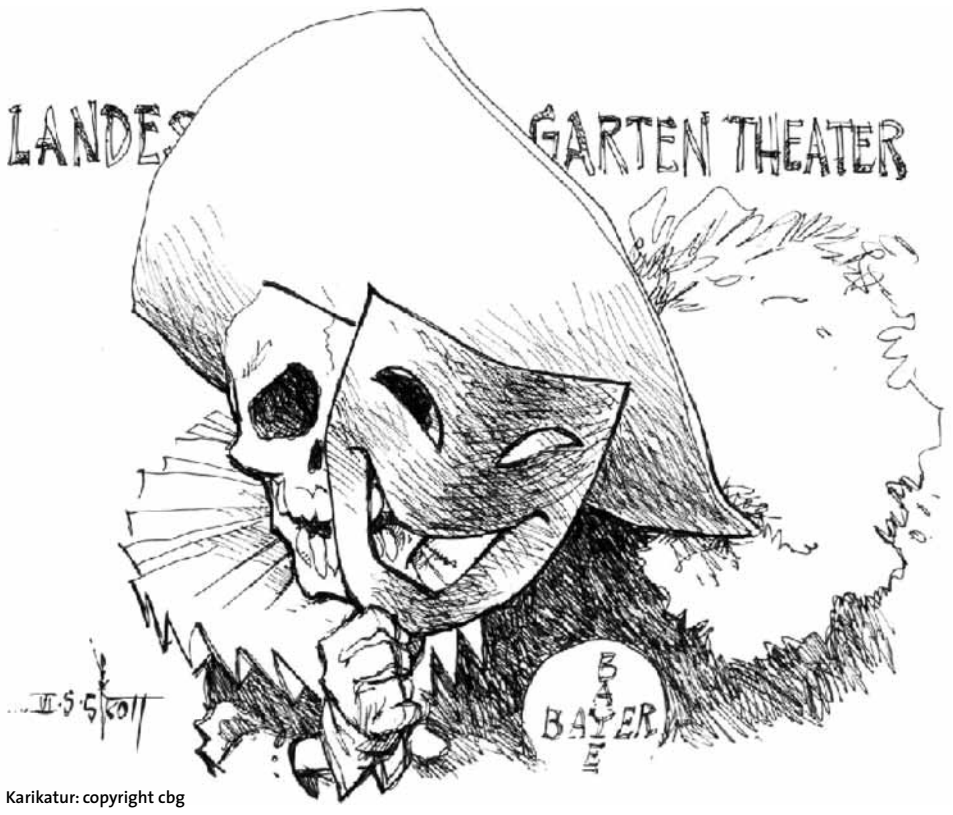
Birkwald ergänzt: „Die Ankündigung von Arbeitsministerin Nahles, zügig einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen, begrüßen wir ausdrücklich. Leider zeigt die Erfahrung, dass insbesondere die Union hier stark auf die Bremse tritt. Deshalb machen wir mit unserem Antrag Druck. Wenn wir unserer Verantwortung nachkommen wollen, dürfen wir nicht länger warten. Tausende von Berechtigten sind schon gestorben, ohne jemals ihre vollen Leistungen erhalten zu haben.“

Umwelt-Alarm in Leverkusen

Versiegelte Giftmüll-Deponie der Bayer-AG wird aufgebohrt

Am Mittwoch, dem 19. Februar, haben in der Leverkusener Dhünnaue Sondierungsarbeiten für den Bau einer neuen Autobahnbrücke begonnen. Hierfür werden 17 Bohrungen bis in eine Tiefe von 40 Metern durchgeführt. Bis zum Sommer sind etwa 300 Bohrungen notwendig. Wie es danach weitergeht ist noch nicht bekannt. Abriss und Neubau der Brücke sollen bis mindestens 2023 dauern.

Besondere Schwierigkeiten macht der gefährliche Untergrund: die Dhünnaue diente dem benachbarten Bayer-Konzern jahrzehntelang als Giftmülldeponie. Bei jedem Bohrloch fallen daher rund zwei Tonnen Sondermüll an, die zunächst im Labor untersucht und je nach Giftigkeit deponiert oder verbrannt werden müssen. Die Arbeiter müssen während der Bohrungen einen Ganzkörperschutz tragen. Sie tragen Schutzmasken und atmen gefilterte Luft, denn im Boden lagern nach wie vor giftige Produktionsabfälle.



Karikatur: copyright cbg

Für den Neubau der Leverkusener Autobahnbrücke wird die ehemalige Giftmüll-Deponie des Bayer-Konzerns entsiegelt.

Die Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) erinnert daran, dass die einstmals „größte bewohnte Giftmüll-Deponie Europas“ bis heute eine Gefahr für die Umwelt darstellt. Auf dem Gelände liegen mehrere hunderttausend Tonnen Giftmüll, darunter Schwermetalle und hochgefährliche Chlorverbindungen. Wegen der ungeordneten Deponierung ist die genaue Zusammensetzung unbekannt.

Im Landtag NRW wurde einst von einer größeren Giftlast als in Bitterfeld gesprochen.

Das verseuchte Erdreich wurde weder abgetragen noch vollständig umschlossen. Lediglich zum Rhein hin wurde die Altlast mit Spundwänden gesichert. Stündlich müssen daher 750 Kubikmeter verseuchtes Wasser abgepumpt und gereinigt werden – über Jahrhunderte hinweg. Da die Schichten unter der Deponie zum Teil wasserdurchlässig sind, ist ein Eindringen von giftigem Grundwasser in den Rhein zu befürchten, besonders bei Hochwasser.

Nach dem Krieg wurde die Deponie notdürftig abgedeckt und mit 220 Wohneinheiten, einem Kindergarten, einem Altersheim und einer Schule bebaut. Medizinische Gutachten zeigten daraufhin bei hunderten von AnwohnerInnen Veränderungen des Blutbilds. Allein in einer Hauptschule am Rand des Geländes traten 15 Krebserkrankungen und fünf Todesfälle auf – viel mehr, als statistisch zu erwarten wäre. Die Gesamtzahl der Opfer ist bis heute unbekannt, da weder die Bayer AG noch die Stadt Leverkusen eine systematische Erfassung der Erkrankungen vornahmen. Der tödliche Skandal führte lediglich zur Ablösung des einstigen Werksdirektors Dietrich Rosahl. Die Sicherung der Altlasten verschlang von 1995 bis 2004 offiziell rund 110 Millionen Euro, die von Land, Bund und Bayer AG aufgebracht wurden. Danach fand auf dem Gelände die Landesgartenschau 2005 statt. Damals sprach der Konzern davon, dass mit der Versiegelung das Problem der Giftmüll-Deponie endgültig beseitigt sei.

Die CBG und andere Organisationen forderten schon damals eine vollständige Sicherung des Geländes auf Kosten des Konzerns, Übernahme aller Folgekosten durch Bayer sowie einen Gedenkstein für die Opfer. „Die entstehenden Mehrkosten beim Bau der Autobahn müssen von Bayer getragen werden. Umwelt und Anlieger haben jahrzehntelang unter der Gift-Belastung gelitten. Der Öffentlichkeit dürfen nicht noch weitere Folgekosten entstehen“, so Philipp Mimkes vom Vorstand der CBG.

Bereits 1987 hatte das Landesamt für Abfall und Wasser festgestellt, dass „die untersuchten Boden-Eluate eine teilweise extreme Belastung des Bodens mit Schadstoffen aufzeigen. Die Schadstoffe sind bereits so weit in den Untergrund eingedrungen, dass auch das Grundwasser davon betroffen ist. Dieser Umstand ist äußerst bedenklich, vor allem im Hinblick auf eine mögliche Gefahr für das Trinkwasser (…). Eine Kontamination z. B. spielender Kinder oder weidenden Viehs ist nicht auszuschließen“.

All diese Probleme waren angeblich mit der Versiegelung von 2004 gelöst. Doch jetzt holt die Vergangenheit die Leverkusener Bevölkerung wieder ein. Mindestens 20 Meter ist die Giftschicht dick, durch die jetzt 300 Löcher gebohrt werden. Später werden die Fundamente der neuen Brücke in die Giftschicht gesetzt. Dass dabei keine Gefährdung entsteht, mag glauben, wer mag. **AR (Quelle: CBG)**

Die frühe Wende der „GroKo“

Anmerkungen zum „Fall Edathy“ • Von Klaus Wagener

Die „Zeit“ übertrifft sich wieder einmal: Sebastian Edathy sei immer „jemand Apartes gewesen, im doppelten Sinn des Wortes.“ Der „Egoshooter“ habe den NSU-Untersuchungsausschuss „mit kalter Brillanz und beherrschter Leidenschaft“ geführt. „Mit einer Dringlichkeit, deren Gründe die Öffentlichkeit jetzt erst erahnt“; habe er sein Ziel verfolgt: „Er wollte aller Welt zeigen, dass die deutsche Gesellschaft ein schmutziges Geheimnis hat.“ Der (behauptete) Aufklärungseifer des Ausschussvorsitzenden wird zu einem individualpsychologischen Gegenschlag des ethnisch und sexuell „aparten“ Einwandererkindes, in dessen Augen „die deutsche Gesellschaft durch und durch vom Rassismus zerfressen“ sei. Der Besitz von Abbildungen nackter Kinder ist damit publizistisch in die Nähe einer rassistisch motivierten Mordserie gerückt.

„Im Sommer konnte man ihn gelegentlich im hellen Leinenanzug vor dem Paul-Löbe-Haus an der Spree stehen und eine Zigarette rauchen sehen – ein Dandy der Inneren Sicherheit. Sein Jagdhund Felix, der in seinem Appartement auf ihn wartete, muss für ihn eine Art großer Liebe gewesen sein.“ Der Dandy im Leinenanzug mit seiner großen Liebe Felix. Nur nicht kleckern … Und dieser „Dandy“ riss „Polizeibeamten und Verfassungsschützern immer aufs Neue die Maske vom Gesicht“. Er habe sie „akribisch, gnadenlos, mit finsterer Wut oder leisem Spott“ befragt. Gnadenlos, mit finsterer Wut, „unsere“ (wie man gedanklich zu ergänzen hat) Polizeibeamten und Verfassungsschützer.

Sebastian Edathy ist politisch tot. Kein Grund aus ihm einen linken Freiheitskämpfer zu basteln. Und zu einem Alfred Dreyfus fehlt ihm das Format. Der „Seeheimer“ ist nicht einmal in der SPD ein Linker. Sein Eintreten für die Vorratsdatenspeicherung ist bekannt. Und so akribisch er sich vielleicht durch die Aktenberge des NSU-Untersuchungsausschusse gegraben haben mag, so wenig ist doch über die politisch-strukturellen Verbindungen der Dienste zum braunen Milieu dabei heraus gekommen. Edathy wusste, wie viel „Akribie“ er der öffentlichen Empörung schuldig war und wo sein „leiser Spott“ es beim „Versagen der Dienste“ belassen musste. Das BKA soll während der gesamten Laufzeit des Untersuchungsausschuss die „kanadischen Informationen“ zu Edathy besessen haben.

Staatsanwaltschaft

„Nulla poena sine lege.“ Keine Strafe ohne Gesetz, das ist der einschlägige fundamentale Rechtsgrundsatz. Und dieses Gesetz muss schriftlich (scripta) und bestimmt (certa) gefasst sein. Und es dürfen keine Analogien (stricta) oder rückwirkende Straftatbestände (praevia) zuungunsten des Angeklagten geschaffen werden. Jeder soll wissen können, bei welcher Handlung genau er sich strafbar macht. Nähme die handelnde Elite, Staatsanwaltschaft, politisches Establishment und Medien ihre eigenen Normen ernst, so hätten nach geltender Strafprozessordnung auf reinen Vermutungen basierende Verdachtsmomente zur Privatperson Edathy erst gar nicht verlautbart werden dürfen. Selbst nach Aussage des leitenden Oberstaatsanwaltes, Jörg Fröhlich, liegt kein Straftatbestand vor. Der verfahrensnotwendige Anfangsverdacht wird mit Hilfe einer dubiosen „Anfix-Theorie“ konstruiert, nachdem der Besitz von „Posing-Bildern“ auch eine Neigung zu „härterem Material“ nach sich zieht. In der Konsequenz dieser Theorie sind Autofahrer potentielle Raser, Männer potentielle Vergewaltiger, jeder ein potentieller Straftäter. Auch die nachgelegte Konstruktion eines „Graubereichs der Kinderpornographie“ liegt auf dieser diffusen Ebene. Entweder Ja oder Nein. Da ist Beweis zu führen. Das alles zielt beim Publikum auf die medial verstärkte Erzeugung eines untergründigen Unbehagens, dient also erkennbar eher der angeschlagenen Eigenlegitimation als der sauberen Ermittlungsführung. Fröhlich steht, nachdem er im Fall Christian Wulff gerade ein Desaster erlebt, nicht sonderlich blendend da. Und „Graubereich“ widerspricht elementar den oben genannten Normen. Nun, bekanntlich geht es nicht nach diesen Normen. Wer wüsste das besser als Kommunisten. Edathy steht am Pranger, ob juristisch schuldig oder nicht. Die Kommentare in den Leserforen sind geradezu unterirdisch. Und natürlich melden sich die bekannten Stimmen aus der „Schwanzab-Fraktion“, die eine Verschärfung der Gesetze fordern. Am liebsten gleich rückwirkend. Vor wenigen Tagen lief der wunderbare Film „Marrakesch“ (1998) mit Kate Winslet im Fernsehen. Der Film lebt zum großen Teil von den eminent ausdruckstarken Gesichtern der hinreißenden (Film-) Töchter Lucy (Carrie Mullan) und Bea (Bella Riza). Es ist heiß, die beiden neunjährigen Kinder spielen manchmal nur im Höschen. Wie viele „Edathys“ wird es wohl noch brauchen, bis auch Filme wie „Marrakesch“ auf den Index geraten?

Für jede Ministerin, jeden Minister die passende Krücke.
Seit die GroKo lahmt, scharen sich die Akteure um so eifriger um die Kanzlerin.

Politik

Die SPD-Spitze demonstrierte Entschlossenheit – gegen ihren eigenen Parteigenossen. „Gabriels geballte Offensive“ (Spiegel). Der SPD-Chef betreibt, „entsetzt“ und „fassungslos“, den Ausschluss Edathys. Das ist bemerkenswert in einer Partei, in der die Herren Schröder, Eichel und Riester, verantwortlich für einen Zig-Milliarden-schweren Raubzug auf die Taschen der arbeitenden Menschen und Rentner, sogar noch gefeiert werden, ebenso wie ein Herr Scharping, der mit einer Lüge, wieder, wie 48 Jahre vorher, in einem Angriffskrieg „Bomben auf Belgrad“ werfen ließ. Oder ein Herr Struck der Deutschland am Hindukusch verteidigen wollte. Die Partei ist sich nicht einmal zu schade, einen bekennenden Rassisten wie Thilo Sarrazin in ihren Reihen zu halten und ihren französischen Genossen den Kriminellen Peter Hartz aufzuhalsen. Aber Edathy – „nicht vereinbar mit einer Mitgliedschaft in der SPD“ (Gabriel).

„Gabriels geballte Offensive“ dürfte nichts nützen. Der Druck auf die SPD wird sich verstärken. Haben die Medien in den Koalitionsverhandlungen noch das Spiel der „SPD mit breiter Brust“ mitgespielt, die Zustimmung zur „GroKo“ musste gesichert werden, so wird im Verlaufe der Entwicklung zunehmend die eigentliche Agenda in den Vordergrund gerückt werden. Und die heißt nicht „Mindestlohn“ und „Rente mit 63“.

Das Bauernopfer Friedrich, dessen – illegalen – Geheimnisverrat der SPD-Chef, offenbar im Gegensatz zu den – legalen – Fotos Edathys als „menschlich höchst anständig“ glorifizierte, wurde mit leichter Hand gebracht. Das wichtige Innenressort ist nun ohnehin mit dem strammen Hardliner de Maizière besetzt. Und nach einer Ilse Aigner scheint es für die Landwirtschaft offenkundig ziemlich egal, ob ein faktenresistenter Friedrich („Winkeladvokaten und Rechtsverdreher“) oder ein ausgewiesener Nichtfachmann Christian Schmidt an ihrer Ministeriumsspitze herum dilettiert. Wichtig ist: Ab jetzt ist die SPD in der Defensive. Alles andere ist vergessen. Es wird ein Preis von der SPD gefordert werden. Und das wird ein politischer sein.

Pädophilie

Das abenteuerliche Verhältnis von real nachweisbarem Tatbestand und medial-politischem Ballyhoo wirft ein bezeichnendes Licht auf die Funktionalisierbarkeit des Pädophilie-Vorwurfs. Nach der Erosion der christlichen Sexualnormen, der gesellschaftlichen Anerkennung der Homosexualität ist die Pädophilie eine der wenigen, um nicht zu sagen die sexuelle Orientierung, welche einem massiven, in den letzten Jahren drastisch verstärkten, gesellschaftlichen Unwerturteil unterliegt. Dabei verdichtet sich die philisterhafte Erregung, ausgelöst durch die sensationslüstern-reißerische „Berichterstattung“ über verschiedene brutale Gewaltverbrechen an Kindern, zu eine Art Generalverdacht, der sich nun über alle legt, die auch nur in die Nähe des Pädophilie-Vorwurfs geraten. Aus harmlosen Bildbetrachtern wird da nicht nur für die Stammtische umstandslos ein Marc Dutroux. Auch die ehemalige Familienministerin Ursula von der Leyen spielte diese Karte als sie 2009 ihre Internetzensur durchsetzen wollte: „Kinderpornografie, also Bilder und Filme über Vergewaltigungen von Kindern und Säuglingen, wird grundsätzlich geächtet in unserem Land. Denn wer kinderpornografische Bilder im Netz anklickt, der missbraucht die Kinder erneut und gibt einen Anreiz für die Produktion immer neuer Bilder.“

> *Die Bewusstseinsindustrie hat in der Vergangenheit eindrucksvoll demonstriert, wie sie aus jedem ausländischen Staatsmann binnen Tagen ein Monster machen kann. Hier ist die innenpolitische Variante.*

Diese sensationsheischende Dramatisierung des Problems sowohl qualitativ in Richtung Schwere des Verbrechens als auch quantitativ in Richtung Existenz eines Massenmarktes im Internet hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Niemand wird leugnen, dass es schwere Verbrechen gegen Kinder gibt. Die gibt es, aber man kann vieles davon wohl kaum unter dem Begriff Pädophilie einsortieren. Ihre Zahl ist allerdings eher rückläufig. Ein Massenmarkt für „Bilder und Filme über Vergewaltigungen von Kindern und Säuglingen“ im Internet ist nach Expertenmeinung ein Mythos. Beispielsweise wurden bei der „Aktion Mikado“ sämtliche 22 Mio. Kreditkarten in Deutschland – anlasslos – auf diesen Verdacht hin gerastert. Der Erfolg: Eine Handvoll Bußgeldbescheide. Den brutalen Verbrechen gegen Kinder, in der Regel durch Familienangehörige, liegt in den seltensten Fällen das unterstellte kommerzielles Interesse zugrunde. Eventuell dabei produzierte Fotos werden vorwiegend produziert und privat getauscht, um sich damit zu brüsten. Hier geht es qualitativ um etwas anderes, als bei Bildern, die man in den 1970er-Jahren in den „Lolita“-Heften noch ganz simpel an jedem Kiosk kaufen konnte.

Der Mensch hat, natürlich, eine eben nicht normierte, sondern breit gefächerte sexuelle Dimension, von denen er zumeist nur einen sehr geringen Teil auslebt. Die Durchsetzung sexueller Normen und entsprechender Unwerturteile erfüllte wichtige gesellschaftliche (Inzestverbot) und in Klassengesellschaften auch Herrschaftsfunktionen. Überwachen und strafen gehören zu den elementaren Herrschaftstechniken. Und der christliche Ideologieapparat lieferte dazu ein ausgefeiltes, auf das Individuum fokussiertes Normengerüst, der bürgerliche Staatsapparat die entsprechenden individualisierten Instrumente und Techniken. Gerade der englische Liberale Jeremy Bentham entwickelte mit seinem „panoptischen Gefängnis“, einem Knast, in dem jeder Gefangene von einem einzigen Punkt aus überwacht werden kann, sich also permanent beobachtet fühlen muss, den klassischen Ausdruck der „Disziplinargesellschaft“ (Foucault). Hier entsteht ein enormer Anpassungsdruck. Wobei die Herrschenden sich in der Regel als über der Norm stehend betrachteten. So bekanntlich auch die Katholische Kirche, die auf dem diskutierten Gebiet ja über große Erfahrung verfügt, die aber erstaunlicherweise in von Frau von der Leyens Kampf für das Kindeswohl kaum die ihr angemessene Berücksichtigung fand. Nichtbeachtung finden selbstredend für solch wenig ergiebige Themen wie Kinderarmut, Kinderarbeit, Straßenkids und Kinderprostitution. Unterhalb von „vergewaltigte Säuglinge“ läuft da eben nix.

In Zeiten der digitalen Totalüberwachung, der digitalisierten Globalisierung von Benthams Panopticon, entwickelt sich aus der mit maximaler gesellschaftlicher Ächtung sanktionierten Sexualnorm ein geradezu ideales politisches und gesellschaftliches Vehikel. Vergleichbar allenfalls noch mit dem Stasi- oder Terrorismusvorwurf. Es entsteht ein enormer Konformitätsdruck. Hier reichen einige, wie auch immer zustande gekommenen Zahlen in irgendwelchen Dateien, einige Andeutungen auf einer Pressekonferenz und der publizistische wie auch der reale Mob ist von der Kette. Existenzen sind vernichtet, Politiker, Aktivisten, politische Organisationen im Aus. Die Bewusstseinsindustrie hat in der Vergangenheit eindrucksvoll demonstriert, wie sie aus jedem ausländischen Staatsmann binnen Tagen ein Monster machen kann. Hier ist die innenpolitische Variante.

Ärger für Rechtspopulisten

Die Hagener Staatsanwaltschaft ermittelt wegen einer möglichen Wahl- und Urkundenfälschung gegen „pro NRW“. Hintergrund ist die Sammlung von Unterstützungsunterschriften für die Europawahl. Im 9 000-Einwohner-Städtchen Breckerfeld (Ennepe-Ruhr-Kreis) reichte die selbst ernannte „Bürgerbewegung“ Medienberichten zufolge Unterschriften ein, die die Verwaltungsmitarbeiter misstrauisch werden ließen. Die abgegebenen Unterschriften hätten häufig nicht mit denen auf dem Personalausweis übereingestimmt. Angebliche Unterstützer berichteten demnach auf Nachfrage, dass sie gar nicht unterschrieben hätten.

Unterdessen wurde bekannt, dass das Kölner Landgericht ab dem 11. April gegen vier Stadtverordnete von „pro Köln“ verhandelt. Vorgeworfen wird der Fraktionsvorsitzenden Judith Wolter, ihrem Stellvertreter Jörg Uckermann, dem Fraktionsgeschäftsführer Markus Wiener und Ratsmitglied Bernd Schöppe gewerbsmäßiger und bandenmäßiger Betrug. Sie sollen in mehr als 350 Fällen unrechtmäßig Sitzungsgelder von der Stadt Köln kassiert haben, unter anderem durch die Abrechnung von Fraktionssitzungen, die überhaupt nicht stattgefunden hatten. Insgesamt soll ein Schaden von mehreren Zehntausend Euro entstanden sein. Bisher hat das Landgericht zwölf Verhandlungstage eingeplant.

(blick nach rechts)

Aussteigerprogramm für „Linksextremisten“

„Das Aussteigerprogramm des Verfassungsschutzes für sogenannte Linksextremisten verläuft zu meiner vollen Zufriedenheit – im Sande“, erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“, Ulla Jelpke, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage. Darin hatte sich die Fraktion nach der bisherigen Bilanz des Programms erkundigt. Jelpke weiter:

„Ganze fünf Personen haben im Jahr 2013 bei der Hotline des Geheimdienstes angerufen. Keiner der Anrufer hat sich danach noch ein zweites Mal gemeldet, keiner der Anrufer ist nach Kenntnis der Bundesregierung aus der linken Szene ausgestiegen. Im Vorjahr konnte der Geheimdienst nach eigenen Angaben noch einem jungen Autonomen aus Bayern beim Aussteigen behilflich sein. Insgesamt hatten im Jahr 2012 15 Personen angerufen.

Von den fünf Anrufern des Jahres 2013 war einer im Gefängnis, gegen zwei andere liefen Ermittlungsverfahren. Diese drei hatten sich wohl Hoffnungen gemacht, mit dem Verfassungsschutz einen Deal vereinbaren zu können. Trotz der, wie die Bundesregierung es nennt, ‚zahlenmäßig überschaubaren Anzahl‘ von Anrufern will sie am Programm unbedingt festhalten.

Das Programm erweist sich damit als Witz – allerdings als schlechter: Es existiert überhaupt nur, weil die Bundesregierung der Öffentlichkeit und sich selbst weismachen will, radikale Linke bräuchten für einen Ausstieg aus ihren Strukturen genauso Unterstützung wie Nazis, die eine Kameradschaft verlassen wollen. Schon die praktische Erfahrung mit dem Programm beweist, wie unsinnig diese Gleichsetzung ist.“

Edathy stellt weitere Strafanzeige

Der Anwalt des unter Verdacht des Besitzes von Kinderpornografie stehenden SPD-Politikers Sebastian Edathy hat den Ermittlungsbehörden vorgeworfen, „jedes Maß“ verloren zu haben. In Edathys Fall seien die Unschuldsvermutung missachtet sowie das Dienstgeheimnis verletzt worden, heißt es in einer von Rechtsanwalt Christian Noll verbreiteten Erklärung. Daher habe Edathy ein weiteres Mal Strafanzeige gegen die Ermittlungsbehörden gestellt.

Die Staatsanwaltschaft habe „öffentlichkeitswirksam Durchsuchungen vorgenommen, in der bloßen Hoffnung, dabei etwas zu finden.“ Da sie Edathys Verhalten aber als nicht strafbar eingestuft hatten, hätte der Vorgang geschlossen werden müssen. Wörtlich heißt es in der Erklärung: „Es gibt keine rechtlichen Grauzonen. Es gibt legal und nicht-legal.“

Staatsstreich in der Ukraine

Fortsetzung von Seite 1

Die Putschisten in Kiew und ihre westlichen Strippenzieher jubilieren. Allerdings könnte der vermeintliche Sieg noch eine schwere Bürde für sie werden. Wir weisen auf drei Aspekte hin:
Erstens könnte das Eingreifen Timoschenkos in die politischen Entwicklungen zu Problemen führen. Für den von den Herrschenden in Deutschland installierten und zum Präsidentschaftskandidaten auserkorenen Ex-Boxweltmeister Klitschko stellt Timoschenko eine ernsthafte Konkurrenz dar. Das hat sie durch den Anspruch auf die Kandidatur bereits deutlich gemacht. In ihrem Willen zur Macht sowie als begeisternde Rednerin ist sie Klitschko um drei Köpfe überlegen, obwohl auch gesehen werden muss, dass sie durch ihre Eskapaden während der „Orange"-Zeit manches an Sympathie eingebüßt hat. Und so leicht wie Klitschko lässt sie sich nicht von jenseits der Grenzen manipulieren. Zudem zeigen die Erfahrungen, dass sie immer für die Inszenierung politischer Krisen gut ist.
Zweitens: Die bewaffneten faschistischen Ultras haben in der Westukraine die Macht ergriffen und werden diese kaum wieder abgeben wollen. In Kiew bestimmten sie die Haltung des Maidan und ihr Druck hat der Pro-EU-Opposition in Parlament und Regierung die Macht verschafft. Es wäre naiv zu erwarten, dass sie dafür keinen Tribut fordern. Sie werden in jedem Fall der Regierung und einem künftigen Präsidenten im Nacken sitzen.
Drittens könnte den „Siegern" in Berlin, Brüssel und Washington der Bissen Ukraine im Halse stecken bleiben. Das Land ist hochverschuldet und steht vor der Zahlungsunfähigkeit. Wenn man aber schon die Probleme Griechenlands mit seinen 11 Mio. Einwohnern nicht bewältigen kann, wie soll das dann in der Ukraine mit mehr als viermal so viel Einwohnern klappen?
Und die Köpfe der Ukrainer sind voller Illusionen. Sie glauben, dass ihr Land nun bald Mitglied der EU sein wird und dann Milch und Honig fließen. Hatten die „Oppositionsführer" sie doch mit solchen unerfüllbaren Träumen auf den Maidan gebracht. Statt Milch und Honig werden EU und IWF ihnen das bittere Gericht des Sich-zu-Tode Sparens servieren, wie der Blick nach Griechenland zeigt. Das Ergebnis wird noch größere Arbeitslosigkeit und noch mehr Elend sein. Das jetzige Triumphgeheul könnte bald in Heulen und Zähneklappern übergehen. Kommt dann ein neuer Maidan?

Willi Gerns

KPU: Ukraine wird zum Protektorat

Wir dokumentieren in eigener Übersetzung einen offenen Brief von Petro Simonenko, Erster Sekretär der Kommunistischen Partei der Ukraine und Vorsitzender der KPU-Fraktion in der Obersten Rada, dem ukrainischen Parlament, an die Mitglieder seiner Partei.

Liebe Genossen Kommunisten!
Ich wende mich an euch in einem der dramatischsten Momente der Geschichte unseres Landes. Während der tragischen Ereignisse der vergangenen drei Monate Blutvergießen sind Menschen gestorben. Die territoriale Integrität der Ukraine, ihre Existenz als vereinigter unabhängiger und souveräner Staat ist gefährdet.
Die Ereignisse haben verschiedene Ebenen. Die Beteiligung einer großen Zahl Menschen an den Protesten spiegelte die tiefe soziale Unzufriedenheit mit dem Regime von Janukowitsch und seiner Mannschaft wider, die das Land unangemessen regiert, die Menschen betrogen und ihre Wahlversprechen aufgegeben haben. In schwerer Zeit hat er feige sein Amt aufgegeben. Die freche Bereicherung im Umfeld des als „die Familie" bekannten Janukowitsch-Clans hat ihn von der Mehrzahl seiner Anhänger und Wähler entfremdet.
Doch die Massenproteste haben nicht die Natur eines Klassenkonflikts angenommen. Die verbissene Schlacht fand zwischen zwei Fraktionen derselben Ausbeuterklasse – der Oligarchen-Bourgeoisie – statt, deren am besten organisierte und vorbereitete Gruppe sich der pro-westlichen Strömung, den nationalistischen Kräften und Rechtsradikalen angeschlossen hat. Diese Kräfte machen sich gewöhnlich die Unzufriedenheit der Menschen zunutze und haben einen Staatsstreich vollzogen.
Zugleich hat sich der Westen offen und ohne zu zögern in die inneren Angelegenheiten unseres Landes eingemischt, die Aktionen der Rechten unterstützt, die bereits auf eine ernsthafte Veränderung der geopolitischen Lage in Europa und der Welt gerichtet sind, gegen die jahrhundertealten wirtschaftlichen, kulturellen und geistigen Bande der Völker der Ukraine und Russland sowie anderer Brudervölker der früheren Sowjetunion. Die Ukraine wird zu einem Protektorat der USA; der EU, der NATO, der Internationalen Währungsfonds und verschiedener multinationaler Konzerne.
Die gegen Janukowitsch gerichteten Aktionen der Rechtsradikalen brachten offen neonazistische Kräfte, ideologische Erben der Nazi-Invasoren, nach oben. Das wird begleitet von einer extrem gefährlichen Welle antikommunistischer Hysterie, von der Zerstörung von Denkmälern für Lenin und die Helden des Großen Vaterländischen Krieges, von Banditenangriffen auf die Einrichtungen unserer Partei in Kiew und in anderen Städten, vom moralischen und physischen Terror gegen die Kommunisten und von der Forderung nach einem Verbot der Aktivitäten der Kommunistischen Partei der Ukraine.
All das zeigt, dass die Kräfte, die die Macht ergriffen haben, zu rechtswidrigen Aktionen zur Unterdrückung nicht nur der Funktionäre der Partei, sondern auch der einfachen Kommunisten greifen können. Darauf müssen wir vorbereitet sein.
Unter diesen Umständen gilt unsere Hauptsorge, die Strukturen und Kader der Partei zu erhalten und wachsam zu sein, um nicht auf Provokationen hereinzufallen.
Es ist wichtig, jede Gelegenheit zu nutzen, um die Natur des sich vollziehenden Putsches und die sich daraus ergebenen Gefahren für die einfachen Bürger zu erklären: Ein starker Wirtschaftseinbruch, Anstieg der Erwerbslosigkeit und das Ausbleiben von Gehalts- und Rentenzahlungen, Preis- und Gebührenerhöhungen, zügellose Verbrechen, eine stärkere Verarmung der Bevölkerung.
Die Führung der Partei und unsere Fraktion in der Obersten Rada der Ukraine werden alles tun, um unter diesen schwierigen Umständen die Interessen der Arbeiter zu schützen, die Partei zu erhalten und die Integrität der Ukraine zu verteidigen.

Liebe Genossen!
Unsere Partei stellt jeden von uns vor neue Prüfungen. Stärken wir unsere Kraft und unsere Zahl, vervielfachen wir den Kampf für unsere gerechte Sache, für den Sozialismus!

Petro Simonenko, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Ukraine, Vorsitzender der kommunistischen Fraktion in der Obersten Rada der Ukraine

Quelle des Originals: kpu.ua/Übersetzung: RedGlobe

Island will nicht in die EU

Die isländischen Regierungsparteien, die liberale „Fortschrittspartei" und die bürgerlich-konservative „Unabhängigkeitspartei", haben sich am 21. Februar auf ein Gesetz geeinigt, mit dem der 2010 eingereichte Aufnahmeantrag in die EU zurückgezogen wird. Dies kündigte Außenminister Sveinsson in einer Radiosendung an. Die Zurückziehung des Beitrittsantrags soll ohne die ursprünglich angekündigte Volksabstimmung erfolgen. Laut Umfragen wäre bei einem Referendum ein klares Nein zum EU-Beitritt zu erwarten.
In der Berichterstattung der bürgerlichen Medien wurden als Begründung vor allem Interessengegensätze wegen der EU-Fischfangquoten angeführt. Das verdeckt die Tatsache, dass es seit 2009 noch ein weiteres Konfliktthema gibt. Als in der Krise 2008 die drei größten isländischen Privatbanken nach milliardenschweren Spekulationsoperationen an den Rand des Bankrotts gerieten und vom Staat übernommen wurden, wurde aus der EU gefordert, dass der isländische Staat für ihre „Rettung" aufkommen und dafür sorgen müsse, dass ausländischen Gläubiger keine Verluste erleiden. Vor allem Kapitalanleger aus Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien hatten auf lukrative Geldvermehrung durch die von den isländischen Banken versprochenen hohen Zinsen gehofft. Doch der isländische Staatspräsident Olafur Grimsson weigerte sich kurzerhand, das entsprechende „Icesave"-Gesetz zu unterzeichnen. Seitdem gibt es Forderungen, dass Islands EU-Beitritt mit einer Regelung dieser „Entschädigungsfrage" für die ausländischen Kapitalanleger gekoppelt sein müsse.

Afrika fest im Blick

Gipfeltreffen in Paris zur Verstärkung der Rolle des deutsch-französischen „Führungsduos"

Ziemlicher Auftrieb am 19. Februar in Paris. Nicht weniger als 15 deutsche Minister unter Führung der Kanzlerin wurden eingeflogen, um sich mit Frankreichs Staatschef Hollande, Regierungschef Ayrault und 25 französischen Ministern zum 16. französisch-deutschen Ministerrat zu treffen. Mindestens einmal im Jahr sind derartige „Gipfeltreffen" beider Regierungen vorgesehen. Diesmal war es das erste seit der Neubildung der Regierung der „großen Koalition" in Deutschland, wodurch Hollande und seine Minister erstmals mit mehreren sozialdemokratischen Parteifreunden in deutschen Ministerämtern zusammentrafen. ARD-Korrespondent Stefan Simons meinte, es sei hauptsächlich um ein „Um-die-Wette-Strahlen im Elysée" gegangen; Merkel und Hollande hätten sich „als eingespieltes Harmonie-Duo" präsentiert.
Da hatten die fünf Tonnen Kohle und die 2 000 Liter kontaminiertes Wasser aus der Atomanlage La Hague, die Greenpeace-Aktivisten am frühen Morgen des Tages vor den Präsidentenpalast gekippt hatten, um das Motto „Weg mit Kohle und Atom – Energiewende jetzt" als Forderung an beide Regierungen zu unterstreichen, natürlich keine Chance, in den vorherrschenden Medien auch nur erwähnt zu werden.
Die von den beiden Staatschefs vereinbarte Gemeinsame Erklärung ist ebenso lang (23 Seiten) wie überwiegend mit wohlklingenden Absichtserklärungen gefüllt, deren konkrete Bedeutung zumeist nur erraten werden kann. Doch so verklausuliert die Verlautbarungen über die vereinbarten Vorhaben auch formuliert sind, ist das Bestreben, die Rolle des deutsch-französischen Führungsduos sowohl innerhalb der EU als auch generell in der imperialistischen Weltpolitik zu verstärken, wohl ernst zu nehmen.
„Große Harmonie" und „totale deutsch-französische Gemeinsamkeit" ergab sich bei dem Treffen vor allem im Bereich der Außenpolitik. Zur weiteren Einmischung in der Ukraine vereinbarten die beiden Außenminister Steinmeier und Fabius eine Blitzreise zusammen mit dem polnischen Außenminister Sikorski in die ukrainische Hauptstadt. Gemeinsame Reisen beider Außenminister nach Mali, Moldawien und Georgien sollen folgen. Die Koordinierung der Planungsstäbe beider Außenministerien soll verstärkt werden.
Im Mittelpunkt der verstärkten außenpolitischen Kooperation beider Staaten standen jedoch eindeutig Vereinbarungen für ein „verstärktes gemeinsames Engagement" in Afrika, sowohl per Militärintervention als auch mit politischen und ökonomischen Mitteln. In der Berichterstattung ist vom Start einer „gemeinsamen Afrika-Strategie" Frankreichs und Deutschlands die Rede.
Einig war man sich, dass zumindest Teile der deutsch-französischen Brigade spätestens ab Frühjahr in Mali eingesetzt werden. Dementsprechend beschloss die Mehrheit der Großen Koalition im Bundestag einen Tag später, dass der Auslandseinsatz deutscher Einheiten in Mali um ein Jahr verlängert und die Beteiligung deutscher Soldaten von 180 auf 250 erhöht wird. Parallel dazu wurde eine stärkere Beteiligung der Bundeswehr an Transport- und Logistik-Aufgaben für die Militärintervention in der „Zentralafrikanischen Republik" vereinbart.
Niemand sollte sich aber durch die „niedrige Schwelle" der deutschen militärischen Beteiligung täuschen lassen. Auch wenn von Regierungsseite verbreitet wird, dass es nicht um „Kampfeinsätze", sondern nur um eine „Ausbildungsmission" in Mali und „Hilfsdienste" für den Einsatz in der ZAR gehe und Kanzlerin Merkel nur von einem „symbolischen Wert" des deutschen Mali-Einsatzes sprach, dürfte es hier darum gehen, den „Einstieg in mehr" vorzubereiten und die Gegenstimmung in der deutschen Bevölkerung abzubauen. Zum Bundeswehreinsatz in Mali meinte Frau Merkel jedenfalls bereits: „Die malische Armee auszubilden wird eine längere Aufgabe sein." Auf der Homepage der Bundesregierung ist auch zu erfahren, dass deutsche Soldatinnen und Soldaten in Mali neben der Ausbildung der Mali-Armee auch „Sicherungsaufgaben zum Schutz der Mission" – also erforderlichenfalls doch wohl auch „Kampfeinsätze" – übernehmen. Außerdem wurde laut Mitteilung der Regierung online der „Ausbildungsauftrag erweitert", und zwar so, dass die deutschen Einheiten auch „Führungsstäbe und das malische Verteidigungsministerium beraten".
Außerdem werden Deutschland und Frankreich laut der gemeinsamen Erklärung auch „zur Stabilisierung Libyens und zur Sicherheit der Sahelzone beitragen". Aber auch generell will das „Führungsduo" in der EU die militärpolitische Zusammenarbeit innerhalb der EU wie auf bilateraler Ebene und die „Koordinierung ihrer wichtigen außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Entscheidungen" verstärken und „gemeinsame Handlungsoptionen entwickeln". Dazu gehört u. a. die Einrichtung einer „interdisziplinären Arbeitsgruppe, die zügig Vorschläge erarbeiten soll"; um die „Entwicklung einer neuen Generation von Überwachungsdrohnen bis 2020–2025"zu unterstützen. Ferner werden sie „anhand der Harmonisierung des militärischen Bedarfs die erforderlichen interoperablen Mittel und Fähigkeiten entwickeln und Initiativen zur Verstärkung ihrer Industrie- und Technologiepartnerschaften ergreifen".
Und auch die Zusammenarbeit der Geheimdienste ist nicht vergessen worden. Laut der gemeinsamen Erklärung haben Hollande und Merkel „den französischen Nachrichtendienst-Koordinator, A. Zabulon, und den deutschen Staatssekretär für die Belange der Nachrichtendienste, K.-D. Fritsche, aufgefordert, Vorschläge für eine verstärkte Zusammenarbeit unserer Nachrichtendienste zu erarbeiten".

Georg Polikeit

Putsch nach bekanntem Drehbuch

In Venezuela wollen Opposition und Imperialismus die gewählte Regierung stürzen

Angeblich „ganz spontan“ gehen Unzufriedene auf die Straße, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Fehler der Regierung zu protestieren. Plötzlich schlagen die Demonstrationen in Gewalt um, Barrikaden werden errichtet, das öffentliche Leben wird behindert oder ganz zum Stillstand gebracht. Die Forderungen radikalisieren sich, letztlich geht es nur noch um den Rücktritt der Regierung. Internationale Medien berichten voller Sympathie über die „friedlichen Demonstranten“, während ausländische Regierungen „beide Seiten“ zum Dialog aufrufen, aber letztlich die Regierung des Landes für die Gewalt verantwortlich machen.

Dieses Drehbuch erleben wir nun auch – einmal mehr – in Venezuela. Angefangen hatte es Anfang Februar zunächst mit einer Demonstration von Angestellten oppositioneller Tageszeitungen, die sich darüber beklagten, dass für sie zu wenig Papier zur Verfügung stehe. Es folgten Proteste von Studentengruppen, die von den Oppositionsparteien und rechten Medien lautstark unterstützt wurden. Die Demonstration am 12. Februar eskalierte jedoch, als vermummte Teilnehmer nach Abschluss der Kundgebung versuchten, das Gebäude der Staatsanwaltschaft im Zentrum der Hauptstadt Caracas zu stürmen. Es fielen Schüsse, durch die am Ort des Geschehens zwei junge Männer getötet wurden. Mehrere Stunden später starb bei einem weiteren Protest ein dritter Mann.

Das war der Auftakt für eine seither anhaltende Serie von Protesten, bei denen es inzwischen nur noch um den Rücktritt des Präsidenten Nicolás Maduro geht. Dass dieser erst im vergangenen April demokratisch gewählt wurde, spielt keine Rolle. Dass das Regierungslager bei den Kommunalwahlen im vergangenen Dezember einen eindrucksvollen Sieg feiern konnte, interessiert ebenfalls nicht. Und dass Umfragen der venezolanischen Meinungsforschungsinstitute nach wie vor eine Mehrheit für Maduro ergeben, stört nur.

Die Massenmedien in den USA, Europa und Lateinamerika haben sich auch in diesem Fall zum Sprachrohr der rechten Opposition gemacht. Breit bilden ARD, ZDF und Privatsender die Proteste in Venezuela ab. Dabei fällt ihnen kaum auf, dass sie oft nur brennende Barrikaden zeigen können, die von lediglich einer Handvoll Jugendlicher verteidigt werden – und denen oftmals die Sicherheitskräfte nur zugucken, solange die Aktion nicht aus dem Ruder läuft. Die Großdemonstration von Arbeitern, Frauen oder älteren Venezolanern, die gegen die Gewalt und für die Regierung auf die Straße gehen, finden nur am Rande statt.

Tatsächlich ist Venezuela in den meisten Teilen des Landes völlig ruhig. Die Randale spielt sich fast ausschließlich in den wohlhabenden Mittelschichtsvierteln im Osten von Caracas ab. Ein weiterer Schwerpunkt ist der an Kolumbien grenzende Bundesstaat Táchira mit der Hauptstadt San Cristóbal. Deren Bürgermeister wurde erkannt, als er selbst mit Tüchern vermummt an den Krawallen in seiner Stadt teilnahm. An anderen Orten kommt es hingegen

Dei Basis steht hinter Präsident Maduro.

nur vereinzelt zu Protesten oder „Guarimbas“, wie die Straßenblockaden mit brennenden Autoreifen in Venezuela genannt werden. Von Streiks der Arbeiter ist nichts zu hören, und auch aus den Sicherheitskräften sind keine Anzeichen für Spannungen bekannt.

Trotzdem hat die von Präsident Maduro als Putschversuch bezeichnete Kampagne der Rechten bis Montag mindestens elf Menschenleben gekostet. Über das bis dahin letzte Todesopfer informierte Maduro am vergangenen Sonntag bei einer Demonstration von älteren Venezolanern. Der junge Danny Vargas sei in Táchira von einer Person erstochen worden, die sich über die zahlreichen Blockaden aufgeregt habe. Oppositionsmedien machen die Regierung pauschal für alle Todesopfer verantwortlich. Doch eine Analyse der Zeitschrift „Question“ wirft ein anderes Blick auf die Vorfälle. So war der erste Tote, der 40 Jahre alte Juan Montoya, ein bekannter Aktivist der sozialen Bewegungen in dem für seine kämpferischen Traditionen bekannten Stadtviertel 23 de Enero. Er wurde am 12. Februar auf der Avenida Candelaria im Zentrum von Caracas ermordet. Kurz nach ihm starb der 24-jährige Bassil Dacosta, der einen Bekannnten auf die Oppositionsdemonstration begleitet hatte. Medienberichten zufolge wurden beide aus der selben Waffe erschossen, verhaftet wurde deswegen offenbar ein Beamter des Geheimdienstes SEBIN, der sich entgegen aller Anordnungen am Ort des Geschehens aufgehalten hatte. Geheimdienstchef Manuel Gregorio Bernal war unmittelbar darauf von Präsident Maduro seines Amtes enthoben worden. Das dritte Todesopfer des Tages war der 28-jährige Roberto Redman, der einige Stunden später bei einer Protestaktion im Mittelschichtsviertel Chacao von einem Motorrad aus erschossen wurde. Ein Zusammenhang wird vermutet, die Hintergründe der Tat sind jedoch bislang nicht aufgeklärt.

In Cumaná im ostvenezolanischen Bundesstaat Sucre starb der 17-jährige José Ernesto Méndez, nachdem er während einer Straßenblockade von einer anderen Person zusammengeschlagen worden war. Ob der Zwischenfall in direktem Zusammenhang mit dem Protest stand, ist unklar, doch Maduro zählt den Jugendlichen zu den Opfern der Gewaltwelle. Ebenso wie das 22-jährige Fotomodell Génesis Carmona, die in Valencia während einer Oppositionsdemonstration erschossen wurde. Ursprünglich hatten die Medien sozialistische Gegendemonstranten für das Verbrechen verantwortlich gemacht, doch ballistische Untersuchungen ergaben, dass die junge Frau von hinten – aus den eigenen Reihen der Oppositionellen – erschossen wurde.

Während der Fall Carmonas, die 2013 zur „Miss Tourismus Carabobo“ gewählt worden war, große Aufmerksamkeit erregte, berichtete kaum eine Zeitung über den Tod des 36-jährigen Stahlarbeiters Ángel Castillo. Er wurde aus einem nahe gelegenen Gebäude heraus erschossen, als er sich gerade mit seinen Kollegen aus einer Demonstration für die Regierung löste. Ebenso verschwiegen die meisten Medien den Tod des 54 Jahre alten Arturo Alexis Martínez, einem Bruder des sozialistischen Parlamentsabgeordneten Armando Martínez. Er wurde erschossen, als er in Barquisimeto gerade versuchte, zu einer Barrikade aufgehäufte Abfälle zur Seite zu räumen, um mit seinem Auto die Straße passieren zu können.

„Zusammengefasst ist klar, dass keiner der Todesfälle, die sich in den vergangenen Tagen in Venezuela ereignet haben, auf Aktionen der dämonisierten bewaffneten ‚Colectivos‘ des Chavismo zurückgeführt werden kann“, kommentiert „Question“ die Ergebnisse der Analyse. „Colectivos“ werden die unzähligen Basisgruppen genannt, die sich vor allem in den ärmeren Vierteln der Städte organisiert haben. Viele von ihnen leisten freiwillige soziale Arbeit, zum Beispiel Gesundheitsaufklärung, bieten Sportveranstaltungen oder Musik an und kümmern sich um die Verschönerung ihrer Stadtteile. Viele dieser Gruppen verstehen sich aber auch als revolutionär links, manche auch durchaus als kommunistisch, und kritisieren die Regierung, wenn sie nicht hart genug gegen die Rechte vorgeht. Die „Colectivos“ bilden so zusammen mit kämpferischen Gewerkschaften, der Kommunistischen Partei PCV und anderen revolutionären Kräften den linken Flügel der bolivarischen Bewegung Venezuelas. Deshalb sind sie von der rechten Opposition zum Hauptfeind erklärt worden.

Gegen diese Spaltungsversuche der Putschisten hat die PCV zu einer Stärkung der Einheit der revolutionären Kräfte und zu einer ideologischen und politischen Debatte aufgerufen, um das gemeinsame Handeln zu vertiefen. „Wir sind ein freies, souveränes, unabhängiges Land und haben auf allen Ebenen angeprangert, dass gegen unsere Nation ein vom US-Imperialismus entwickelter Destabilisierungsplan abläuft“, warnte der kommunistische Parlamentsabgeordnete Yul Jabour. Letztlich habe diese Kampagne Washingtons gegen Venezuela begonnen, als Hugo Chávez vor 15 Jahren sein Amt als Präsident des südamerikanischen Landes antrat, erinnerte Jabour unter anderem an die Verwicklung der USA in den Putsch vom April 2002.

André Scheer

Verhandlungen „auf gutem Weg“

Das geplante „Freihandelsabkommen“ mit den USA dient allein Profitinteressen

Die hinter verschlossenen Türen geführten Verhandlungen über eine „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP) zwischen den USA und der EU sind „auf gutem Weg“. Das haben die Chefunterhändler beider Seiten, der US-Handelsbeauftrage Micheal Froman und der für den Handel zuständige EU-Kommissar Karel de Gucht, bei ihrem jüngsten Treffen am 17./18. Februar in Washington festgestellt, zu dem sie zusammengekommen waren, um nach den ersten drei Verhandlungsrunden „Bilanz zu ziehen“.

Laut de Gucht seien alle Aspekte wie ungehinderter Marktzugang, Ausschreibungs- und Vergaberegeln, Regulierungsvorschriften in Sachen Verbraucher-, Umwelt- und Datenschutz sowie die weitere Absenkung oder Abschaffung von Zöllen in den bisherigen Gesprächen bereits behandelt worden. Doch die Details in den einzelnen Bereichen müssten noch geregelt werden. In einigen Bereichen seien die Vorstellungen auch noch weit auseinander. Die nächste Verhandlungsrunde ist für den 10.–14. März in Brüssel geplant.

Also war die ganze vordergründig demonstrierte Aufregung über den Abhörskandal der US-Geheimdienste, die Millionen Telefongespräche und E-Mail-Verbindungen von EU-Bürgern einschließlich des Handys der deutschen Kanzlerin und anderer führender EU-Politiker abgefangen und ausgeforscht haben, ohne jeden Effekt geblieben. Selbst die EU-Kommissarin Viviane Reding hatte beim Bekanntwerden des Skandals verkündet, nun müssten die TTIP-Verhandlungen zumindest ausgesetzt werden, bis der Vorgang „aufgeklärt“ ist und die USA einem „No-spy-Abkommen“, also einem Verzicht auf derartige Abhöraktionen zugestimmt haben. Offensichtlich war das alles nur heiße Luft. Von einem „No-spy-Abkommen“ ist seit Wochen keine Rede mehr, nachdem US-Präsident Obama mitgeteilt hatte, dass die CIA wegen der „Bekämpfung von Terrorismus“ auf derartige Ausspähaktionen in aller Welt nicht verzichten könne.

EU-Kommissar de Gucht bemühte sich bei seinem Auftritt nach dem Treffen in Washington, der in vielen EU-Ländern aufgekommenen Kritik an dem beabsichtigten „Freihandelsabkommen“ entgegenzuwirken, indem er verkündete, „europäische Standards“ würden „nicht aufgeweicht“. „Hormonfleisch“ aus den USA werde in der EU nicht zugelassen. Er kann dies allerdings leicht behaupten, weil die Verhandlungen über die konkreten Vertragsregelungen streng von der Öffentlichkeit abgeschirmt geführt werden. Eine Kontrolle, ob de Guchts Versprechen eingehalten oder – wie häufig – durch juristische Hintertürchen im Vertragstext ausgehebelt werden, ist daher nicht möglich. Nicht einmal der „TTIP-Beraterausschuss“, der bei der EU eingerichtet wurde und aus Vertretern von Unternehmerverbänden und Verbraucherschutzorganisationen besteht und jeweils über den Ablauf der Verhandlungsrunden „informiert“ werden soll, hat Zugang zu den verhandelten Texten. Viele Verbraucherschützer befürchten, dass am Ende der EU-Markt für nach niedrigeren Standards produzierte Nahrungsmittel aus den USA „geöffnet“ wird und damit US-amerikanische oder kanadische Landwirtschaftsprodukte wie Gen-Mais, hormonbelastetes Fleisch oder mit Chlorgas behandelte Hühnchen in europäischen Supermärkten landen könnten, ohne dass dies für die Verbraucher erkennbar sein wird.

Allerdings erscheint der in mehreren EU-Staaten hörbar gewordene Widerstand gegen das TTIP-Abkommen noch wenig koordiniert. Das Abkommen wird, wenn es zustande kommt, zweifellos den US-Multis mehr Absatz- und Gewinnmöglichkeiten in Europa eröffnen und umgekehrt vielleicht auch den in der EU angesiedelten transnationalen Konzernen größere Profitaussichten auf dem USA-Markt eröffnen. Auf jeden Fall aber hätte es eine enorme Verschärfung des Konkurrenzkampfs zwischen den Großkonzernen beider Seiten zur Folge, was mit ziemlicher Sicherheit zu einer Bedrohung für dabei auf der Strecke bleibende Arbeitsplätze führen würde. Deshalb ist die Verhinderung dieses Abkommens nicht nur eine Frage für Verbraucher-. Umwelt- und Datenschützer, sondern auch für die Gewerkschaften. Da nicht nur die Regierungschefs der EU, sondern auch das EU-Parlament dem TTIP-Abkommen zustimmen muss, sind Möglichkeiten gegeben, es zu Fall zu bringen, wenn eine Mehrheit im EU-Parlament durch außerparlamentarische Aktionen dazu gebracht werden kann, ihm nicht zuzustimmen.

Georg Polikeit

Monopol-für Zypern-Lösung

Neubelebung des Annan-Plans

2011 wurden südlich von Zypern reiche Erdgasvorkommen entdeckt. Noble Energy, eine texanische Firma, schätzte nach ersten Bohrungen das Volumen auf 180 bis 285 Milliarden Kubikmeter. Mittlerweile ergaben weitere Forschungen mindestens das Doppelte im Levante-Becken, das von Israel, Libanon, Syrien und Zypern begrenzt wird. Unternehmen wie Total (Frankreich), Petronas (Malaysia), Eni (Italien), Marathon Oil (US) und Cairn Energy (UK) bekundeten umgehend ihr Schürf-Interesse. Vorsichtig berechnet kann Zypern seinen Anteil mit einem Gesamtwert von rund 620 Mrd. Euro veranschlagen, fast das Dreißigfache der jährlichen Wirtschaftsleistung Zyperns. Wundert es da, dass die politischen Eliten der USA und der EU mit Hochdruck nach Wegen suchen, die entdeckten Ressourcen ihren eigenen energiepolitischen Interessen ein- bzw. unterzuordnen?

Deutschland etwa will die Abhängigkeit von russischen Gasimporten reduzieren. Einen Südostkorridor für eine neue, unabhängige und sichere Gas-Importroute nach Europa zu schaffen ist seit vielen Jahren erklärtes Ziel der deutschen Regierung und erhält durch die Gasfunde besondere Aktualität.

Politisch störend wirkt allerdings die ungelöste Zypernfrage. Am 11. Februar trafen sich nun am früheren Flughafen von Nikosia, der unter dem Schutz der UNO steht, der konservative Zypernpräsident Nikos Anastasiadis und der Präsident der völkerrechtlich nicht anerkannten Türkischen Republik Nordzypern, Dervis Eroglou; keineswegs überraschend, wie Anastasiadis betonte: Das vorherige Treffen mit der Vertreterin des US-Außenministeriums Victoria Ruland habe ihm sehr geholfen bei dem Versuch, den Verhandlungsprozess neu zu beleben. Nachdem die Verhandlungen im Juli 2012 nach dem Scheitern des Annan-Planes beendet wurden, erklärten Anastasiadis und Eroglou jetzt in einem gemeinsamen Kommuniqué ihren Willen, erneut die Lösung der Zypernfrage anzugehen. In der Folge gab es bereits mehrere Treffen von Unterhändlern, die eine Lösungsbasis ausarbeiten sollen. Offensichtlich geht es um eine Neuauflage des Annan-Planes, der im Wesentlichen eine Teilung Zyperns beinhaltet und den Status quo in einer föderalen Struktur festschreiben will. Weder die türkische Besatzung im Norden noch die beiden Militärstützpunkte der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien, Akrotiri und Dhekhelia, stehen im Verhandlungsprozess zur Disposition. Eine bizonale Struktur mit hoher dezentraler Autonomie sowie einer Zentralregierung für ganz Zypern und gemeinsamer Staatsbürgerschaft sieht auf dem Papier progressiv aus, zementiert in der politischen Praxis für Zypern gleichwohl die Teilung. Souveränität eines geeinten Zypern sieht anders aus. Andros Kyprianou, Generalsekretär der AKEL (Fortschrittspartei des arbeitenden Volkes), stellte deshalb auch klar: „Nur eine föderative Lösung mit staatlicher Souveränität in einer Vereinigten Republik Zypern, in der die Menschenrechte und die Grundfreiheiten aller Zyprioten gewährleistet werden, findet unsere Unterstützung. Das schließt das Recht auf Rückkehr der Flüchtlinge auf ihren Grund und Boden bzw. ihre Häuser ein. Diese Lösung muss den Rückzug der Siedler und die vollständige Entmilitarisierung sowohl der türkischen wie auch der britischen Besatzung realisieren.“ So sieht es die UN-Resolution 353 vor, die die Integrität und Unteilbarkeit der Republik Zypern bekräftigt, und auch die Resolution 541 des UN-Sicherheitsrates, in der die Türkische Republik Nordzypern für völkerrechtswidrig erklärt wird. Statt dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen, erhöhen die USA und die EU den Druck und bedienen ihre imperialistischen Interessen: der Kampf um die Erdgas-Ressourcen und die Strategie der NATO gegen die arabische Welt mit Hilfe der Militärstützpunkte auf Zypern. **Udo Paulus**

Gastkolummne von Volker Bräutigam

Sehr geehrte Frau Merkel …

… als die wegen diverser Verbrechen rechtmäßig zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilte ukrainische Multimillionärin Julia Timoschenke unter dem Jubel des Kiewer Straßenmobs aus dem Gefängnis entlassen werden musste, haben Sie als erste namhafte ausländische Politikerin der Dame telefonisch Glück gewünscht. Wir wissen es nicht, müssen aber annehmen, dass Sie die Oligarchin auch ermunterten, sich nun um die Führung der Ukraine zu bemühen. Jedenfalls erklärte Timoschenko gleich nach dem Telefonat, sie werde im Mai zu den Präsidentschaftswahlen antreten.

Selbst unter jenen Rebellen, die den bisherigen Präsidenten Janukowitsch hassen, sind viele über Timoschenkos Avancen entsetzt: „Für diesen Wechsel sind die Menschen nicht gestorben", stand auf Protestplakaten mit den Fotos von Janukowitsch und Timoschenko zu lesen. Vermutlich ist Ihnen jedoch egal, was jene Ukrainer denken, die in dem Kiewer Chaos noch halbwegs bei Verstand geblieben sind.

Nicht erst Ihr eiliger Glückwunsch offenbart: Sie pfeifen auf das Gebot der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates, eine der Grundlagen des Völkerrechts. Und ukrainisches Verfassungsrecht ist Ihnen schon vollends gleichgültig. Präsident Janukowitsch ist zwar ein in freier und demokratischer Wahl – unter den wachsamen Augen der OSCE – vom Volk berufenes Staatsoberhaupt, das deshalb rechtens allenfalls vom Wahlvolk wieder abgesetzt werden kann. Nicht aber vom Parlament, schon gar nicht, wenn diese Abgeordnetenversammlung unter unmittelbarem Einfluss des bewaffneten Mobs beraten und beschließen muss.

Eine deutsche Kanzlerin scheren solche rechtstechnischen Feinheiten natürlich nicht.

Frau Kanzlerin, Sie schätzen und stützen sich auf Milliardärinnen wie Liz Mohn und Friede Springer, die das für Sie so notwendige dumpfe Volksempfinden päppeln. Sie sympathisieren mit der demnächst wieder über Milliarden verfügenden Timoschenko und genießen es, inmitten von Reichen und Mächtigen selbst Macht zu haben. Macht, die Sie nachdrücklich und entgegen dem Mehrheitswillen Ihrer Wähler gebrauchen. Darunter die aggressive deutsche Großmachtpolitik inklusive Militäreinsätzen im Ausland, die europafeindliche Austeritätspolitik, die Bankenrettung, die Zulassung von Genmais.

Strich drunter: Ihre Politik ist längst nicht mehr verfassungskonform. Das Grundgesetz macht sich das Völkerrecht ausdrücklich zu eigen. Sie nicht, das zeigt ein Blick auf Ihre Einmischung in der Ukraine. Mit wie vielen Millionen hat Ihre Partei den Staatsstreich in Kiew finanziert? Mit welcher Kabale haben Sie zu den Exzessen auf dem Maidan beitragen lassen? Nach meiner unmaßgeblichen Ansicht betreiben Sie Verfassungsbruch, erfüllt Ihre Regierung den Straftatbestand des Friedensverrats. Vielleicht klärt sich das in nicht allzu ferner Zukunft noch formell.

Das Schicksal ist ein launisches Wesen. Die einst regierende Timoschenko kam in den Knast, regiert vielleicht bald wieder – und landet eines schönen Tages wohl auch wieder im Bau. In Deutschland gehen die Uhren langsamer. Der Michel braucht seit jeher ein paar Jahre mehr für schlagfertige Antworten. Deshalb sind Sie an der Regierung – noch.

Dokumentiert:

Gesetzinitiative zur sogenannten Tarifeinheit verhindern!

Beschluss des Stadtvorstands der GEW München

Wir fordern den GEW- Bundesvorstand auf, die ganze Kraft unserer Gewerkschaft einzusetzen, um die geplante Gesetzesinitiative der Bunderegierung zur sog. Tarifeinheit zu verhindern.

Begründung:

(…) Das Ziel der Tarifeinheit, also das Prinzip „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft" , ist es, die Kampfkraft der Belegschaften und der Gewerkschaften durch Geschlossenheit zu stärken. Es waren vor allem die Unternehmer, die diese Einheit durchbrachen, indem sie mit kapital-nahen Pseudo-Gewerkschaften Dumpingverträge abschlossen oder Teile der Belegschaft abspalteten und ihnen in Tochterfirmen schlechtere Tarife verpassten, wie z. B. den Pförtnern, Reinigungskräften u. a. Service-Arbeitern. Da war von Taifeinheit nichts zu hören. Die angebliche Sorge um einen einheitlichen Tarifvertrag ließe sich sehr schnell beheben: Was hindert die Unternehmer, bei unterschiedlichen Tarifverträgen den jeweils günstigsten einheitlich für alle anzuwenden? Die Unternehmer werden im Gegenteil die Praxis der Spaltung nicht aufgeben, sie werden den Flächentarifvertrag weiter zu durchlöchern suchen und so käme ein Gesetz zur sog. Tarifeinheit einer Aufforderung an sie gleich, gelbe Gewerkschaften ins Leben zu rufen.

Es geht ihnen nicht um Tarifeinheit, es geht ihnen um nichts anderes als ein Streikverbot. Die Unternehmer begründen ihren erneuten Vorstoß heuchlerisch mit den angeblichen schädlichen Auswirkungen von Streiks „in Krankenhäusern oder Pflegeheimen, auf Flughäfen oder beim Schienenverkehr, bei Betriebsfeuerwehren oder Vorfeldlotsen." Eine solche Abwägung der Interessen der Streikenden und volkswirtschaftlicher Fernwirkungen würde bald jeden Streik unmöglich machen, das liefe auf Tarifzensur und das Verbot der Tarifautonomie hinaus. Diese gilt als Grundrecht für Mehrheiten wie für Minderheiten, ihre Einschränkung widerspräche damit der Verfassung (Koalitionsgrundrecht des Art. 9 Abs. 3 GG).

(…)

Aber wir dürfen uns deshalb nicht zurücklehnen und auf das Bundesverfassungsgericht hoffen. Wir müssen das Streikrecht aus eigener Kraft verteidigen. Denn „das Streikrecht ist das wichtigste Grundrecht von Arbeitnehmern," so hieß es in der Resolution der ver.di-Fachgruppe Verlage, Druck und Papier 2010. „Ohne das Recht auf Streik können Gewerkschaftsmitglieder ihre Interessen nicht durchsetzen. Ohne Streikrecht gibt es keine Tarifautonomie. Tarifverhandlungen würden verkommen zu „kollektivem Betteln" . Streikrecht und Tarifautonomie müssen gegen alle Angriffe von Arbeitgebern und Politik unbedingt und mit allen Mitteln verteidigt werden."

Dass Andrea Nahles (SPD) den Vorstoß des BDA jetzt wieder aufgreift, liegt u. a. daran, dass es auch innerhalb des DGB Zustimmung gab und gibt. Dahinter steckt die Intention, die Konkurrenz der Spartengewerkschaften zu beseitigen.

(…)

Die Sorge vor einer angeblich unberechenbaren Streikhäufigkeit, vor „unnötigen Streiks" schließlich ist lächerlich in einem Land, das die geringste Zahl an Streiktagen in Europa aufweist und wo das Streikrecht ohnehin schon beschnitten und auf das Tarifrecht reduziert ist. Im Wissen, dass der Unternehmerangriff auf unsere sozialen und demokratischen Rechte dringend der Gegenwehr bedarf, verabschiedete der ver.di-Bundeskongress 2007 einen Antrag für ein „allumfassendes Streikrecht nach den Maßgaben der Europäischen Sozialcharta, einschließlich des politischen Streiks und des Generalstreiks" .

Und noch einmal Detlef Hensche: „Es wird zu wenig gestreikt in diesem Lande!"

Mit Begründung verabschiedet am 10.2.2014 auf der Stadtvorstandssitzung der GEW München

CO-Pipeline kurz vor der Schrottpresse

Bayer-Millionenprojekt stinkt zum Himmel

Die Pipeline des Weltkonzerns Bayer, die tödliches Kohlenmonoxid (CO) über 67 Kilometer von Dormagen durch zum Teil dicht besiedelte Wohngebiete nach Krefeld-Uerdingen transportieren soll, ist erneut in die Medien gelangt. Im Gegensatz zum CO, das unsichtbar, geruch- und geschmacklos ist, entstand jetzt der Eindruck, dass hier erneut ein Skandal ruchbar geworden ist und nun zum Himmel stinkt.

UZ: *Du warst zehn Jahre lang für die DKP im Rathaus von Düsseldorf-Gerresheim aktiv. Was hat dieser Stadtbezirk unter kommunalpolitischen Gesichtspunkten mit der Pipeline von Bayer zu tun?*

Uwe Koopmann: Die Pipeline führt seit 2009 mehr als einen Kilometer durch unseren Stadtbezirk, dicht vorbei an Wohnhäusern, an einer Tankstelle, an einem Kindergarten, einer Kirche und einer Kneipe – und der Garage der Freiwilligen Feuerwehr. Der Todesstreifen hat bei einem Bruch der Pipeline eine Breite von 1,5 Kilometern. Die Zahl der Toten wäre unermesslich. Bayer verweist dagegen zum Umgang mit dem Giftgas auf eine Erfahrungsspanne, die schon vor 1945 ihren Anfang genommen habe …

Uwe Koopmann war lange Jahre Bezirksvertreter in Düsseldorf-Gerresheim.

UZ: *Kannst du kurz die tödlichen Gefahren benennen, die vom CO ausgehen?*

Uwe Koopmann: Die Mediziner und Chemiker in unserer Initiative haben dargestellt: CO verdrängt Sauerstoff vom roten Blutfarbstoff (Hämoglobin); es bindet 200-fach stärker an den Blutfarbstoff als Sauerstoff; es blockiert den Sauerstofftransport. Sind 47 Prozent des Blutfarbstoffs mit CO besetzt, ist Leben nicht mehr möglich. Anschaulich: ein Schnapsglas gefüllt mit CO wirkt tödlich.

UZ: *Warum belastet Bayer die Bevölkerung mit diesem Risiko?*

Uwe Koopmann: Zwei Gründe. Nach eigenen Berechnungen von Bayer ist der Bau der CO-Pipeline – man spricht von 100 Millionen Euro – und der Transport von Kohlenmonoxid vom Standort Dormagen zum Standort Krefeld-Uerdingen billiger als die Produktion am Abnehmerstandort. Es geht also betriebswirtschaftlich um die Frage: Wie erziele ich den höchsten Profit? Die Verfolgung des Ziels, ich verweise auf Marx, wird unter Umständen auch zum Preis des eigenen Unterganges verfolgt. In diesem Fall ist es der Tod der Anlieger der Pipeline-Trasse.

Bayer MaterialScience ist beim Bau der CO-Pipeline diskret: Auf den gelben Metallrohren mit der freien Fläche am Kopfende wurde noch nicht die erforderliche Warntafel angebracht, die darauf hinweist, dass an dieser Stelle unterirdisch die hochgiftige Pipeline verläuft.

UZ: *Und der zweite Grund …*

Uwe Koopmann: … liegt darin, dass Bayer diese Pipeline als Referenzobjekt für neue Pipeline-Strecken betrachtet. Verlängerungen sind bereits zu weiteren Chemie-Standorten angedacht. Es geht also um strategische Überlegungen.

UZ: *Auch diese Gründe könnten jetzt in einer Sackgasse enden?*

Uwe Koopmann: Richtig! Dabei ist es politisch kompliziert. Alle Parteien im NRW-Landtag, auch die Grünen, hatten 2006 ohne Aussprache im Plenum für die Lex Bayer gestimmt, also praktisch für die Enteignung der Grundeigentümer, damit die Pipeline auch gegen den Widerstand der Betroffenen gebaut werden kann. Bayer hatte damals argumentiert, dass es keine Alternative zur Pipeline gebe und dieses Transportmittel am wirtschaftlichsten sei. Zudem diene die Pipeline der Allgemeinheit. Die Mehrheit von CDU und SPD war zu keinem Zeitpunkt bereit, das Gesetz zu kassieren. Auch in der vergangenen Woche, als die CO-Pipeline auf Antrag der CDU wieder Thema im Landtag war, gab es dazu keinen Antrag, auch nicht von den Grünen. Die Partei möchte schon, unterwirft sich aber dem mit der SPD vereinbarten Koalitionsvertrag, der das nicht zulässt. Der CDU-Antrag wurde von allen Parteien einstimmig zur weiteren Beratung in den Fachausschuss überwiesen.

UZ: *Die Grünen und die wenigen Kritiker der Pipeline in den Reihen von CDU und SPD haben den „Fluchtweg" zur Justiz, zum Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster, eingeschlagen. Dort könnte noch in diesem Jahr entschieden werden, ob Bayer die Pipeline letztendlich in Betrieb nehmen darf.*

Uwe Koopmann: So ist es. Aber noch einmal zur Politik. Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) ließ ein externes Gutachten beim Bielefelder Institut für Umweltanalyse (IFUA) erstellen. Das kommt zu folgendem Schluss: „Die CO-Versorgung vor Ort in Uerdingen stellte schon zum Zeitpunkt der Entscheidungsfindung für den Bau und Betrieb der CO-Pipeline die kostengünstigere und auch wirtschaftlichere Investitionsalternative für die sichere CO-Versorgung am Standort Uerdingen dar." Die CO-Produktion in Krefeld-Uerdingen sei im Vergleich zum Pipeline-Bau sogar um 60 Prozent günstiger. Damit war die bisherige betriebswirtschaftliche Argumentation von Bayer zusammengebrochen. IFUA und das Institut für Wasser & Energie Bochum (IWEB) stützen sich bei ihren Berechnungen auf Zahlen, die Bayer veröffentlicht hat. Weitere Erkenntnisse: Dormagen produziert gar nicht die CO-Überschüsse, um die Werke in Leverkusen und Krefeld hinreichend beliefern zu können.

UZ: *Die Bayer AG streut Zweifel gegen das Gutachten.*

Uwe Koopmann: Anlass war der nicht-öffentliche Erörterungstermin am 18. Februar vor dem OVG Münster. Dort könnte noch in diesem Jahr – also acht Jahre nach der politischen Genehmigung durch das Lex Bayer – entschieden werden, ob die Pipeline Kohlenmonoxid transportieren darf oder ob sie gleichsam in die Schrottpresse kommt. Dem Gericht ist das Gutachten bekannt. Es könnte also bei der Entscheidungsfindung eine Rolle spielen. Kernvorwurf: Das Gutachten basiere „auf einer unvollständigen Tatsachengrundlage". Diese Aussage fällt zurück auf Bayer, denn das Unternehmen hat Unterlagen mit Hinweis auf Betriebsgeheimnisse nicht zur Verfügung gestellt. Andererseits wurde das Gutachten, vom Umweltminister bestellt, zunächst nur Bayer „zugänglich" gemacht.

Flankiert wird die Bayer-Replik durch die fast zeitgleiche Behandlung des besagten CDU-Antrages am 20. Februar im Landtag, in dem geradezu gebetsmühlenartig die Bayer-Positionen wiederholt werden. Es wäre vermutlich effektiver, wenn die CDU-Fraktion ihre Sessel im Landtag dem Bayer-Vorstand direkt angeboten hätte. Besonders dreist die Forderung: „Stärkung der Verbundstandorte, insbesondere durch beschleunigte Genehmigungsverfahren von Pipeline-Projekten … und Unterstützung aktueller Pipeline-Projekte wie die CO-Pipeline von Dormagen nach Uerdingen."

UZ: *Es geht der CDU im NRW-Landtag aber offensichtlich nicht nur um die Rettung der CO-Pipeline?*

Uwe Koopmann: Es geht insgesamt um viel mehr. Die Politik soll ganz im Sinne des Klassenkampfes von oben nach unten das Koordinatensystem der Klassenverhältnisse verschieben. Verschleiernd heißt es in dem Antrag der Vorkämpfer Armin Laschet, Lutz Lienenkämper und Henrik Wüst: „Die Landesregierung wird aufgefordert, die Rahmenbedingungen für die chemische und pharmazeutische Industrie in NRW zu verbessern." Und dann wird mit dem Vorschlaghammer gearbeitet: Abschaffung des Klimaschutzgesetzes, Verzicht auf den Klimaschutzplan, mehr Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft, Rücknahme des Gesetzes über das Verbandsklagerecht und die Mitwirkungsrechte der Tierschutzvereine, mehr Geld für den Straßenbau. Leichter wäre es nur noch, wenn Bayer beauftragt würde, die passenden Gesetze und Verordnungen in den eigenen Büros schreiben zu lassen.

UZ: *Wie ist heute die Reaktion auf dieses Zusammenspiel von Ministerien, Landtagsparteien und Bayer?*

Uwe Koopmann: Aus den Reihen der Pipeline-Gegner wurde die Kritik auf den Punkt gebracht: Es sei unglaublich, wie ein Großteil der Düsseldorfer Marionetten bzw. ihre Fäden führenden Spieler sich offenbar verschämt und amtsmüde in Bezug auf die CO-Pipeline in ihre Puppenkiste (Landtag) verkrochen haben. Das „Allgemeinwohl" werde von Bayer strapaziert. Eine Arbeitsplatzgarantie gebe es nicht. Vielmehr drohe Konzernchef Dekkers mit der Produktionsverlagerung in Billiglohnländer oder die Kunststoffsparte ganz zu verkaufen. Das Zusammenspiel der Beteiligten bekommt einen passenden Fachbegriff: Schmierentheater.

UZ: *Bleibt nur noch die Frage nach den Aktivitäten der DKP.*

Uwe Koopmann: In Düsseldorf haben wir die CO-Pipeline und die Bayer-Aktivitäten fest im Blick. Im Rahmen der Kommunalpolitik und der Kommunalwahlen spielt das Thema aber auch an den anderen Berührungspunkten entlang der Trasse eine Rolle: Dormagen, Köln, Solingen bis hin nach Krefeld.

Die Fragen stellte Adi Reiher.

Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP
www.unsere-zeit.de

Bundeswehr in aller Welt

Vor allem aber in Afrika …

Schon vor 1990 wurden Einheiten der Bundeswehr im Ausland eingesetzt: bei „humanitären“ Hilfsaktionen bzw. der Katastrophenhilfe.

Noch 1982 lehnte Bundeskanzler Helmut Schmidt aber eine Anfrage der USA ab, die um eine Entsendung von Minenräumbooten der Bundesmarine in den während des ersten Golfkrieges von Iran und Irak verminten Persischen Golf bat. Die offizielle, aber nicht exakte Begründung lautete damals, das Grundgesetz beschränke den Aktionsradius der Bundeswehr auf die sogenannte „erweiterte Landesverteidigung“ im Rahmen der NATO.

1990 begann in der Bundesrepublik eine Debatte über den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets. Während sich die damaligen Regierungsparteien CDU und FDP für solche Einsätze (noch im Rahmen einer UN-Mandatierung) aussprachen, waren SPD und Grüne zunächst dagegen.

Erste Bundeswehreinsätze außerhalb der EU und des Gebietes der NATO-Staaten, die keine Hilfsaktionen waren, gab es bereits zwischen dem 16. August 1990 und dem 13. September 1991 während und nach dem Zweiten Golfkrieg vom 30. Januar 1991 bis 17. März 1991 im Rahmen der US-Operation Desert Storm (Minenabwehrkräfte der Marine). 1993 erfolgte die Entsendung eines Feldlazaretts nach Phnom Penh im Rahmen der UN Advance Mission in Cambodia (UNAMIC).

Danach wurden Bundeswehreinsätze in aller Welt zur „Normalität“. Im Rahmen von UNO-Missionen, aber auch der NATO. Aber erst 1999 beteiligte man sich – und dies unter einer Regierung der SPD und Bündnisgrünen im Rahmen der NATO-Aggression gegen Jugoslawien erstmals seit 1945 wieder offen an Kriegshandlungen. Seitdem sind bewaffnete Truppen „vor Ort“: Im Kosovo beispielsweise im Rahmen der KFOR.

Am Irakkrieg beteiligte sich Deutschland nicht mit Truppen, aber von hier aus starteten nicht nur US-Versorgungsflüge … Seitdem hat sich viel verändert. Deutsche Truppen stehen in Afghanistan, deutsche Patriot-Raketen immer noch in der Türkei an der Grenze zu Syrien. Schiffe sind im Rahmen der UNIFIL-Mission und beim Antiterroreinsatz Active Endeavor im Mittelmeer im Einsatz sowie am Horn von Afrika (ATALANTA). In Afghanistan will man nach dem Teilabzug 2014 weiter dabei sein – mit einer „Ausbildungsmission“ …

Die Bundeswehr selbst wirbt auf ihren Seiten www.bundeswehr.einsatz.de oder auch www.marine.de für die Einsätze der Bundeswehr in aller Welt.

Diese konzentrieren sich derzeit vor allem auf Afrika. Oft ihm Rahmen einer UNO- oder „EU“-Mission unter dem Label „humanitäre Hilfe“, häufig unter dem des „Partnership“, also der Ausbildung von Polizei und Militär oder des „Anti-Terror-Kampfes“. Die Bundeswehr ist – wenn auch noch mit kleineren Gruppen – vor Ort in der Westsahara, in Mali, im Sudan und Südsudan, in der Demokratischen Republik Kongo, in Uganda. Und auch die Bundespolizei ist unterwegs …

Doch man will künftig nicht mehr nur „Geleitzug“ sein oder Unterstützung für andere geben, sondern verstärkt eigene Interessen verfolgen (siehe UZ vom 21. Februar, Seite 1). Schließlich geht es unter anderem um politischen und wirtschaftlichen Einfluß, vor allem aber um die Sicherung des Zugriffs auf seltene bzw. knapper werdende wichtige Rohstoffe.

Und deshalb könnte beispielsweise ein Einsatz der Bundeswehr in der Zentralafrikanischen Republik folgen, in der es große Uranvorkommen gibt, die bislang nicht abgebaut werden (vgl. Dirk Seifert, Deutsche Militäreinsätze in Afrika als „Sicherheit“ für Europa, umweltfairaendern.de, 28.1.2014)

nh

Einsätze der Bundeswehr zu Wasser, zu Lande und in der Luft – in Mali, im Kosovo, in Afghanistan, vor den Küsten Somalias und des Libanon

Fotos:
Bundeswehr/Falk Bärwald
Bundeswehr/Sebastian Wilke
Bundeswehr/Wayman
Bundeswehr/Hbtsm Sascha Jonack
Bundeswehr/KdoStratAufkl
Bundeswehr/Bienert

1914 und die Mauer

Ludwig Elm über runde Jahrestage, die deutsche Rechte und ihr gesamteuropäisches Geschichts-Gaucklertum*

Die Bundesstiftung zur „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ offeriert seit September 2013 bundesweit, preisgünstig und massenhaft die Ausstellung „Diktatur und Demokratie im Zeitalter der Extreme. Streiflichter auf die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert“. Sie wurde vom Institut für Zeitgeschichte München ausgearbeitet. Es gehe darum, angesichts gleichzeitiger runder Jahrestage (1914, 1939, 1989 und 2004 – Osterweiterung EU) „die Geschichte der kommunistischen Diktaturen in SBZ/DDR und Mittel- und Osteuropa sowie der deutschen und europäischen Teilung in der Geschichte Europas des 20. Jahrhunderts“ zu verorten.[1] Von 26 Plakaten der Ausstellung zeigt das Startplakat mit Werbefunktion die Berliner Mauer und drängt dem Betrachter plump die ideologische Leitidee auf. Ein einziges Poster ist dem Ersten Weltkrieg gewidmet. Im Januar 2014 eröffnete Bundestagspräsident Norbert Lammert die Ausstellung im Paul-Löbe-Haus des Parlaments und erteilte ihr damit eine höhere Weihe. Sie soll auch im Ausland gezeigt werden: Das wirtschaftlich stärkste Land Europas beansprucht längst maßgeblichen Einfluss auf eine militant antikommunistische Massenbeinflussung der Öffentlichkeit des Kontinents …

Die Mauer als Leitmotiv

Die Mauer soll als tragisches, angeblich nur vom Kommunismus verursachtes und herausragendes Symbol der Irrwege des 20. Jahrhunderts stilisiert werden. Sie soll im Geschichtsbild nachwachsender Generationen den Ersten Weltkrieg, den damaligen Nachkriegsterror, Weltwirtschaftskrise und die Mitverantwortlichen für den 30. Januar 1933, den 1. September 1939 und den europaweiten Vernichtungskrieg, aber auch die Erinnerung an die Revolution vom 9. November 1918 sowie vor allem an den Befreiungstag, den 8. Mai 1945 zurückdrängen. Unerwähnt bleibt wiederum, dass die staatliche Spaltung 1948/49, die langjährige Nichtanerkennung und grundsätzliche Anfeindung des anderen deutschen Staates sowie der Beitritt eines deutschen Teilstaates im Jahre 1955 zur NATO jeweils von westlicher Seite ausging und lange vor 1961 die Teilung Deutschlands zementiert hatte. Wer daran erinnert wird überhört oder diffamiert – ihm schlägt inszenierte Empörung entgegen. Wer der DDR feindselig gegenüber stand oder aus anderen Gründen mit ihr Probleme hatte, erhält einen ungleich höheren Rang und breiteren Raum in der Erinnerung als die Vielzahl jener Frauen und Männer der Arbeiterbewegung, als die Mehrzahl der Gegner von Militarismus und Faschismus, die im Ersten Weltkrieg, in der Weimarer Republik sowie in den Jahren der faschistischen Diktatur und des Zweiten Weltkrieges verfolgt, entrechtet, in Emigration oder KZ getrieben und ermordet wurden.

Diesem Geschichtskonzept entspricht, dass mit Beginn dieses Jahres politisch und medial die Kampagne zur Vorbereitung des 25. Jahrestages des Mauerfalls eröffnet wurde. Das geschieht in der Tradition jener restaurativ-antikommunistischen Kräfte, die im Sommer 1953 unter Mithilfe der SPD eilig einen Feiertag am 17. Juni ausriefen, aber über ein halbes Jahrhundert einen Gedenktag für die Opfer des Faschismus verhinderten. Ihre Nachfolger sind jene, die bis heute dem 8. Mai 1945 ignorant bis feindselig begegnen und bei seiner gelegentlich unvermeidbaren Erwähnung keinesfalls den Faschismus (oder auch nur „Nationalsozialismus“) erwähnt sehen möchten. Es sind die geistigen Erben und politischen Nachkommen der Kreise, die weit über vierzig Jahre keinerlei Anlass für eine Gedenkstättenkonzeption der Bundesrepublik gesehen hatten …

Unionsparteien und FDP hatten nach dem Ende der faschistischen Diktaturen in Portugal und Spanien, von autoritären Militärregimes in der Türkei, Griechenland und anderswo keinen Anlass gesehen, sich für die Aufarbeitung massenhafter und teilweise jahrzehntelanger Verbrechen zu engagieren. Von Ausnahmen abgesehen, spielen die – beispielsweise unter der Franco-Diktatur oder in Indonesien 1965 – verübten Morde und Massaker bis heute in der offiziellen Erinnerungskultur der Bundesrepublik keine nennenswerte Rolle. Schließlich sind es die der deutschen Rechten ideell und politisch verbundenen Schichten und Parteien in jenen Ländern, die meist bis heute Klärungsprozesse bezüglich ihrer kriminellen Vergangenheiten ver- oder behindern. Andererseits überschlagen sich die rechten Kräfte in der Bundesrepublik seit den 1990er Jahren im Bemühen, das fortschrittsfeindliche Erbe und Potential baltischer sowie ost- und südosteuropäischer Länder – militär- und profaschistische Traditionen eingeschlossen – zu mobilisieren.

In diesem Sinne gibt es längst Anstrengungen, das primär antikommunistische Konzept gesamteuropäisch durchzusetzen. Es wird sichtbar in dem Versuch, den 28. August 1939, den Tag der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes mit geheimem Zusatzabkommen, als europäischen Gedenktag zu stiften. Zunehmend und meist ohne auffälligen Widerspruch wird die Sowjetunion neben Nazideutschland als annähernd gleichermaßen mitverantwortlich für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges genannt. Aktuell äußert sich die Grundtendenz im Beschluss des Europäischen Parlaments „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ vom 19. November 2013, Initiativen zu fördern, die „die Ursachen der totalitären Regime in der modernen europäischen Geschichte (insbesondere, aber nicht ausschließlich des Nationalsozialismus, der zum Holocaust führte, des Faschismus, Stalinismus und der totalitären kommunistischen Regime) und das Gedenken an die Opfer ihrer Verbrechen“ reflektieren …

Die deutsche Rechte als Haupttäter benennen

Um dominante ideologische Prozesse in Gesellschaft und politischem System der Bundesrepublik, ihre Triebkräfte, Inhalte und Feindbilder zutreffend verorten zu können, wird hier für den Schlüsselbegriff „deutsche Rechte“ plädiert. Das Verständnis entspricht im Wesentlichen dem von Peter Glotz in seiner gleichnamigen Schrift von 1989: „Die Hauptfigur dieser Schrift heißt Helmut Kohl. Er ist, seinen vielen Verächtern zum Trotz, seit 1973 die Zentralfigur in der rechten Hälfte des politischen Spektrums“.[2] Die „größte Partei der Rechten in der Bundesrepublik, die CDU“ sei bisher von Konrad Adenauer und Helmut Kohl geprägt worden. Glotz betonte den analytischen Wert seines Verständnisses von der Rechten, denn seine Schrift sei „gerade ein Plädoyer fürs genaue Hinschauen, also die Unterscheidung zwischen rechtsliberalen, liberal-konservativen, national-konservativen, rechtspopulistischen, rechtsradikalen, rechtsextremistischen und rechtsterroristischen Gruppen und Splittern“.[3] Das ist heute hilfreich für eine Klarstellung, die der Strömung statt des vernebelnden Vokabulars von „christlich“, „neo-“ oder „marktliberal“, „wertkonservativ“, „europäisch“, „sozial“ usw. ihren tatsächlichen Platz zuweist. 2014 ist in der Nachfolge von Adenauer, Erhard, Kiesinger, Strauß und Kohl die CDU-Vorsitzende und Kanzlerin Angela Merkel die „Hauptfigur“ der deutschen Rechten. Bezüglich der Bezeichnung der US-amerikanischen, französischen oder britischen Rechten sind die semantischen Hemmungen geringer. Allerdings ruft auch in keinem dieser Länder der Begriff vergleichbare Assoziationen zur Erbschaft schwerster und massenhafter Verbrechen gegen die Menschlichkeit hervor. Die Tatorte reichen von China 1900 und Südwestafrika 1904–1907, über Belgien, Frankreich, Russland und andere Länder 1914 bis 1918 bis zu denen des Faschismus und im Zweiten Weltkrieg. Die bevorstehende Wiederkehr der 100. und 75. Jahrestage jener Ereignisse alarmiert konservative, militant antikommunistische Kräfte und veranlasst sie, mit geschichtspolitischen Initiativen die Hegemonie in der Deutung des vergangenen Jahrhunderts zu behalten. Sie wollen ihren heutigen und absehbaren gesellschaftspolitischen Ambitionen auch daraus Plausibilität und Massenwirksamkeit verleihen …

Geistige Krise und fehlende Perspektiven

… Eine Kompensation für nunmehr unumgängliche Offenlegungen zu Gesellschaft und Geschichte der Bundesrepublik wird offensichtlich in der weiter verschärften Denunziation und Delegitimierung der DDR gesucht und gefunden. Jüngste Beispiele unablässiger Kampagnen: Die Arbeit in Haftanstalten der DDR wird als „Zwangsarbeit“ bezeichnet, um Analogien zur tatsächlichen Zwangsarbeit in der NS-Diktatur zu suggerieren. Die Forderung nach Verbot von DDR-Symbolen wird in Teilen von Medien und Politik nicht als rechte Scharfmacherei, sondern als diskussionswürdige Wortmeldung aufgenommen. Die unablässige, aggressive sowie von den Ursprüngen und Grundlagen her fälschende Beschreibung und Herabsetzung des vergangenen zweiten deutschen Staates wurden ein Hauptfeld indirekt verklärter Selbstdarstellung bundesdeutscher Gesellschaft und Geschichte. Überhaupt gehört das Bestreben, von eigenen kritikwürdigen Herkünften vor und nach 1945 abzulenken und sich historisch zu entlasten, nicht zu den letzten Antrieben des eifernden zeitgenössischen Geschichtsrevisionismus und schier endlos fortgeschriebenen Gaucklertums.

Die bürgerlich-aristokratischen Oberschichten speisten ihre Herrschaftsideologie im Kaiserreich wesentlich aus den militärischen Erfolgen von 1813, 1864, 1866 und besonders 1870/71 gegen Frankreich; aus kolonialen Eroberungen, Hochrüstung sowie Anfangs- und Teilerfolgen im Ersten Weltkrieg. Ab 1919 füllten Bismarck- und Hindenburgkult, Dolchstoßlegende, Monarchismus, Gegnerschaft zu Versailles und Antibolschewismus die Geschichtsbücher, die Rechtspresse sowie die akademischen Festakte und die Trivialliteratur. Nicht erst, aber vor allem seit 1990 dienen Mauerfall und Ende der DDR, das Scheitern des osteuropäischen Staatssozialismus und die globale Dominanz des Kapitalismus dazu, der fortbestehenden bürgerlichen Gesellschaft und ihrem politischem System den ansonsten unzulänglichen Glanz geschichtlicher Überlegenheit und historischer Siege zu verleihen. Offensichtlich erscheinen unter Bedingungen chronischer Krisenprozesse, extremer Ungleichheit sowie fehlender Zukunftsgewissheit Dax-Werte, Export-Quoten und immerwährende Krimi-, Sex- und Dschungelberieselung als wesentlich, aber ideell und ethisch unzureichend. Ein großzügig finanziertes und regierungsamtlich protegiertes Netz staatlicher Institutionen und Instrumentarien steht längst dafür zur Verfügung. Es offenbart die Realitäten des bundesdeutschen Verständnisses von Zivilgesellschaft und Pluralismus, Wissenschafts- und Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit sowie Achtung der Menschenwürde aller. Systematisch wird ausgegrenzt und geächtet oder privilegiert, es grassieren Tabus und enge Sprachregelungen in Politik, Medien und Bildung. Zu den traditionellen Zentralen und Stiftungen zur politischen Bildung kamen seit den neunziger Jahren die Stasi-Unterlagenbehörde mit Filialen in Bundesländern sowie Funktionen bei der Aktenöffnung sowie zur ideologischen Steuerung und Mobilisierung, die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, neu geschaffene zeitgeschichtliche Forschungs- und Propagandainstitute in Leipzig, Dresden, Weimar und Potsdam und der Forschungsverbund SED-Staat in Berlin. An Universitäten und Hochschulen wetteiferten Professoren mit dem Nachweis des eigenen beflissenen Konformismus um einschlägige Fördermittel. Die zentralen Verfassungsorgane der Bundesrepublik, die langjährig keinerlei Zuständigkeit für Gedenkstätten und Museen erkennen konnten, überbieten sich inzwischen auf diesen Gebieten, nachdem sie die darin liegenden Möglichkeiten dauerhafter antikommunistischer Ideologisierung des öffentlichen Lebens begriffen hatten. Der herrschende geschichtsideologische Staatsdirigismus widerlegt alle Phrasen von der vermeintlichen Liberalität, Pluralität und aufklärerischen Leitmotiven.

Die Geschichtsideologie und -politik der deutschen Rechten wird dominiert vom antikommunistischen, konservativen, teils latent deutschnationalem Ideengut der CDU, CSU, FDP, AfD und anderer. Sie wird massenmedial flankiert und multipliziert von „Bild“, „Welt“, „FAZ“, teils „Zeit“ und anderen Medien einschließlich Funk, TV, Film, Online-Diensten etc. sowie fortgesetzt und vervielfacht in Schulbüchern und Angeboten der Stiftungen für politische Bildung. Die konservative Rechte erhält Beihilfe und wird im Nachtrab und an den Flügeln unterstützt von der Mehrheit der Führung und von Funktionsträgern der SPD, der wiederum ein beträchtlicher Teil zumindest des Führungspersonals der Gewerkschaften mehr oder weniger folgt. Ähnliches gilt im zunehmenden Maße von Gruppierungen der Grünen …

Die aus der Bundestagswahl 2013 hervorgegangene Große Koalition vereinbarte, die Abrechnung mit der DDR fortzusetzen sowie einen Gedenktag zur Erinnerung an Flucht und Vertreibung einzuführen. Mit Letzterem erfüllt sie Forderungen jener konservativen Kräfte, die sich jahrzehntelang mit revanchistischen Parolen und Umtrieben Entspannung und Friedenssicherung in Europa widersetzten. Unter den Fittichen der Unionsparteien und in Personalunion mit ihnen, jahrzehntelang als rechtes Wählerpotential politisch und finanziell gehätschelt, haben die Vertriebenenverbände dreist ihre nazistischen Erbschaften weit über ein halbes Jahrhundert mitschleppen können.

Die antikommunistische Grundorientierung der herrschenden Geschichtsideologie ist Symptom und Teil der geistigen Krise, die ihrerseits in den scharfen sozialen Widersprüchen der heutigen kapitalistischen Weltgesellschaft wurzelt und diese – teils enthüllend, teils verzerrt und verschleiernd – widerspiegelt. Das Fehlen von gesamtgesellschaftlichen Leitideen und Perspektiven begleitet fortdauernde Massenarbeitslosigkeit sowie die weiter wachsende Kluft zwischen irrational anmutender Anhäufung von Superreichtum und zunehmender, sich verfestigender Armut. Die verheerenden Ziffern fehlender Ausbildungs- und Arbeitsplätze für die junge Generation in Ländern des Euro-Raumes und darüber hinaus, sind alarmierende Symptome der Gesellschaftskrise. Beunruhigend sind der Unwille und die Unfähigkeit zum dauerhaft friedlichen Zusammenleben aller Völker und Staaten. Sie belegen auch ein Jahrhundert nach 1914 die konstitutiv expansiven und imperialen Tendenzen des Kapitalismus. Die herrschende Geschichtsideologie ist ein hauptsächliches Feld, nach innen wie nach außen fortschritts- und friedensfeindliche Traditionen und Geisteshaltungen zu inspirieren sowie damit weiterhin die Herrschafts- und Gestaltungsansprüche von Großkapital, verbürgerlichter Aristokratie und modernem Militarismus sichern zu helfen.

1 Mail der Stiftung „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ vom 5. September 2013
2 Peter Glotz: Die deutsche Rechte. Eine Streitschrift, Stuttgart 1989, S. 13
3 Ebenda, S. 14

(* Stark gekürzter Vorabdruck aus Marxistische Blätter 2_2014. Auslieferung Mitte März.)

Unsere Antwort an alle Geschichts-Gauckler:

Harald Neubert
Europäische Nachkriegsordnung
West-Ost-Konflikt und deutsche Zweistaatlichkeit
Essen, 2013, 340 Seiten, 19,80 Euro
ISBN 9–783-910 080–77-5

Erhältlich beim Neue Impulse Verlag, Hoffnungstr.18, 45127 Essen, Tel.: 0201–23 67 57

Einer der „verbrannten Dichter“

Leonhard Frank und Würzburg

„Nahezu alle namhaften Autoren, die seinerzeit emigrierten, im Ausland starben, Selbstmord begingen oder trotz ihrer abenteuerlichen Schicksale weiterlebten, sind hierzulande so gut wie unbekannt. Wer kennt, beispielsweise, die alten oder gar die neuen Werke von Lion Feuchtwanger, Bruno Frank, Leonhard Frank, A.M. Frey, Hermann Kesten, Annette Kolb, Heinrich Mann, Alfred Neumann oder Alfred Polgar?“

Das schrieb Erich Kästner („Die literarische Provinz“) im Jahre 1950. Seine Klage hatte aber Wirkung, einige der genannten Autoren sind wieder akzeptiert, gedruckt und werden gelesen. Leonhard Frank (1882–1961) im ärmsten Würzburger Milieu aufgewachsen, hatte es besonders schwer in seiner Heimatstadt. Durch sein Buch „Die Räuberbande“ von 1914 schlagartig berühmt, emigrierte er 1933, gelangte in die USA. 1950 in die Bundesrepublik zurückgekehrt, musste er feststellen, dass er literarisch kaum noch wahrnehmbar war. Die DDR war es, die seine gesammelten Werke herausgab und ihn mit dem Nationalpreis ehrte.

In Würzburg nahm man seinen 1949 erschienenen Roman „Die Jünger Jesu“ übel. So nennt er eine Bande von Jungen, die unmittelbar nach dem Krieg in der Manier von Robin Hood Umverteilungen vornimmt. Opfer sind Schwarzhändler, häufig solche mit Naziverbindungen, wie überhaupt die Kontinuität des Nazipersonals und der Neofaschismus Thema dieses Romans ist.

Damals waren die Würzburger so schlecht auf ihren bekanntesten Schriftsteller zu sprechen, dass der Stadtrat sein Theaterstück „Karl und Anna“ absetzen ließ.

Das hat sich geändert. Vom 4. bis 13. April werden über 100 Lese-Veranstaltungen in Würzburg und Umgebung, aber auch in Leipzig und Köln, unter dem Motto „Würzburg liest ein Buch“ just den Roman „Die Jünger Jesu“ von Frank zum Würzburger Stadtgespräch machen. Ein Kreis von Buchhandlungen hat das organisiert, zusammen mit der umtriebigen Leonhard-Frank-Gesellschaft. Die war auch eingespannt in die Vorbereitung eines Symposiums am Wochenende 15./16. Februar in der Würzburger Universität. Mit dem Thema Krieg und Nachkrieg ist das Themenfeld weit gespannt. Die Konferenz zählt zu der ersten in der Reihe wissenschaftlicher Veranstaltungen aus Anlass des 100. Jahrestags des Ersten Weltkrieges im laufenden Jahr. Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Wolfgang Riedel, Vizepräsident der Julius-Maximilian-Universität, aber auch der Kulturreferent der Stadt, Muchtar Al Ghusain, SPD, OB-Kandidat bei den Kommunalwahlen im März, begrüßten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im ehrwürdigen Oswald-Külpe-Hörsaal. Prof. Riedel erinnerte auch an die wissenschaftlichen Glanzzeiten der Uni. Wenige Meter entfernt hatte Wilhelm Conrad Röntgen 1895 die nach ihm benannten Strahlen entdeckt. Er betonte die Aktualität des Themas, zumal die wissenschaftliche Untersuchung des Ersten Weltkriegs häufig im Schatten des Zweiten stattfinde.

In der DDR wurde Leonhard Frank mit einer Briefmarke geehrt.

Vorwiegend junge Wissenschaftler stellten ihre Arbeit vor. Katharina Rudolph, Offenbach, untersuchte Franks Roman „Der Mensch ist gut“. Dr. Judit Hetyer, Pecs/Ungarn, verglich die „Deutsche Novelle“ mit anderen Faust-Motiven in der deutschen Literatur. Dr. Norman Ächtler, Gießen, referierte über das Lagererlebnis in der Lyrik von Johannes Bobrowski und Günter Eich. Dr. Süselbeck, Marburg, bewertete die beiden Romane von Ludwig Renn, denen dieses Symposium den Titel entliehen hatte. Das Thema war der angebliche Franktireur-Krieg in Belgien, ein Mythos, der die deutschen Massaker zu rechtfertigen hatte. Hervorzuheben ist der Vortrag von Markus Hien („Zu einem Grab kam er nie. Gert Ledigs Poetik des Erinnerns“), über die drei Romane dieses Autors („Stalinorgel“, 1955, „Vergeltung“, 1956, und „Faustrecht“, 1957), eines Kommunisten, die nach ihrer Neuauflage eine neue Wertschätzung erfahren. Dr. Ulrich Dittmann von der Oskar-Maria-Graf-Gesellschaft, München, erörterte den Krieg als biografisches Motiv und literarisches Thema bei Graf. Weitreichende Aufschlüsse bot der Vortrag von Michael Storch (Uni Würzburg) „Wie Zarathustra in die Schützengräben kam: nietzscheanische Legitimationen des Ersten Weltkriegs“. Und schließlich unternahm es der Jurist Prof. Dr. Eric Hilgendorf, die rechtlichen Implikationen von Rache und Widerstand bei den „Jüngern Jesu“ zu prüfen. **Klaus Stein**

Der Filmemacher vom Ölberg

Manfred Vosz ist gestorben

Er kam vom „Ölberg“. Das ist der Stadtteil Elberfelds, wo die Petroleumlämpchen noch brannten, als die anderen, „besseren“ Teile schon längst elektrischen Strom hatten. Daher der Name. Um 1900 lebten dort Hunderte von Menschen auf engstem Raum, man spricht von 450 pro Hektar im Vergleich zu vielleicht 15 auf derselben Stadtfläche der „vornehmen“ Quadratmeter. Sein Vater war Bügler, Grete, die Mutter, saß an einem Band. Er ging bei Bayer in die Lehre als Chemielaborant. Hat die Schwebebahn gestrichen. Wer einmal unter den mächtigen Pfeilern stand, kann sich vorstellen, dass man den Aufenthalt dort oben mit Eimer und Waschel nicht so schnell vergisst und schon gar nicht als vorheriger Entroster. Er schaffte es gegen alle damaligen Zeitumstände (2,3 Prozent der Studierenden aus Arbeiterfamilien) an die Werkkunstschule Wuppertal und über sie an die Kunstakademie in München. Seine Freunde aus der dj 1–11, einer bemerkenswerten Abteilung der alten Jugendbewegung, nannten ihn Puck.

So lernte ich ihn kennen mit erstaunlichen sozialen Gemeinsamkeiten und politisch ähnlicher Denke. Er trat in den damaligen Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) ein, als er hörte, dass dort auf Druck des SPD-Vorstandes – ich hab den späteren Schmidt-Schnauze als Wortführer in Erinnerung – zwei Leute ausgeschlossen werden sollten, die an der Uni den sozialistisch argumentierenden „Studentenkurier“ vertrieben – und er tat das nur, um eine Stimme dagegen zu halten. Das war um die Zeit des Godesberger Programms der SPD und seiner Schwärung. Er wurde bald darauf in den Bundesvorstand des SDS gewählt. Er rückte dem hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer auf die Pelle, einem weithin geschätzten Antifaschisten, einer der Ausnahmen in hohen Ämtern des CDU/USA-Staates BRD. Der versuchte ihn zu beruhigen.

Aber sein einziges Argument war letztlich, dass Willy Brandt einen solchen Frontwechsel niemals gutheißen würde. Irgendwann hatte er die Faxen dicke und stellte Aufnahmeantrag in die KPD – also in die von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und Ernst Thälmann.

In München im Occam-Filmstudio mit dem Betreiber Fritz Falter gab es eine Woche des antifaschistischen Films, absolut ungewöhnlich zu dieser Zeit. Sie war sein Werk – wie auch viele Jahre später die Kulturveranstaltungen zum Internationalen Dachau-Treffen im Circus Krone und parallel dazu im Schwabingerbräu.

Zwischen diesen Zeitabständen entdeckten wir, fast zufällig, dass wir beide unabhängig voneinander an einer neuen Zeitschrift für Literatur bastelten, gegen das Adenauer-Gesäusel, für die Vergessenen, an den Rand Gedrängten und vor allem für die vorhandenen und erhofften jungen Neuen, die den Buchstaben und soziale Wirklichkeit nicht für Mars und Venus halten. Wir haben uns zusammengeschmissen und für das Traumgebilde einen ebenso Verrückten gefunden, der auch noch Geld hatte.

Es war der Mund- und Fußmaler Arnulf Erich Stegmann. Er wollte nie, dass man darüber redet. Mit ihm im Rücken sind wir viele, viele Kilometer gefahren für unseren Traum und für die Gewinnung der Mitstreiter. Im September 1965 erschien die erste Nummer. Das Ding hieß dann *kürbiskern* 1/65. Hat dann seine eigene Geschichte. 1984 starb Erich, 1986 der *kürbiskern*.

Ausgehend von dem mir unvergesslichen Franz Xaver Stützinger, einem Drucker und Kamerabegeisterten, hatten wir und zwei, drei mehr sich zur Münchner Filmgruppe „das team“ zusammengetan. Dessen erste 10-minütige SlapstickLehrfilmProvoStummfilmpantomime „Die Grube“ wurde in der späten Adenauer-Ära zu einem wahren Aufklärungswunder als Zündkerze für Diskussionen unter Arbeiterjugendlichen, ob es tatsächlich Klassen gibt oder nicht. Das war aber „mein“ Film als Regisseur und Endentscheider. (Muss ja auch mal gesagt werden.) In meiner zweiten Filmpantomime nach gleichem Strickmuster, leider einem Totalflop, („Die Ente“) ist Manfred Vosz zu sehen als wüster Kommissar auf einer Kolchose – dies in 1:1-Umsetzung von Bildzeitungskeulen.

In der Folgezeit hat er sich mehr und mehr dem dokumentarischen Filmen zugewandt, ich eher dem Spielfilm. Seine „Deutsche Kirchweih“ von 1968, dem Nazi-Untergrund und Untergründigem, hier im Fränkischen auf die Spur gehend, war ein erster Ertrag. Und gleich mit einer Silbernen Taube in Leipzig versehen. Und Nummer Zwei war „Stadtführer für Bonn und Umgebung“, gleiches Thema, aber höhergeschossig. Preis der Internationalen Jury in Oberhausen. Dann ging er noch an die Schneidetische beim Bayerischen Fernsehen, hat dort gejobbt und gelernt. Ich hatte in meiner zurückliegenden auch Schauspielerzeit etlichen Cutterinnen (es gab damals kaum Männer dort) über die Schulter geschaut. Aber ihm am Schneidetisch zuzusehen war im Ablauf vollendetes Handwerk zu sehen. Es gibt ja den berühmten grünen Daumen. Was er zum Beispiel mit seinen Fingern unter den Motorhauben seiner alten Karren gemacht hat, entzieht sich meiner Kenntnis und Benennung. Sie fuhren jedenfalls immer und immer wieder. Manchmal hatte ich das Gefühl, der muss nur missmutig reinschauen.

Sein bekanntester Film ist vermutlich „Goethe in D.“ mit dem Dachau-Häftling Erwin Geschonnek dem Großen als Fremdenführer, 1986 mit dem Bundesfilmpreis ausgezeichnet. Hier ist nicht der Ort, alle seine Filme aufzuzählen, das kann das Internet. Es gibt zwei durchgehende inhaltliche Stränge in ihnen – sich nicht abzufinden mit dem Neofaschismus und für die internationale Solidarität der Unteren.

Er hatte in den Sechzigern mit der bildenden Künstlerin Dietlind Blech einen gut dotierten Wettbewerb für ein Wandbild in einer Schule in Gevelsberg gewonnen und ausgeführt. Mit dem Preisgeld kauften sie sich einen Döschöwo und fuhren mit dem kleinen Schaukler und Racker von der Südspitze Spaniens aus ausgiebig rund ums Mittelmeer. Vielleicht ist da die Grundlage entstanden für seine spätere Verbundenheit mit der arabischen Kultur. Es war 1972 nicht alltäglich, dass ein westdeutscher Filmer zu den Palästinensern geht und zeigt.

Irgendwann kam der Ruf an die Hochschule Kassel zum Ausbau der Medienabteilung Sparte Film. Ich kann das nicht beurteilen, aber ich denke, das hat er getan. International – also damals „Dritte Welt“ – war er eine Nummer. Zehn Jahre hat er in Kuba Dokumentaristen aus ganz Lateinamerika seine Erfahrung weitergeben. Er war in zahlreichen Jurys von Filmfestivals „südlicher“ Länder gefragtes Mitglied, auch das Goethe-Institut hat das begriffen und ihn rumgeschickt. Bloß hier, bei den Eingeborenen und ihren Medien bzw. ihren Pferdeklappen, hat das kaum interessiert. 2002 hat er in Stuttgart für das Institut für Auslandsbeziehungen noch die große Veranstaltung „Der neue iranische Film“ beraten.

Das heißt heute alles Globalisierung, tritt als Sachzwang auf und ist nichts anderes als der Anspruch auf globale Ausbeutung. Der Elberfelder vom Ölberg dagegen fordert Internationalismus als Anspruch auf globale Gegenwehr für Zukunft. Er war ein Macher, aber ein Macher mit Vision, ganz gegen die Philosophie eines Schmidt-Schnauze – wie schon damals im SDS. Wenn er eine Idee hatte, suchte er nach Möglichkeiten, sie zu verwirklichen. Er konnte dabei Leute ausnutzen bis an die Grenze der Schamlosigkeit, auch das gehört zur Wahrheit. Aber wahr ist auch, dass er eventuell für dieselben Leute in Not bis an die Grenzen der eigenen Möglichkeiten gegangen wäre. Mit Not meine ich Notfall. Ich kenne zwei Leute, die seiner Entschlossenheit in einem solchen Fall ihr Leben verdanken.

Nun ist er in Düsseldorf gestorben. Manfred Vosz, Filmemacher und mehr. Salud, mein Brauner an der anderen Seite der Deichsel. **Hannes Stütz**

Pyrrhussieg für Immobilien-Hai

Das Verbot eines Hildesheim-Krimis ist selbst ein Krimi

Hildesheim schmückte sich bis vor kurzem mit dem Etikett „kleine Großstadt“: 2013 sackte die Einwohnerzahl unter 100 000, schmerzlich für das Stadtmarketing. Die Spatzen pfeifen von den Dächern, dass bei allen städtischen Planungen im Hochbau stets die Unternehmensgruppe Lüder – Immobilien, Projekte, Investment, Management – die Beschlussvorgaben mit bestimmt. Jürgen Meier hatte die kommunale Verflechtung von Verwaltung und privaten Investoren in seinem fünften Hildesheim-Krimi „Memories“ als Hintergrund des Handlungsrahmens gewählt. Die Firma Lüder sah sich in den handelnden Personen erkannt und beleidigt.

Die erste Version wurde per Vergleich beim Landgericht Hildesheim verboten (UZ berichtete am 8. 2. 2013). Meier korrigierte einige Passagen, verlegte den Ort der Handlung von Hildesheim nach Göttingen. Firmeneigentümer Sebastian Lüder und sein Hausjurist und Hildesheimer CDU-Vorsitzender Frank Wodsack sahen sich erneut nicht ausreichend verfremdet und beantragten wiederum per einstweiliger Anordnung das Vertriebsverbot des bereits in erster Auflage in verschiedenen Buchhandlungen ausliegenden Werkes.

Nun hat das Oberlandesgericht in Celle unlängst entschieden, dass man nicht behaupten dürfe: Der junge Sebastian Lüder sei mit seinem Vater zerstritten, habe seinem Vater angedroht, ihn verhungern zu lassen; das Unternehmen Lüder habe einen Hildesheimer Radiologen dadurch geschädigt, dass es dessen gesamtes Vermögen von fast 2 Mio. Euro in den Sand gesetzt habe; Sebastian Lüder sei ein gerissener Hedgefonds-Jongleur, bewege sich geschäftlich am Rande der Legalität; die Unternehmensgruppe Lüder habe mit einem Projekt in Krefeld die Stadt Krefeld und den Stadtrat betrügen und prellen wollen; Herr Wodsack habe sich als Führer und Unfallverursacher anlässlich einer Trunkenheitsfahrt im Straßenverkehr unerlaubt vom Unfallort entfernt, sei als Führer eines PKW vor einer Polizeistreife geflüchtet und im Badezimmer seines Bungalows von der Polizei verhaftet worden; wegen Fahrerflucht sei er von einem Gericht zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden. So weit Auszüge aus dem Gerichtsurteil vom 6. Februar 2014.

Dem Lokalkrimiautor Jürgen Meier wurde bei Androhung von 250 000 Euro untersagt, selbiges zu behaupten. Das hat er zwar in seinem Roman „Memories“ mitnichten getan. Allerdings werden seine Kunstfiguren Jakob Blasewitz und Franz Wollmann so nahe als identisch mit den realen Personen Sebastian Lüder und Frank Wodsack gewertet, dass die von Meier vorgetragenen Behauptungen den realen Personen zugeschrieben werden können, so die Richter des OLG. Dass Meier all das nicht behaupten darf, heißt allerdings keineswegs, dass „Behauptetes“ nicht stimmt. Das zu prüfen, hat sich das Gericht nicht zugemutet, sich stattdessen auf den von Meier und Lüder erstinstanzlich vereinbarten Kompromiss zurückgezogen, in dem der Autor sich verpflichtet hatte, die Personen seines Romans so zu verfremden, dass sie für den Leser unkenntlich würden. Bei der vom Gericht vorgenommenen Prüfung stellten die Richter ausschließlich formal fest, dass die Verfremdung nicht hinreichend sei. Hätte Meier vor einem Jahr dem Vergleich nicht zugestimmt, wäre eine inhaltliche Prüfung möglich geworden, die Meier nun selbst durch den Vergleich verhindert hätte.

Mehrere Prozessbeobachter äußerten den Verdacht, der Vorsitzende Richter habe sich um eine inhaltliche Wertung der Sache gedrückt und den Vergleich vorgeschoben. So habe der Prozessverlauf Anschauungsunterricht in Klassenjustiz erteilt. Gleichwohl ließ der leitende Richter Wiese in der mündlichen Verhandlung am 21. Januar durchblicken, dass er das Persönlichkeitsrecht der Kläger Lüder und Wodsack eher hinter der Kunstfreiheit zurückstehend gewertet hätte, ihm allerdings formal die Hände gebunden seien.

Durch die detaillierte Nennung der inkriminierten Passagen im öffentlich ergangenen Urteil hat Lüder allerdings einen Pyrrhussieg errungen, da in der öffentlichen Meinung den Klägern all diese vom Gericht untersagten Behauptungen zugerechnet werden. Die Unterlegenen haben angekündigt, all das, was man gegenüber der Unternehmensgruppe Lüder nicht behaupten darf, einer breiten Öffentlichkeit in Hildesheim zu präsentieren. Inwieweit die Firma an Hedgefonds beteiligt ist, welche Rolle sie in Krefeld oder Gelsenkirchen gespielt hat oder auch wie der Planungsprozess beim ehemaligen Klinikum-Standort am Hildesheimer Weinberg verlief, all das werden die Unterlegenen durch die Unterstützung der Gewerkschaft ver.di, die Meier Rechtsschutz gewährte, in öffentlichen Debatten thematisieren. **UP**

Der Vernunft gegen ihre Feinde beistehen

Die Vier-Parteien-Konferenz am 15. und 16. Februar war ein voller Erfolg • Auszüge aus den Referaten

Die Zeitung vom Letzebuerger Vollek der Kommunistischen Partei Luxemburgs drückte am 18. Februar in ihrem ganzseitigen Beitrag auf Seite 2 die großartige Stimmung während der mehr als zweistündigen Demonstration von über dreihundert Menschen aus der politischen Linken am 15. Februar durch die Aachener Innenstadt begeistert aus. Und für die DKP konnten die Rückmeldungen der drei Parteien, die wir zur Zusammenkunft eingeladen hatten, nach Tagungsende nicht schöner sein: „Phantastische Stimmung, hohes Debattenniveau, tolle Demo" – so die Aussagen zu dieser ungewöhnlichen 9. Ausgabe der seit 2006 stattfindenden Vier-Parteien-Konferenz.

Denn erstmals war eine der Konferenzen von einer öffentlichen Aktion begleitet. Die Demonstration, zu der „alle friedliebenden Menschen" aufgerufen waren, war eine Idee der DKP, die damit ihren erneuerten Willen zu öffentlichem Auftreten und zu einem gesunden und selbstbewussten Verhältnis zur eigenen Identität belegen wollte und konnte. Die Partei der Arbeit Belgiens (PVDA/PTB), die Neue Kommunistische Partei der Niederlande (NCPN) und die KP Luxemburgs hatten dem ambitionierten Konzept zugestimmt und waren mit einer Reihe von Genossinnen und Genossen angereist, die eigens nur zur Demonstration kamen, während an der anschließenden Konferenz dann jeweils zehn Mitglieder jeder Partei teilnahmen. Für die deutsche Seite war die Entfernung nach Aachen vielfach größer als für die internationalen Gäste, dennoch nahmen DKP-Mitglieder von Rhein und Ruhr in ansehnlicher Zahl teil.

Für die DKP war es die erste von ihr initiierte und noch dazu allein von Kommunistischen Parteien beworbene Demonstration seit mindestens 25 Jahren. Dabei ging es nicht etwa darum, nicht gemeinsam mit anderen Kräften zu demonstrieren, sondern vielmehr wollten wir die Initiative zur ersten Friedensaktion in diesem Jahr des vielfältigen Gedenkens an das Lostreten des Ersten Weltkriegs durch das deutsche Kaiserreich ergreifen: als eigenständiger Teil des Ganzen, und unter ganz natürlichem Bezug auf die weiteren Aktionen der Friedensbewegung im Jahr 2014, allen voran die Ostermärsche. Und diese Orientierung war richtig und wurde ein Erfolg! Der Einladung zur Teilnahme folgten sicher nicht sehr viele AnwohnerInnen, dafür aber gut sichtbar örtliche Friedensbewegte wie vom Aachener Antikriegsbündnis (AKB) und der Partei „Die Linke". Eine Handvoll Mitglieder der KP Griechenlands waren genauso unter den Demonstrierenden wie ein gutes Dutzend von Genossinnen und Genossen der KP der Türkei, aus den TKP-Organisationen in Deutschland und den Niederlanden.

Jens Wegener, Kreisvorsitzender der DKP Aachen, hielt den Redebeitrag bei der Auftaktkundgebung, und auch während der Demonstration selbst warb er für ein aktives Eingreifen der Menschen in den Friedenskampf. Die Zwischenkundgebung wurde von der NCPN und der KPL und die Abschlusskundgebung dann von der PTB und der DKP – mit einem Redebeitrag von Patrik Köbele – geleistet. Für die Weitgereisten hatte die Aachener Kreisorganisation Kaffee und Brötchen vorbereitet – nur eine der vielen Aufmerksamkeiten der Aachener Kreisorganisation der DKP für ihre internationalen Gäste.

Im nahe gelegenen Konferenzzentrum ging im Anschluss an die Demonstration die Konferenz los. Auch dort hatten die Gastgeber alles bestens vorbereitet und sogar eine vierseitige Information über die Stadt Aachen, Karl den Großen und den Weg in den Ersten Weltkrieg vorbereitet. Den Auftakt des theoretischen Teils machte Daniel Bratanovic, der einen faktenund kenntnisreichen Vortrag über die Gründe hielt, wegen derer es vor hundert Jahren zum Krieg kam. Keineswegs waren die Völker „in den Krieg geschlittert", sondern handfeste Gründe seien dafür maßgebend gewesen. Letztlich wohnt dem Imperialismus der Krieg inne, so der Historiker und „junge Welt"-Redakteur.

Hans-Peter Brenner hielt den Beitrag der DKP. Die Thematik des Bruchs innerhalb der Zweiten Internationale führte im Anschluss zu zahlreichen Wortbeiträgen, die sich im Wesentlichen um den Opportunismus damals und heute drehten.

Am zweiten Tag sprachen Aloyse Bisdorff („Beginn und Ende von Kriegen") und Uli Brockmeyer („Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt") für die KP Luxemburgs. Aloyse Bisdorff erinnerte daran, dass noch vor dem Einmarsch der kaiserlichen Truppen in Belgien die luxemburgischen Eisenbahngleise besetzt worden waren. Demnach begann der Krieg schon am 1. August 1914 – er endete indes mit der Bezahlung der letzten Entschädigungsrate durch Deutschland am 30. Oktober 2010. Uli Brockmeyers Beitrag zeigte die beklemmende Aktualität der Konferenzthemen auf: Schon wieder gehe es um eine Neuaufteilung, dieses Mal mit Hilfe der „eindeutig militaristischen EU".

Bert de Belder redete für die Partei der Arbeit Belgiens über die „Entwicklung der Friedensbewegung aus kommunistischer Sicht": Dabei ging er auf das Anwachsen der Friedensbewegung nach dem 2. Weltkrieg ein, insbesondere durch den Kampf gegen den Atomtod. Heute müsse man in Belgien zwischen vier Friedensströmungen unterscheiden: eine proimperialistische, eine kleinbürgerlichpazifistische, eine gemäßigt antiimperialistische und eine revolutionäre antiimperialistische.

Ein praktischer Teil schloss sich am Sonntagnachmittag an, wo Willi Hoffmeister, DKP-Mitglied und Aktivist des Ostermarsches Ruhr seit mehr als fünfzig Jahren, den einleitenden Beitrag leistete. Er spannte den Bogen vom „Stockholmer Appell zur Ächtung der Atomwaffen" bis zum diesjährigen Ostermarsch, der an Karfreitag in Gronau beginnen wird – wegen der unmittelbaren Grenznähe eine gute Gelegenheit, eine gemeinsame Aktion von DKP und NCPN zu machen, so ein Vorschlag der DKP in der anschließenden Debatte. Darüber hinaus wurden Thesen für eine Forderungsplattform diskutiert, die von Vertretern der Parteien in Kürze abschließend erarbeitet werden.

Die NCPN hatte keinen eigenen Redebeitrag vorbereitet – das Land war nicht am Ersten Weltkrieg beteiligt. Keineswegs neutral aber waren die niederländischen Genoss/inn/en, die sich genauso rege an den Debatten beteiligten wie alle anderen auch. Die vier Parteien hatten im Vorfeld beschlossen, der Diskussion mehr Raum als früher zu geben, was auch gut umgesetzt wurde. Die drei Übersetzer/innen hatten auch hierbei jede Menge Arbeit zu leisten.

Der historische wie der aktuelle Kampf gegen den Krieg, so schloss Willi Hoffmeister, führt zu Brechts „Gedächtnis der Menschheit":

Und doch wird nichts mich davon überzeugen,
dass es aussichtslos ist,
der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen.

Genau dafür wird eine Kommunistische Partei gebraucht.

Aloyse Bisdorff (KPL):

Parallelen nach hundert Jahren

Der hundertste Jahrestag des Beginns des ersten Weltkrieges gibt Anlass zu einigen Vergleichen bezüglich der geopolitischen und strategischen Lage von damals mit der heutigen. So versteigt sich die britische Wochenzeitschrift „The Economist" in einem aktuellen Leitartikel zu folgendem Parallelismus: Die heutigen USA seien das Großbritannien von damals, eine Supermacht auf dem Abstieg, unfähig, die globale Sicherheit zu garantieren. Ihr größter Handelspartner China würde die Rolle Deutschlands spielen, das damals der größte Handelspartner Englands war, einer neuen Wirtschaftsmacht, sich nationalistisch aufrüstend und seine Streitkräfte rasch aufbauend.

Das moderne Japan sei Frankreich, ein Alliierter des schwankenden Hegemonen und eine absteigende Regionalmacht. Für Russland hat „The Economist" keinen Vergleich gefunden, weil man sonst ein Land hätte bezeichnen müssen, in welchem im Konfliktfalle die proletarische Revolution ausbrechen würde.

Der „Economist" macht allerdings das Zugeständnis, daß der Vergleich nicht ganz stimmt, da China im Gegensatz zu Kaiser Wilhelm dem Zweiten keine territorialen Expansionsziele hat. Tatsache aber ist, dass die USA – wie damals England – ihre global dominierende Stellung halten und sichern möchten, hauptsächlich durch überlegene militärische Mittel, welche dauernde große Rüstungsausgaben erforderte.

Der Erste Weltkrieg begann nach über 40 Jahren Frieden in Europa, und die Erinnerung an das Hineinschlittern in diese Katastrophe lässt daher auch heute wieder berechtigte Kriegsängste aufleben. Das umso mehr, als die ähnlich lange Verhütung eines neuen Weltkonfliktes nach dem Zweiten Weltkrieg der Existenz einer großen, strategisch gleichwertigen Friedensmacht zu verdanken ist, die es heute nicht mehr gibt.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat sofort die Kriegskräfte wieder entfesselt und den ersten Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien möglich gemacht, und auch die Etablierung der USA als einzige Hegemonialmacht gebracht. Der dem Zusammenbruch vorausgegangene Kalte Krieg wird in den USA öfters als eigentlicher „Dritter Weltkrieg" bezeichnet, den die USA dank des Rüstungswettlaufs gewonnen haben.

Mit diesem globalen und endgültigen Sieg sei „das Ende der Geschichte" gekommen. Die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft könnte auf dem Stadium des Kapitalismus eingefroren werden, da die Kernmacht dieses Systems die Mittel hätte, jede weitere gesellschaftliche Entwicklung entweder mit militärischem Eingriff, gezielten Morden oder wirtschaftlichem Druck und Korruption abzuwürgen.

Das strategische Ziel der USA müsse darin bestehen, dafür zu sorgen, daß kein Land oder keine Ländergruppe – ob sozialistisch oder kapitalistisch –, jemals die Fähigkeiten erlangen kann, die Vorherrschaft und Domination der USA herauszufordern. Dazu müssten die USA stets eine große militärische Überlegenheit besitzen und die Fähigkeit der „Power projection" überall auf der Erde. (…)

Seit dem Ende des Kalten Krieges waren die USA in mehr als der Hälfte der Zeit in militärische Interventionen verwickelt. Neben Afghanistan und Pakistan in vielen kleinen Kriegshandlungen in einem Rhythmus von je einer in 16 Monaten. Doch die kapitalistische Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die wachsenden Staatsschulden und die großen Haushaltsdefizite zeigen Grenzen auf für lang andauernde Kriegseinsätze. In immer kürzeren Zeitabständen stoßen die US-amerikanischen Staatshaushalte an die Obergrenze der erlaubten Staatsverschuldung und müssen diese dann immer wieder um mehrere tausend Milliarden Dollar anheben.

Das geschah auch wieder im Februar 2014, sonst hätten die Rechnungen nicht mehr bezahlt werden können. Schon vor über einem Jahr wurden die USA in ihrer Bonität herabgestuft. (…) Aber da man weder den potentiellen Gegnern, noch den Bündnispartnern traut, haben die USA ein weltweites Spionage- und Abhörsystem aufgebaut, welches nicht nur auf militärische, sondern auch auf wirtschaftliche Belange ausgerichtet ist.

(…) Da die Republikaner Steuererhöhungen für Reiche noch mehr hassen als eine Kürzung der Militärausgaben, ist auch von der Einnahmeseite keine Lösung für den defizitären Staatshaushalt zu erwarten. Das weitere Gelddrucken ruiniert den Dollar als Weltwährung und zwingt China als jetzt größte Handelsmacht zur beschleunigten Internationalisierung seiner Währung, des Renminbi. (….)

Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der USA, welche ihnen die Rolle des Weltgendarmen immer mehr erschweren, verlangen nach einem globalstrategischen Umdenken, von dem der Schwenk Obamas in den pazifischen Raum ein wesentlicher Aspekt ist. Dies wird ergänzt durch die Entstehung eines größeren Westens, eines amerikanisch-eurasischen Raums, gelegen in der nördlichen Hälfte oberhalb des 30. Breitengrades unter Einbeziehung Russlands. Dies würde russische Alleingänge und eine zu enge Bindung zwischen Russland und China verhindern, und die „Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit", der China, Russland, Kasachstan, Tadschikistan, Kirgisien und Usbekistan angehören, würde auseinanderdividiert.

Eine Zone des amerikanisch-eurasischen Raums würde, mit Ausnahme der Türkei, nur Länder umfassen, in denen christliche Religionen dominieren, und könnte die frühere Jahrhunderte lange Domination der Erde durch diese Länder über viele Jahre weiter bestehen lassen. Dieser Plan stammt aus dem Buch „Strategic Vision, America and the Crisis of the Global Power" des früheren Nationalen Sicherheitsberaters der USA, Zbigniew Brzezinski, früher einer der schärfsten kalten Krieger.

Was jetzt die gestellte Frage angeht, ob die EU heute ein Kriegstreiber ist und als imperialistischer Block auftritt, so braucht man bloß einen Blick auf die Karte der militärischen Rüstung zu werfen. Weder einzelne EU-Länder noch die EU als Ganzes – wenn man sich auch politisch einig wäre – besitzen die militärischen Fähigkeiten, größere militärische Konflikte mit mehreren hunderttausend Soldaten durchzustehen. Sie können höchstens als Hilfstruppen der USA dienen, wie in Afghanistan oder im Irak in Form der Koalition der Willigen. Da, wo sie selbstständig tätig werden, wie England oder besonders Frankreich im Krieg gegen Libyen, stoßen sie rasch an die Grenzen ihrer militärischen und finanziellen Fähigkeiten. Ohne die Nutzung der präzisen Satellitenaufklärung, welche die USA zur Verfügung stellten, wäre die Intervention praktisch blind gewesen.

Das bedeutet nicht, dass der Wille für militärische Abenteuer nicht vorhanden wäre. Aber es fehlt die strategische Weitsicht, die Analyse der Konsequenzen. Daher muss man jetzt, nachdem man in Libyen die Islamisten an die Macht gebombt hat, die gleichen Kräfte aus wirtschaftlichen Gründen in mehreren Ländern südlich der Sahara bekämpfen, und auch hier kann Frankreich allein die militärische Lage nicht meistern.

Trotzdem hätte man auch liebend gern militärisch in Syrien interveniert, hätte nicht Obama beschlossen, vorher noch den USA-Kongress befragen zu wollen. Man muss darauf hinweisen, dass sich besonders der französische Außenminister Fabius als militärischer Scharfmacher benimmt. Vielleicht bekommt er demnächst vom deutschen sozialdemokratischen Genossen im Amt des Außenministers Schützenhilfe.

Dazu würde sich die Ukraine eignen. Nach Osten sind die geographischen Grenzen der EU ja noch nicht definitiv geschlossen. Herr Putin sähe sich dann genötigt, eine stärkere Bindung an China zu vollziehen, wenn die EU-Suche nach neuem Lebensraum weiterginge. Und das wäre globalstrategisch gesehen eine Katastrophe für den Westen.

Bert De Belder (PVDA/PTB):

Forderungen für den Frieden

Vorschlag für eine Forderungsplattform in 10 Punkten, um eine anti-imperialistische Friedensarbeit in Europa zu erarbeiten:

1. Keine einzige Teilnahme an internationalen Interventionen, weder im Namen der NATO, der EU, einer „coalition oft he willing", noch der USA. Die sofortige Rückziehung aller unserer Truppen aus jeglichen ausländischen militärischen Interventionen. Strikte Respektierung der Souveränität der Staaten, wie es in der Charta der Vereinten Nationen festgelegt ist. Wir richten uns entschieden gegen die „humanitäre" Rechtfertigung und die Idee der „Verantwortlichkeit um zu schützen" („Responsibility to protect") als Rechtfertigung für ausländische Interventionen. Wir richten uns auch gegen andere Formen von externem Druck und Untergrabung der Souveränität, wie z. B. ökonomische Embargos und Sanktionen.
2. Ausstieg unseres Landes aus der NATO. Auflösung der NATO. In der Übergangsphase muss unser Land seinen Beitrag an der NATO auf ein striktes Minimum beschränken.
3. Rückzug unseres Landes aus allen militärischen EU-Initiativen wie dem Euro-Corps, den Battle Groups und der European Defense Agency (EDA). Wir weisen jede Aufgabe eines militärischen Ausbaus und Strategie zurück, die im Vertrag von Lissabon und anderen fundamentalen Dokumente der EU verankert sind. Während der Übergangsfase muss sich unser Land bei den militärischen Europäischen Initiativen auf ein striktes Minimum beschränken.
4. Abbau nuklearer Bewaffnung. Sofortiger Rückzug US-amerikanischer Kernwaffen aus unserem Land. Gesetzliches Verbot von Kernwaffen auf dem Gebiet unseres Landes. Unterstützung von Verträgen, die kernwaffenfreie Zonen einrichten und eines Vertrags der Kernwaffen generell verbietet.
5. Kein Kauf von neuen Gefechtsflugzeugen F-35 oder anderen. Stoppt die Entwicklung, den Kauf und die Installation allen offensiven militärischen Materials – einschließlich der scheinbar defensiven Projekte, die faktisch Bestandteil einer militärischen offensiven Strategie sind, wie ein Raketenschild oder andere Formen eines Verteidigungsschildes. Verlegung von Mitteln einer militärischen Sicherheitspolitik hin zu einer nicht-militärischen Sicherheitspolitik.
6. Beschränkung des Militärhaushalts. Verabschiedung von der NATO Norm von 2% des BSP für den Militärhaushalt. Kein Geld für Krieg, sondern für Soziale Notprojekte (Gesundheit, Bildung, Kampf gegen Armut …)
7. Kontrolle und Einschränkung der Waffenindustrie und des Waffenhandels, unter Anwendung einer breiten Interpretation der Definition von „Waffensystem" und auf Basis einer restriktiven Anwendung der europäischen Minimalnorm.
8. Demokratische Kontrolle über die Sicherheits- und Verteidigungpolitik. Veröffentlichung aller militärischen Absprachen, wie z. B. die über die Stationierung von Atomwaffen.
9. Unser Land muss eine eigene Friedensvision und Friedensstrategie entwickeln. Unser Land kann sich in Friedens- und Entwaffnungsinitiativen profilieren, so wie Norwegen bei der Schlichtung von Konflikten und die Schweiz als Zwischenhändler zwischen Ländern ohne diplomatische Beziehungen oder in internationaler humanitärer Hilfe. Es gibt schon heute vielfältige Möglichkeiten für die Konfliktprävention und den Friedensaufbau: Verhandlungen, Vermittlung, Einsatz von Wahrnehmern, Aufhalten von Waffenlieferungen, humanitäre Opferhilfe usw. Regionale Konflikte werden am besten regional gelöst, weit weg von den Einflüssen und Interessen der Großmächte.
10. Dauerhafter Frieden kann nur erreicht werden durch die Beseitigung von Armut und Unrecht, die historische Ungerechtigkeit gegen Völker zurückzuschrauben und ihnen das Recht zu erteilen, ihre eigene Entwicklung zu beschreiten. Darum fordern wir eine gerechte ökonomische Ordnung mit ehrlichen Handelsverhältnissen. Wir unterstützen den Kampf der Völker für ihre nationalen, demokratischen und sozialen Rechte, für Demokratie, sozialen Fortschritt, Frieden, ein gesundes Klima in einer gesunden Umgebung und Fortschritt.

Uli Brockmeyer (KPL):

Die Neuaufteilung der Welt

Die jüngsten Äußerungen führender Politiker der Bundesrepublik zu militärischen Einsätzen der Bundeswehr im Ausland dürfen nicht isoliert von den Entwicklungen der EU betrachtet werden. Sie sind vielmehr konkreter Ausdruck der Rolle der wirtschaftlich stärksten Macht innerhalb des imperialistischen Staatenbündnisses Europäische Union, des Bündnisses, das seinen Anfang als Zollunion der Benelux-Staaten nahm und spätestens mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Montanunion, die Keimzelle für die heutige EU wurde.
(…) Bereits die territorialen Erweiterungen der EU nach der Zerschlagung der sozialistischen Staaten Ost- und Mitteleuropas standen im Zeichen des Kampfes um die Aufteilung der Interessensphären unter den führenden kapitalistischen Gruppierungen. Ausdruck dieses Kampfes war auch das Wechselspiel zwischen EU und NATO bei der Osterweiterung. Wirtschaftliche und politische Interessen standen stets in einem untrennbaren Zusammenhang mit der Frage der militärischen Präsenz in den früheren sozialistischen Staaten, mit der Einbindung von deren Streitkräften in die westliche Militärpolitik und der Ausdehnung der Grenzen der NATO nach Osten. Dabei wurden die Interessen der führenden Kreise des Kapitalismus abwechselnd über die NATO und die EU durchgesetzt. Allerdings stellte sich relativ früh heraus, dass systemimmanente Widersprüche zwischen Konzerninteressen der USA und der westeuropäischen Staaten hinter den Kulissen durchaus eine Rolle spielten. So haben zum Beispiel einflussreiche Kreise des deutschen Kapitals eine von den USA angestrebte stärkere Anbindung der Ukraine an die NATO blockiert, weil sie die Ukraine mit ihren Ressourcen, ihrem riesigen Markt und ihrer geostrategischen Lage eher an die EU binden wollten.
Die verstärkte Militarisierung der EU und die zunehmenden Einsätze von Truppen aus EU-Ländern außerhalb des Territoriums der EU zeigen, dass die Gefahr wächst, dass die Herrschenden – 100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges – erneut einen Ausweg in Kriegen suchen.
Sogenannte Missionen der EU im Mittelmeer, am Horn von Afrika und in verschiedenen Ländern Afrikas haben nicht zur Schaffung von Frieden beigetragen, sondern weitere Konflikte gefördert oder provoziert. (…) Die Ausbeutung der Länder der „Dritten Welt" wird verstärkt fortgesetzt. Während sich die führenden Staaten der EU – zunehmend mit Einsatz militärischer Mittel – den ungehinderten Zugang zu den natürlichen Ressourcen dieser Länder sichern, werden gleichzeitig Waren aus der EU dorthin exportiert, die eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung der Länder behindern und allmählich eine wachsende Verarmung der Bevölkerung der betroffenen Staaten verursachen. Die damit verbundene politische und wirtschaftliche Destabilisierung wird gleichzeitig als Vorwand für militärisches Eingreifen genutzt.
Wie in der Zeit der Vorbereitungen des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren geht es auch heute um die Neuaufteilung der Welt. Waren vor 100 Jahren einige der kapitalistischen Industriestaaten – allen voran das Deutsche Kaiserreich – bei der Aufteilung der überseeischen Kolonien zu kurz gekommen und sahen daher den einzig möglichen Ausweg in einer Neuaufteilung mit militärischen Mitteln, so geht es heute um eine Neuordnung der neokolonialen Einflusssphären, die Ausbeutung des schier unbegrenzten Potentials an Arbeitskräften, die Beherrschung der Märkte und nicht zuletzt um den ungehinderten Zugang zu natürlichen Ressourcen und die Absicherung der Transportwege von Rohstoffen und Waren. Dabei haben die verschiedenen Mitgliedstaaten der EU und der NATO durchaus unterschiedliche Interessen, die sich zum Teil gegenseitig ergänzen oder auch widersprechen. Im Unterschied zur Situation vor 100 Jahren ist die Gefahr eines Krieges zwischen den imperialistischen Hauptmächten heute jedoch relativ gering, dafür wächst die Gefahr von immer neuen größeren und kleineren Kriegen der imperialistischen Hauptmächte in anderen Regionen der Welt. (…)

Foto: AF

Hans-Peter Brenner:

Die Frage der „europäischen Integration" und die Dialektik

… Ich halte einen weiteren Punkt für besonders erwähnenswert, weil er mit sehr aktuellen Debatten in der heutigen europäischen Linken verknüpft ist. Dies ist die Diskussion über die „Vereinigung Europas" als eine weitere Antwort auf den Krieg. In der Resolution der Berner Konferenz einiger Bolschewiki von August 1914 wurde nicht nur auf die konsequente revolutionäre und antimilitaristische Propaganda zum Sturz der bürgerlichen Regierungen und Parteien in allen Ländern orientiert. Als zweite Aufgabe wurde außerdem die Propaganda für die „deutsche, die polnische, die russische usw. Republik und zugleich für die *Umwandlung aller einzelnen Staaten Europas in republikanische vereinigte Staaten von Europa"* genannt.
Bei der Überarbeitung dieser Resolution, die Lenin als „etwas schwer (zu) lesen" eingestuft hatte, zu einem offiziellen „Manifest" des ZK der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) wurde diese Orientierung auf ein „Vereintes Europa" nur vier Wochen später zwar wiederholt, aber zugleich auch mit Bedingungen versehen. Die Passage lautete nun:
„Die nächste politische Losung der europäischen Sozialdemokratie muss die Gründung der republikanischen Staaten von Europa sein, wobei die Sozialdemokraten zum Unterschied von der Bourgeoisie, die alles mögliche zu ‚versprechen' bereit ist, nur um das Proletariat in den allgemeinen Strom des Chauvinismus hineinzureißen, die Arbeiter darüber aufklären werden, dass diese Losung durch und durch verlogen und sinnlos ist, wenn die deutsche, die österreichische und die russische Monarchie nicht auf revolutionärem Wege beseitigt werden." Auf einer Konferenz der Auslandssektionen der SDAPR Ende Februar/Anfang März 1915 wurde dieses Manifest des Zentralkomitees ausführlich weiter diskutiert.
Die Konferenz verabschiedete mehrere Resolutionen über den Charakter des Krieges, über die Losung der „Vaterlandsverteidigung", über die Losungen der revolutionären Sozialdemokratie, den Zusammenbruch der II. Internationale, die Gründung der III. Internationale, etc. In einer kurzen Vorbemerkung verwies Lenin darauf, dass auf dieser Konferenz der Auslandssektionen „die Diskussion über die Losung der ‚Vereinigten Staate von Europa' einseitig politischen Charakter annahm und dass der Beschluss gefasst wurde, die Frage bis zur Erörterung ihrer ‚ökonomischen' Seite in der Presse zu vertagen."
Im Juli 1915 veröffentlichte Lenin dann seine berühmt gewordene Broschüre Sozialismus und Krieg". Darin verteidigte er das Recht auch der kleinen Nationen auf nationale Selbstbestimmung. Die internationale Bourgeoisie führe diesen Krieg mit der lügnerischen Parole der „Völkerbefreiung": „Die Engländer versprechen Belgien, die Deutschen Polen die Befreiung usw. In Wirklichkeit wird dieser Krieg … von den Unterdrückern der Mehrzahl der Nationen der Welt geführt, um diese Unterdrückung zu festigen und zu erweitern. Die Sozialisten können ihr großes Ziel nicht erreichen, ohne gegen jede Art von nationaler Unterdrückung zu kämpfen. Sie müssen daher unbedingt fordern, dass die sozialdemokratischen Parteien der unterdrückenden Länder (insbesondere der ‚Groß'mächte) das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen anerkennen und verfechten und zwar ausdrücklich im politischen Sinne des Wortes, d. h. als Recht auf politische Lostrennung …"
Ganz in diesem Sinne vertritt die DKP in ihrem Programm zur Wahl des EU-Parlament im kommenden Mai das Recht der von der EU und der „Troika" ausgeplünderten kleineren und in die Überschuldung gestürzten EU-Mitgliedsländer auf Austritt aus dieser Konstruktion des Imperialismus. Diese EU ist nicht einmal ein traditioneller Vielvölkerstaat, wie es zu Lenins Zeiten das zaristische Russland war; sondern ein von den europäischen – darunter vor allem den deutschen Großbanken und Großkonzernen – dominiertes künstliches Produkt. Hier gilt umso mehr das Recht auf Lostrennung und Loslösung; von dem damals bei Lenin die Rede war. (…)
(…) Hielt Lenin damals und hält die DKP heute deshalb die Kleinstaaterei für die Alternative? Gewiss nicht. Lenin formulierte es so: „Die Verteidigung dieses Rechts (auf Lostrennung) ist keineswegs ein Ansporn zur Bildung von Kleinstaaten, sie führt im Gegenteil zu weit freierer, furchtloserer und daher breiterer und allgemeinerer Bildung von Großstaaten und Staatenbünden, die für die Masse von größerem Nutzen sind und der ökonomischen Entwicklung besser entsprechen." Und schließlich: „Die Idee der rechtlichen Absonderung der Nationen voneinander (…) ist eine reaktionäre Idee."
Um dann den Gedankengang zu beenden mit den Sätzen: „Der Imperialismus ist die Epoche der fortschreitenden Unterdrückung der Nationen der ganzen Welt durch eine Handvoll ‚Groß'mächte, und darum ist der Kampf für die internationale sozialistische Revolution gegen den Imperialismus unmöglich ohne Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen. ‚Ein Volk, das andere unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren.' (Marx und Engels). Ein Proletariat, das sich auch nur mit dem kleinsten Gewaltakt seiner' Nation gegen andere Nationen abfindet, kann nicht sozialistisch sein."Wir sehen also, wie bei Lenin die Frage der Dialektik von Nationalem und Internationalem nicht in einem „Entweder-Oder" versandet, sondern wie genau er zwischen den nationalem Empfindungen und Interessen politisch unterdrückter Völker und derjenigen von Angehörigen unterdrückender Staaten unterscheidet. Das Recht auf Loslösung und Lostrennung von staatliche Großverbänden oder „Staatenbünden" – wie es heute die EU ist – wird immer auch in Verbindung gesetzt mit dem gemeinsamen übergeordneten Interesse des internationalen Kampfs gegen den Imperialismus.
Doch noch im selben Monat nimmt Lenin in einem neuen Grundsatzartikel mit dem Titel „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa" diesen Diskussionsfaden neu auf. Er knüpft an der Diskussion auf der Auslandskonferenz der SDAPR vom März des Jahres 1915 an und stellt fest, dass die Debatte um die Losung der „Vereinigten Staaten von Europa" einen „einseitig politischen Charakter" angenommen habe. Diese Losung sei im politischen Sinne „völlig unanfechtbar", wenn man sie in den Zusammenhang mit dem Sturz der drei reaktionärsten europäischen Monarchien stelle: dem wilhelminischen Deutschland, dem habsburgischen Österreich und dem zaristischen Russland. Doch es bleibe damit die „sehr wichtige Frage nach dem ökonomischen Inhalt und Sinn dieser Losung" bestehen. „Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die „fortgeschrittenen" und „zivilisierten" Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär." Das ist auch der leitende Gedanke unseres Wahlprogramms zur EU-Wahl: „NEIN zum Europa der Banken und Konzerne! JA zum Europa der Solidarität und des Widerstands!

Auszüge aus den Referaten von Daniel Bratanovic und Willi Hoffmeister erscheinen in der nächsten Ausgabe der UZ

Wir trauern um unseren Freund, den Dokumentarfilmer

Manfred Vosz

4. 10. 1935 – 16. 2. 2014

Andreas Achenbach, Marina Achenbach, Angela Antoni, Ernst Antoni, Wolfgang Breuer, Stephan Brüggenthies - Filmbüro NRW, Volker Donath, Thomas Frickel (AG Dok), Uli Gellermann, Magdi Gohary, Almut Hielscher, Erwin Jedamus, Till Kayser, Uta König, Rainer Komers, Hermann Kopp, Emmi Menzel, Helmut Menzel, Rolf Neddermann, Erwin Michelberger, Christel Priemer, Horst Schäfer, Ilse Schäfer, Rosemarie Schatter, Gudrun Schellemann, Erasmus Schöfer, Fred Schmid, Sonja Schmid, Dietrich Schubert, Conrad Schuhler, Peter Strutynski, Hannes Stütz, Dieter Süverkrüp, Ingrid Süverkrüp, Ute Wagner-Oswald, Ingeborg Weber, Tina Weber, Rodja Weigand

Wir nehmen Abschied von

Manfred Vosz,

unserem Gefährten, unserem Mann,
unserem Vater, unserem Opa.

Heidrun Lotz, Idania Vosz, Janosch Voss, Florian Voß, Milla Voss, Lenny Voss, Phil Martini

Einladung

*** Bildungskommission des Parteivorstandes**

Samstag, 8. März 2014, 11.00 Uhr
Hannover, Bezirksbüro der DKP Niedersachsen
Achtung, neue Adresse: Göttinger Straße 58, 30449 Hannover

Es wird um Anmeldung gebeten:
dkp-pv@t-online.de

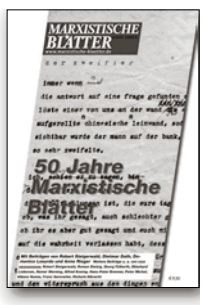
DKP
Deutsche Kommunistische Partei

www.marxistische-blaetter.de

50 Jahre Marxistische Blätter

Blick nach vorn auf die Herausforderungen Robert Steigerwald★**Dass er das Wissen trägt ... Warum man Aufklärung auch heute nicht allein denken und aufschreiben, sondern organisieren muss** Dietmar Dath★**Doppelter Boden der Marx-Renaissance** Georg Fülberth★**»Westlicher Marxismus« und »östlicher Marxismus« – Eine unglückselige Spaltung** Domenico Losurdo ★**Aufgabe der MarxistInnen im Verteidigungskampf der Gewerkschaften** Anne Rieger

Weitere Beiträge:
Was macht das revolutionäre Subjekt ohne Bewusstsein? Na nix. Patrik Köbele★**Marxismus für die A-Klasse – zu Kontinuitäten und Diskontinuitäten** Manfred Sohn★**Zur russischen Syrienpolitik und den Gründen ihres Erfolgs im Herbst 2013** Willi Gerns★**Wolfgang Abendroths Stellung in der gegenwärtigen Demokratiedebatte** Norman Paech ★**Neue Periode sozialer Unruhe – Zur Rolle der neuen »lohnabhängigen Mittelklasse«** Frank Deppe★**Grund zur Resignation? – Ein kurzer Blick auf die Friedensbewegung** Peter Strutynski **u.v.a.**



Einzelpreis 9,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €

Neue Impulse Verlag
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel.: 0201-24 86 482

Zum Internationalen Frauentag

Naturfreundinnen im Widerstand gegen das Vergessen....

Johanna Kirchner (Sozialdemokratin) Lore Wolf (Kommunistin)

Eine Spurensuche mit Texten und Gedichten,
zusammengestellt und vorgetragen von
Frankfurter NaturFreundinnen.
Musikalisch begleitet von der Band POLITOKK.

Freitag, 7. März 2014 im Wiener Hof
Offenbach-Bieber, Langener Str. 23
Beginn 19.30 Uhr – Eintritt 8,- €

DKP Offenbach

Jung, weiblich, prekär – nicht mit uns!

Unter diesem Motto findet die diesjährige Veranstaltung zum Internationalen Frauentag der DKP Baden-Württemberg, des Waldheim Gaisburg und der SDAJ Baden-Württemberg statt.

Sonntag, den 9. Marz 2014 von 14 - 17 Uhr Waldheim Gaisburg, 70186 Stuttgart, Obere Neue Halde 1

Programm:
Beiträge zum Thema von
Christa Hourani (Betriebsrätin in einem Großbetrieb)
Monika Münch-Steinbuch (Ärztin), Genossin der SDAJ

Kulturprogramm:
gestaltet von der Songgruppe „Die Marbacher”
Am Cuba-Stand gibt es Getränke von der roten Insel, Kaffee, Schokolade und vieles mehr
Bücherstand mit Frauenliteratur und aktuellen Titeln

WahlhelferInnen gesucht!

Zur Absicherung unserer Kandidatur benötigen wir noch Unterstützung! Unterschriften sammeln, Plakate aufhängen, Infostände machen und Zeitungen stecken? Du kannst gar nicht genug davon bekommen und möchtest nette Leute treffen?
Dann spende uns deine Zeit und wir machen es möglich! Ab sofort!

Bitte melden unter: dkp.essen@dkp-essen.de

DKP / Karl-Liebknecht-Schule

Am Stadtpark 68, 51373 Leverkusen
Tel: 0214/45418, kls@karl-liebknecht-schule.org
www.karl-liebknecht-schule.org

Wochenendseminar Sa./So. 22./23. März 2014

Klassenkampf, Partei, Demokratie und Sozialismus (Teil 1)

Referenten: Hans-Peter Brenner, Jürgen Lloyd

„Ziel der DKP ist der Sozialismus/Kommunismus. Unter der Voraussetzung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und der gesamtgesellschaftlichen Planung der Produktion kann in einem längeren historischen Prozess eine Ordnung menschlichen Zusammenlebens entstehen, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. (K. Marx / F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, 1848) Für dieses Ziel die Arbeiterklasse und die Mehrheit der anderen Werktätigen zu gewinnen - darum geht es der DKP.“ (aus dem Programm der DKP)

Es gibt guten Grund, uns damit zu beschäftigen, was wir aus diesem im Programm unserer Partei formulierten Anspruch für unsere Politik folgern. Unser Seminar bietet Platz, die Grundlagen unseres Politikverständnisses zu klären und die Diskussion darüber gemeinsam mit anderen Genossinnen und Genossen zu führen.

Themen:
- Wissenschaftlicher und utopischer Sozialismus
- Der „subjektive Faktor“: Bewusstseinsentwicklung und Ideologie
- Rolle und Charakter der Kommunistischen Partei

Für den 8./9. November ist ein Folgeseminar zu diesem Thema geplant. Beide Seminare können aber auch separat besucht werden.

Um rechtzeitige Anmeldung wird gebeten.

Die Anreise kann bereits Freitag zwischen 17 und 22 Uhr erfolgen. Beginn Samstag 10.30 Uhr. Ende Sonntag gegen 14 Uhr.

Einladung

Nach dem zweiten Treffen von Mitgliedern der DKP und anderen MarxistInnen, die sich im Widerspruch zu den Beschlüssen des 20. Parteitags der DKP sehen, lädt das Sekretariat des Parteivorstandes gemäß des Beschlusses der 6. PV-Tagung (www.dkp-online.de/pv) die Mitglieder der DKP, die daran teilgenommen haben, zu einer Aussprache ein. Diese findet statt am

Sonntag, 6. April 2014, 11.15 bis 15 Uhr,
Sitz des Parteivorstandes, Hoffnungstraße 18, Essen

Das Anliegen ist es, laut Beschluss die vorhandenen Widersprüche produktiv zu machen. Neben der notwendigen Debatte um die auf den Treffen und in der Antwort des Parteivorstandes aufgeworfenen Fragen (Strategische Orientierung der DKP, Rolle und Aufgaben der Kommunistischen Partei, Organisationsprinzipien der DKP) ist die wichtigste Zielstellung, zu einer gemeinsamen Umsetzung der Beschlüsse zur Parteistärkung zu kommen.

Um Anmeldung wird gebeten: dkp.pv@t-online.de

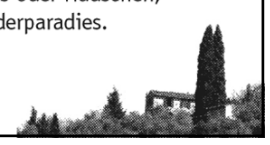
Weingut Eicher
Rheinterrassen
Bachstraße 7, 67577 Alsheim
Tel.: 06249 - 4128, Fax.: 67263
Email: info@weingut-eicher.de

Urlaub im Lotsenhaus an der Ostsee
(14 km von Stralsund)
3 komfortable Fe.-Wo.
Erich und Michaela Bartels
Näheres: Tel. 03831 – 459 366
www.ferien-im-lotsenhaus.de

Urlaub im schönen Havelland
– wald- und wasserreich – Nähe Berlin-Spandau preiswerte Ferienwohnung für 5 Personen (2 Zimmer, Wohnküche – Herd, Kühlschrank, Bad, Dusche, WC). Preis nach Vereinbarung. Näheres Tel./Fax: 033 231/60661

Ferienwohnung in Südfrankreich
Narbonne-Plage
200 m zum Meer
Hiltraut Wurm, 08144 7200
anna.boegel@googlemail.com

Entschleunigung:
Ruhe & Natur satt im Müritz-Nationalpark. 2 FeWo je 2–3 Pers. ganzjährig in Kratzeburg-Granzin. Havel & Havelseen, Boot & Rad.
Info: www.trinogga.de
Tel.: 0331/870796 (AB)

Toskana, nah am Meer
www.toskana-biohof.de | 0039. 0566. 81478
Ökohof im Olivenhain,
weiter Blick, Stille;
große helle Zimmer,
viele gute Bücher,
Haus oder Häuschen;
Kinderparadies.


UZ-Extra zu Frauentag Jetzt bestellen!

Aus dem Inhalt: Nicht in unserem Namen! Die Frauen der großen Koalition stehen für Krieg und Sozialabbau * Kämpfen lohnt sich: Beispiel Einzelhandel * Aufruf zum Ostermarsch * Frauen stehen hinten an: Bei den Löhnen, Renten und in der Ausbildung * DKP-Kandidatur zur EU-Wahl für Frauenrechte * Vier Kandidatinnen stellen sich vor *

Jetzt bestellen!
z.B. 100 UZ Extra für 10,- €
(0,10 € / Stück)
mail to: info@unsere-zeit.de
tel: 0201 17788923
fax: 0201 17788928

Wohnungs- und mietenpolitische Konferenz der DKP

Die wohnungs- und mietenpolitische Konferenz der DKP soll Theorie und Praxis verbinden, einen Erfahrungsaustausch leisten und so konkrete Hinweise erarbeiten, die unmittelbar Anwendung vor Ort finden können. In weiteren Schritten soll daraus ein aktuelles wohnungs- und mietenpolitisches Programm der DKP entwickelt werden.

Tagungsbeitrag 10 Euro, ermäßigt 6 Euro. **Um Anmeldung wird gebeten: dkp.pv@t-online.de**

Samstag 22. März 2014
10 bis 17 Uhr,
Frankfurt am Main, Haus Gallus,
Frankenallee 111, Seminarraum 3

Einladung

Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik

Sonntag, den 30. März 2014, 11.00 bis 16.00 Uhr
Büro der DKP-Niedersachsen
Göttinger Straße 58 in Hannover

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Terminplanung der Kommission
2. Gewerkschaftspolitisches Forum am 03./04.05.2014, Leverkusen, Inhalt und Ablauf
3. Zentrale Orientierungen: TTIP, Tarifeinheit, Normalarbeitsverhältnis
4. Konferenz zur Arbeitszeitverkürzung am 18.10.2014, Hannover
5. UZ-Pressefest
6. Verschiedenes

Um Anmeldung wird gebeten: dkp.pv@t-online.de

Starker Tobak

Betr.: Interview mit Gerd Kupfer, UZ vom 21.2.2014

Als gelegentlicher Leser der UZ und mit dem Mercedes-Werk in Bremen Verbundener möchte ich mich zu dem Interview mit Gerd Kupfer äußern. Vorab möchte ich aber erst einmal feststellen, dass der Artikel auf der Hintergrundseite Werkverträge das Thema gut beleuchtet und auch gleichzeitig die Meldung Hungerlohn am Fließband eigentlich erklären müsste. Hierbei handelt es sich ja wohl eindeutig um einen Werkvertrag. Die direkte Weisung von Daimler Beschäftigten ist dann ein klarer Verstoß gegen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, nicht aber das unterschiedliche Entgelt. Hier sieht man, dass Journalisten weit weg sind von der Realität der Arbeitswelt und sich dann leider von Konzernjuristen wie bei Daimler sagen lassen müssen, dass sie nicht unrecht gehandelt haben.

Fünf Jahre Gefängnis für alle, die mit Leiharbeit zu tun haben. Das ist starker Tobak, aber Moralgelaber, würde im Ernstfall dann ja auch Betriebsräte und Gewerkschaften sowie Politiker hinter Schloss und Riegel bringen. Hat doch die Zukunftssicherungvereinbarung bei Daimler eine Regelung vor fast einem Jahrzehnt geschaffen, was diese Form von Befristungen und Leiharbeit mit acht Prozent begrenzt, wo der Anteil dieser Beschäftigungsart in anderen Betrieben weitaus höher lag und liegt, z. B. bei BMW mit über 30 Prozent. Solche (Daimler-) Vereinbarungen waren die Grundlage für den Tarifvertrag der IG Metall, Leiharbeit zu regulieren. Von daher hat die IGM Bedeutendes auf die Reihe bekommen.

Nach meiner Kenntnis hat es auch weit über 500 Festeinstellungen nach 2010 bei Daimler gegeben, das müsste ein Betriebsrat eigentlich wissen. Unstrittig ist, dass Leiharbeit, Befristung und Werkverträge reguliert, eingeschränkt und teuer gemacht werden, dass die Unternehmen unter Druck geraten und die Betroffenen bedeutend bessere Entgeltbedingungen bekommen als die Stammbelegschaft. Auch eine Diskussion des generellen Verbots ist denkbar. Grundsätzlich bedarf es dazu eines Ausbaus der betrieblichen Mitbestimmung, speziell zu Werkverträgen. Heute weiß eher der Pförtner, wie viele Werkverträge auf dem Gelände sind, als der Personalchef – geschweige denn die Betriebsräte. Wenn Kollege Kupfer Mitglied der IG Metall wäre, müsste er das alles wissen. Alle dargestellten Aktionen sind doch sicherlich von den IG Metall-Vertrauensleuten und -Betriebsräten unterstützt und begleitet worden. Warum muss man eigentlich immer solche Seitenhiebe wie IG Metall und BR austeilen?

Mit kollegialen Grüßen

Karl- Heinz Trecker, Bremen

Anmerkung der Redaktion: *Gerd Kupfer ist Mitglied und Vertrauensmann der IG Metall.*

Der Platz der DKP in der Gesellschaft

Betr. Zum Leserbrief von S. Kassebaum, UZ vom 14.2.2014

„Wenn … ein Sekretariatsmitglied sich berufen fühlt, die Besonderheit und Autonomie der Kommunisten zu betonen" so stellt es sich damit an die Seite anderer „Sektierer": „In allen diesen Bewegungen heben (die Kommunisten) die Eigentumsfrage … als die Grundfrage der Bewegung hervor." (Marx-Engels, Manifest) K. findet es folgerichtig, wenn dann die „nicht-kommunistischen Mitstreiter … mit der DKP …kein Bündnis eingehen wollen." Damit verkennt er aber das Wesen von Bündnissen: zusammen für gemeinsame Interessen streiten, trotz Differenzen in anderen Fragen.

Wenn mögliche Partner mit uns deshalb kein Bündnis eingehen sollten, zeigt das dann, dass ihnen ihre Vorbehalte wichtiger sind als die Ziele des Bündnisses. (Das habe ich selbst in Jahrzehnten allerdings nie erlebt, dass man mich als Kommunisten von der Teilnahme am Kampf für sozialen und demokratischen Fortschritt ausgeschlossen hätte.) Also nur Mut! Nochmal das Manifest: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen." Es würde auch nichts nützen, wenn die Partner uns mitspielen lassen, weil sie gar nicht merken, dass wir Kommunisten sind.

Ich sehe auch keinen Grund, angesichts „unserer erdrückenden Erblast" im Büßergewand daherzukommen. Zu unserem Erbe gehören nicht nur Fehler, sondern auch großartige Leistungen, wie die Abschaffung von Ausbeutung und Arbeitslosigkeit; ebenso der Kampf der KPD gegen die Nazis, vor und nach der Machtübertragung bis zum Schluss. Dazu gehört auch der wesentliche Beitrag der Sowjetunion und der Roten Armee zur Zerschlagung des Faschismus. Auf ähnlich positive Seiten in ihrem Erbe können sich nicht viele berufen.

Fritz Dittmar, Hamburg

Wir bitten darum, uns kurze Leserzuschriften zuzusenden. Sie sollten unter der Länge von einer Spalte bleiben. Die Redaktion behält sich außerdem vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die Redaktion

termine@unsere-zeit.de

FR ★ 28. FEB

Berlin: Veranstaltung der DKP-Gruppe Treptow-Köpenick zum EU-Wahlkampf: „Wie funktioniert das politische System der EU? Welche Positionen hat die DKP zur EU?" mit Rainer Perschewski, Landesvorsitzender der DKP Berlin. PRO, Kiefholzstraße 275, 18.00 Uhr.

Barhöft: „Ja zum Europa der Solidarität und des Widerstands gegen die EU!" Bildungswochenende der DKP Mecklenburg-Vorpommern mit den KandidatInnen der DKP für die EU-Wahl Olaf Harms, Tunia Erler und Robert Kühne. Beginn: 31.2.2014, 18.00 Uhr, Ende: 2.3.2014, 16.00 Uhr. Infos: www.dkp-mv.de/bildung, Anmeldung: bildung@dkp-mv.de.

MO ★ 3. MÄRZ

Hamburg: „Rechtspopulisten in der Europäischen-Union – Alternativen für Europa?" Berichte, Hintergründe und Diskussionen auf dem Gruppenabend der DKP Langenhorn-Fuhlsbüttel. Bürgerhaus Langenhorn, Tangstedter Landtraße 41, 19.00 Uhr.

MI ★ 5. MÄRZ

Braunschweig: „Gewerkschaftspolitik und kommunistische Betriebspolitik – Anspruch und Wirklichkeit!" Diskussion der DKP mit Detlef Fricke, Mitglied des Parteivorstandes der DKP. Brunsviga, Raum G4, Karlstraße, 19.30 Uhr.

FR ★ 7. MÄRZ

Offenbach: „Naturfreundinnen im Widerstand", Frauentagsveranstaltung der DKP. Eine Spurensuche der Frankfurter Naturfreundinnen mit Texten und Gedichten, musikalisch begleitet von der Band Politokk. Wiener Hof, Langenerstraße 23, 19.30 Uhr. Eintritt 8 Euro/erm. 5 Euro.

SA ★ 8. MÄRZ

Düsseldorf-Gerresheim: „Der Kampf der Frauen in Griechenland für die Stärkung des Volksbündnisses, gegen die Monopole und die EU"Frauentagsveranstaltung der DKP mit Anna Grigoriadou, Vertreterin der KKE, und dem Saz-Spieler und Sänger Ozan. „Zur Isa", Friedrich-Wilhelm-Straße 5, 15.00 Uhr.

Hamburg: „Krieg schafft keinen Frieden." Frauentags-Veranstaltung der DKP Langenhorn-Fuhlsbüttel mit Friedensfrauen, Lesung und Livemusik, Klönschnack bei Kaffee und Kuchen und Roten Nelken. Grüner Saal", Im Grünen Grunde 1d, 15.00 Uhr. Eintritt frei.

Hattingen: „Bertha von Suttner: Die Waffen nieder! – Porträt einer Rebellin", Veranstaltung der DKP zum Internationalen Frauentag. Bürgertreff Blankenstein, Marktplatz 3–5, 17.00 Uhr. Eine Kostenbeteiligung von 7 Euro ist, soweit möglich, erwünscht.

SO ★ 9. MÄRZ

Essen: „Trautes Heim – Glück allein?" Bunte Revue des DKP-Frauenarbeitskreises mit Texten, Sketchen und Musik. Zeche Carl, Wilhelm-Nieswand-Allee 100, 12.00 Uhr, Einlass 11.30 Uhr. Eintritt 5 Euro/erm. 3 Euro.

Bremen: Veranstaltung der DKP Land Bremen zum Internationalen Frauentag mit Wera Richter, stellvertretende Vorsitzende der DKP. Das Musiktheater TonArt spielt das Programm „Radio Solidarität – Wir kommen bei 90,4 auf den Punkt" (mit großer Besetzung). Nachbarschaftshaus Helene-Kaisen, Beim Ohlenhof 10, 15.00 Uhr.

DO ★ 13. MÄRZ

Essen: „Che Guevara: Mehr als ein T-Shirt-Motiv", Öffentliche Mitgliederversammlung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Regionalgruppe Essen. Gaststätte Linker, Oberdorfstraße 34, 18.00 Uhr.

FR ★ 14. MÄRZ

Nördlingen: „Schwarzbuch Waffenhandel", Autorenlesung mit Jürgen Grässlin. Veranstaltung von DFG-VK in Zusammenarbeit mit KPF im KV Donau-Ries/Dillingen. Roter Löwe, Baldinger Straße 5, 19.30 Uhr.

Schweinfurt: „Olga Benario – Ein Leben für die Revolution". Filmveranstaltung der DKP. DFG-VK Büro, Gabelsbergerstraße 1, 19.00 Uhr.

SO ★ 16. MÄRZ

Frankfurt: „Ein (Frauen-)Leben in der kommunistischen Bewegung", Erzählcafé der DKP zum Internationalen Frauentag. DGB-Jugendclub, Wilhelm-Leuschner Straße/Untermainkai 68, 14.00 Uhr.

DI ★ 18. MÄRZ

Rostock: „Frauen als politische Gefangene", Roter Stammtisch der DKP Rostock. Café Maya, Wismarsche Straße 21, 19.00 Uhr.

Der Pressefest-Buttonverkauf ist eine Erfolgsgeschichte

Die Hälfte der Zielstellung wurde bereits überschritten – aber das Ziel ist noch nicht erreicht

Fast 20 000 Euro wurden bisher beim Parteivorstand der DKP für die Buttons zur Vorfinanzierung unseres Pressefestes abgerechnet. 3 833 verkaufte Buttons stecken dahinter. Der Optimist wird sich nun freuen: Über die Hälfte des Ziels wurde gestemmt. Der Pessimist wird die noch fehlende Anzahl von 3 167 Stück anmahnen.

Wie auch immer: Die Aufgabe der Partei und der FreundInnen des Pressefestes liegt auch weiterhin darin, den Butttonverkauf mit dem gleichen Elan weiterzuführen, mit dem er begonnen hat. Trotz des tollen Zwischenstandes ist das Ziel noch nicht erreicht, das erforderlich ist, das Pressefest finanziell abzusichern. Und noch schöner ist der Gedanke, das Ziel überzuerfüllen, das gäbe gar noch ein Polster.

In der untenstehenden Tabelle ist – wie es so schön heißt – nach bestem Wissen und Gewissen der Stand der verkauften Buttons nach Bezirken aufgelistet. Zum genauen Verständnis einige Sätze:

Bezirk	Buttons
Baden-Württemberg	645
Berlin	401
Hamburg	280
Hessen	302
Nordbayern	243
Rheinland-Pfalz	57
Rheinland-Westfalen	568
Ruhr-Westfalen	591
Saarland	112
Schleswig-Holstein	45
neue Länder	60
nicht zuordbar	529
Summe	3 833

Es konnten nicht alle Zahlungseingänge genau zugeordnet werden: Immerhin wurde die Summe von 2 645 Euro in Teilbeträgen auf das Pressefestkonto überwiesen. Und wenn dann beispielsweise auf den Bankbelegen ausschließlich (die Banken übertragen nicht mehr alle Zeilen bei Überweisungen) übrig bleibt als Verwendungszweck „500 Euro für Pressefestbuttons" mit dem Absender „Deutsche Kommunistische Partei", wären schon mehr hellseherische Fähigkeiten für die genaue Einordnung erforderlich als die, über die der Bundeskassierer ohnehin schon verfügt und die überdies durch die materialistische Weltanschauung auch nicht abgedeckt werden.

Langer Schreibe kurzer Sinn: Bieten wir weiterhin bei jeder Gelegenheit unseren Freunden, Nachbarn, KollegInnen und allen, die wir sonst noch kennen, unseren Soli-Button an. Das ist nicht zuletzt auch Werbung, die richtig hilft!

Werner Sarbok

Nur Mut!

Jetzt 4 Wochen testen!

unsere zeit

Woche für Woche Originalton DKP

Testabonnement ☐

Ja, ich will die Wochenzeitung **unsere zeit** vier Wochen kostenlos testen.
Das Testabonnement endet automatisch.

Abonnement ☐

Ja, ich abonniere die Wochenzeitung **unsere zeit** für mindestens ein Jahr. Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn es nicht bis sechs Wochen vor Beendigung des Bezugszeitraums schriftlich gekündigt wird.

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum/Unterschrift

Abonnementpreise im Rechnungsversand *Bitte ankreuzen!*

Normalabonnement
☐ jährlich 126,— Euro
☐ halbjährlich 64,— Euro
Förderabonnement
☐ jährlich 160,— Euro
Ermäßigtes Abonnement
☐ jährlich 72,— Euro
☐ halbjährlich 37,— Euro

Abonnementpreise mit Einzugsermächtigung

Ermäßigtes Abonnement
☐ jährlich 66,— Euro
☐ halbjährlich 33,50 Euro
☐ vierteljährlich 17,— Euro
☐ monatlich 6,— Euro
Normalabonnement
☐ jährlich 120,— Euro
☐ halbjährlich 61,— Euro
☐ vierteljährlich 32,— Euro
☐ monatlich 11,— Euro
Förderabonnement
☐ jährlich 160,— Euro
☐ halbjährlich 80,— Euro
☐ vierteljährlich 40,— Euro
☐ monatlich 14,— Euro

☐ **Lieferung im Umschlag**
20,– Euro pro Jahr zusätzlich

Ich ermächtige den CommPress-Verlag hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen.

Kontoinhaber/in

Geldinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

Datum/Unterschrift

Ja, ich bin damit einverstanden, dass Sie mich zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung und der Fortführung des Abonnements kontaktieren. Der Verlag garantiert, dass die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden. Das Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen (per E-Mail: vertrieb@unsere-zeit.de oder per Post: CommPress Verlag GmbH, Hoffnungstraße 18, 45 127 Essen). Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Coupon einsenden an:
CommPress Verlag
Hoffnungstraße 18 – 45 127 Essen
oder faxen an 0201/2 486484

Impressum

unsere zeit (UZ) – Zeitung der DKP (ISSN 0943–4216)

Herausgeber:
Parteivorstand der DKP

Erscheint wöchentlich

Redaktion:
Nina Hager (0201/1778–8914, Chefredakteurin, v. i. S. d. P.), Paul Kranefeld, Manfred Idler, Werner Sarbok

Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernehmen allein die Autor/inn/en die Verantwortung. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Telefon: 0201/225 447
Internet: www.unsere-zeit.de
E-Mail: redaktion@unsere-zeit.de

Verlag
CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18, 45 127 Essen
Geschäftsführer: August Ballin
Telefon: 0201/177 889-23/24
Fax: 0201/2 486 484
E-Mail: vertrieb@unsere-zeit.de

Anschrift von Verlag und Redaktion
Hoffnungstraße 18, 45 127 Essen

Druck
Union Druckerei Berlin GmbH

Bankverbindung
Postbank Köln (BLZ 37 010 050)
Konto-Nr.: 417 099 507

Abo-Verwaltung
Pro-Abo-Service
Postfach 1407, 48 237 Dülmen
Telefon: 0201/2 486 482
Fax: 02 594/98 583
E-Mail: uzabo@t-online.de

Anzeigen
Walter Herbster/Ben Richter
Telefon: 0201/177 889-23/24
Fax: 0201/177 889-28
E-Mail: info@unsere-zeit.de

Anzeigenschluss
ist jeweils Freitag der Vorwoche.

Spendenkonten des DKP-Parteivorstandes:

Für zentrale Arbeit, Pressefest und UZ:
GLS Gemeinschaftsbank e. G. Bochum,
BLZ 43 060 967, Konto-Nr. 4 002 487 500 oder
Postbank Köln, BLZ 37 010 050, Konto-Nr. 80 880 505
Für internationale Solidarität:
Postbank Köln, BLZ 37 010 050, Konto-Nr. 253525502

Meine progressive Woche

Vom 15. bis 21. Februar

Dienstag

Megan Rice (84) ist eine US-amerikanische katholische Nonne. Sie hätte den Friedensnobelpreis verdient oder richtiger einen Preis, der das weltweite Renommee verdient, dessen jener schon längst verlustig gegangen ist.

Megan Rice ist vor anderthalb Jahren mit zwei anderen AktivistInnen auf das Gelände des Y-12 National Security Complex vorgedrungen. Y 12 ist „die" kerntechnische Anlage in den USA und gesichert wie sonst nur Fort Knox. Die drei protestierten dort gegen Atomwaffen und für weltweiten Gewaltverzicht. Gleichzeitig wiesen sie nach, wie „sicher" solcherlei Anlagen tatsächlich sind. Statt des Friedenspreises erhielten sie und ihre Mitstreiterinnen nun endgültig Gefängnisstrafen zwischen drei und fünf Jahren.

Im Gerichtssaal begegneten sich Stolz und Schande der USA Auge in Auge. Der eine vor dem Richtertisch die andere dahinter. Es wird Zeit, dass die Seiten gewechselt werden. Das Spiel dauert schon allzu lang.

Donnerstag

775 Millionen Euro muss die Deutsche Bank an die Erben des verblichenen Medienunternehmers Leo Kirch zahlen. Der Vergleich folgt einer jahrelangen Gerichtsauseinandersetzung, in der Kirchs Anwälte dem Geldinstitut vorgeworfen hatten, es habe die Pleite des Unternehmers durch öffentliche Zweifel an seiner Kreditwürdigkeit verursacht.

775 Millionen Euro. Dafür muss eine alte Oma lange stricken. Für die Milliarden-Jongleure des Global Players Deutsche Bank ist das etwas, was sie aus Image-Gründen öffentlich nie mehr in den Mund nehmen werden: Peanuts.

Freitag

Kein Jahr ohne Diätenerhöhung. Von 2011 steigen die Einkünfte der Bundestagsabgeordneten von 7662 auf 9083 Euro. Endlich ist das Niveau der Bundesrichter erreicht, von dem seit Jahren die Rede ist. Danach sollen sich die Abgeordneten nach dem heute beschlossenen Gesetz an der allgemeinen Lohnentwicklung orientieren.

Ein Hohn: Die Reallohnentwicklung ist seit Jahrzehnten rückläufig, wenn man die prekär Beschäftigten mitberücksichtigt – und wie dürfte man die ausschließen. Im Selbstbedienungsladen Bundestag scheren die Armen unserer Republik jedoch keinen. 2015 wird es heißen: Wir richten uns am Niveau der Besoldungsgruppe B 10 (z. B. Viersternegeneräle) aus: derzeit 11 380,93 Euro. (Es muss ja nicht immer die dem Justizwesen vorbehaltene Besoldungsgruppe R sein). Diese Diätenhöhe wird dann 2019 erreicht. Danach kommt dann B 11 - z. B. Erzbischöfe. Danach ist dann eigentlich Schluss. Aber es muss ja nicht dabei bleiben, was Franz Müntefering über seinen Job einst sagte: „nur Papst ist schöner".

Adi Reiher

Die Milliardengewinne ...

... haben die Krise der Krankenkassen nur verdeckt. 3 500 MitarbeiterInnen will die – nach Beitrag zahlenden – Mitgliederstärkste Krankenkasse Barmer GEK entlassen. Die Kolleginnen und Kollegen sind „nur" weitere Opfer der – gar nicht so – schleichenden Zerschlagung des Gesundheitswesens. (Potentiell) betroffen sind alle beteiligten Gruppen, außer einer – den Pharma-Konzernen.

Olympischer Glanz. Deutsches Elend

Eine Nachbetrachtung der XXII. Winterspiele von Klaus Huhn

Die XXII. Olympischen Winterspiele sind Geschichte und da sie mit einem Debakel für die Bundesrepublik geendet hatten, müht man sich, sie so bald als möglich in Vergessenheit geraten zu lassen. Um das klarzustellen: Kommunisten gehören nicht zu denen, die einen sechsten Rang als Katastrophe betrachten. Wir gehen davon aus, dass die Athleten sich um Medaillen mühten, aber eben – oft sogar hauchdünn – an jenen Plätzen scheiterten, für die Medaillen vergeben wurden. Der Autor verzichtet darauf, die Tatsache zu kommentieren, dass 30 Medaillen für die bundesdeutsche Mannschaft als „Ziel" gesteckt worden waren und erinnert höchstens daran, dass seit fast drei Jahrzehnten darüber geschwätzt und geschrieben wird, dass die „unmenschliche g DDR ihre Athleten bestraften, wenn sie nicht mit der vom Politbüro beschlossenen Zahl der Medaillen wieder nach Hause gekommen waren. Dass die BRD in Sotschi zu den wenigen Mannschaften gehörte, die eine Athletin durch Disqualifikation wegen Dopings verloren, soll in diesem Zusammenhang auch erwähnt werden. Kamen die Dopingtäter nicht aus der DDR, weil sie Ärger oder sogar die Stasi fürchten mussten, wenn sie nicht die vorgeschriebenen Medaillen ablieferten? Ich habe keine Hemmungen daran zu erinnern und andere Kommunisten sollten solche Hemmungen auch nicht haben.

Der „Spiegel" hatte in seiner online-Ausgabe (22. 2. 14) hemmungslos den Hammer geschwungen: „Absturz im Medaillenspiegel, die Zielvorgaben deutlich verfehlt: Die sportliche Bilanz dieser Winterspiele ist aus deutscher Sicht unbefriedigend. Die Spitzenfunktionäre des DOSB sind alarmiert – in zahlreichen Disziplinen droht Deutschland, den Anschluss zu verlieren. Vor diesen Olympischen Winterspielen von Sotschi war sehr viel von Baustellen die Rede gewesen. Es ging um die teilweise skandalösen Bedingungen der Arbeiter und um den Zeitdruck, mit dem die Sportstätten aus dem Boden gestampft werden mussten. Während der Wettkämpfe ist eine neue Baustelle hinzugekommen: der deutsche Wintersport. Nach einer desaströs verlaufenen zweiten Wettkampfwoche muss die Olympia-Bilanz des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) ernüchternd ausfallen. ‚Enttäuschend', absolut unbefriedigend', ‚Rückschritt' – wenn DOSB-Leistungssportdirektor Bernhard Schwank am Ende dieser Tage von Sotschi Sportart für Sportart der Reihe nach durchgeht, werden manchem Verbandsfunktionär die Ohren klingeln. Dabei hatte es zur Halbzeit der Spiele noch so anders ausgesehen. Deutschland hatte den Medaillenspiegel über Tage deutlich angeführt, Generaldirektor Michael Vesper bekam von den Kollegen anderer Nationen täglich Glückwünsche übermittelt, ‚wo immer ich auch auftauchte'. Vesper sprach bei der Zwischenbilanz am vergangenen Samstag von Frühlingsgefühlen, die er verspüre.

Eine Woche später dürfte er in der Herbstdepression angekommen sein.

Foto: newswalkinfo

Einer der erfreulicheren Momente des deutschen Auftretens in Sotschi: Skispringerin Carina Vogt gewinnt das erste Skispringen der Frauen in der Olympiageschichte.

‚Ich komme mir vor wie nach einem Fußballspiel, wo man zur Pause 4:0 führt, und am Ende steht es 4:4', sagte er. Solche Fußballspiele soll es geben." Fügt der UZ-Kommentator hinzu: Niemand soll sich wundern, solche Spiele hat er auch schon erlebt!

Bliebe noch der üble Gag, den sich „Bild" leistete. Das Revolverblatt druckte eine Tabelle. Titel „Ewiger Medaillenspiegel" und fügte zur Erklärung hinzu: „Die Liste der 20 medaillenträchtigsten Nationen bei den Winterspielen (seit 1924)". In Sotschi fanden die XXII. Winterspiele statt. Deutsche nahmen an 20 teil, denn 1924 – sechs Jahre nach Ende des Ersten Weltkriegs – und 1948 – drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs – hatte das IOC sie für nicht olympiawürdig befunden. Von 1949 bis 1990 existierte bekanntlich die DDR als zweiter deutscher Staat. Das Internationale Olympische Komitee erkannte es als Nation an, nahm demzufolge das Nationale Olympische Komitee der DDR in seinen Kreis auf und ließ ab 1956 deren Aktive bei den Winterspielen starten, erst in einer sogenannten gemeinsamen Mannschaft mit der Bundesrepublik und ab 1965 mit einer eigenen Mannschaft. „Bild" ignorierte diese Tatsachen und präsentierte ihren Lesern eine „ewige" Tabelle, die „Deutschland" mit 129 Goldmedaillen an der Spitze sah.

Da die DDR von allen soliden Olympia-Historikern akzeptiert wurde, ergab sich tatsächlich eine etwas andere Tabelle, der man allerdings nicht entnehmen kann, dass „Deutschland" an 20 Winterspielen – also an 90 Prozent der Winterspiele teilgenommen hatte, während die DDR nur an 40 Prozent der Spiele teilgenommen hatte, aber dabei ein Drittel aller Goldmedaillen erkämpft hatte. Das errechnete ich nicht, um „Hurra DDR!" zu jubeln oder „Zurück zur DDR" zu schreiben, sondern einzig und allein, um die Geschichte der Olympischen Spiele zurechtzurücken und das auch im Interesse der Athleten, die die Medaillen mühsam erkämpft haben und in der DDR gefeiert wurden. Und so sähe die realistische Tabelle aus:

Ewiger Medaillenspiegel (korrekt)

Land	Gold	Silber	Bronze
1. SU/GUS/Russl.	124	92	93
2. Norwegen	107	108	91
3. USA	87	96	72
4. Deutschl. BRD	86	91	65
5. Österreich	55	58	72
6. Kanada	53	46	48
7. Schweden	51	35	49
8. DDR	43	39	36

Bliebe noch einiges zu jener unseligen Hetze zu sagen, die monatelang vor Sotschi gegen die Gastgeber dieser Spiele inszeniert worden war. Lassen wir es die Nachrichtenagentur dpa sagen: „Gegner belächelten die ersten Olympia-Winterspiele unter Palmen lange als eine sündhaft teure Laune von Kremlchef Wladimir Putin – doch nun lacht der 61-jährige wieder einmal zuletzt.

Nicht nur übertraf Sotschi 2014 Russlands bestes Edelmetall-Ergebnis bei Winterspielen überhaupt. Dass das Riesenreich Sieger im Medaillenspiegel wurde, malten sich manche in Moskau nicht in ihren kühnsten Träumen aus.

Auch in puncto Sicherheit glänzte Putin. Auch wegen Menschenrechtsfragen waren die Spiele so politisch wie selten. Immer wieder mussten sich die Gastgeber Kritik gefallen lassen, sie missachteten die Rechte etwa von Homosexuellen, den Umweltschutz oder den Anspruch von Gastarbeitern auf Lohn für den Bau der teuren Olympia-Anlagen. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) – allen voran der Deutsche Thomas Bach als Präsident – standen allerdings fest an der Seite Putins, der immer wieder davor warnte, Politik und Sport zu vermischen.

Vor dem Hintergrund des überschwänglichen IOC-Lobs für eine reibungslose Gesamtorganisation, die nicht einmal die sonst üblichen täglichen Lagebesprechungen nötig machten, hielten die Russen auch Rekordausgaben von 37,5 Milliarden Euro für gerechtfertigt. Auch die Ehrentribüne der Winterspiele war rappelvoll. Dass weder der deutsche Bundespräsident noch die Kanzlerin dort anzutreffen waren, ließ nur wenige staunen.

Der rote Kanal

***Zirkus in der DDR*, D 2009**
Der Staatszirkus der DDR war Weltspitze und die Menschen liebten ihn. In den 30 Jahren seines Bestehens kamen 60 Millionen Zuschauer.
Di., 4. 3., 20.15–21.00 Uhr, rbb

***Chruschtschows Reise durch die USA*, F 2012**
Mitten im Kalten Krieg und nach zehn Jahren ständig geschürter Angst vor den Kommunisten besuchte der sowjetische Führer die USA. Bald wich die Angst der Neugier, die sich in einer zwölf Tage währenden medialen Hyperaktivität niederschlug. Während dieser Tage konnten Chruschtschows Auftritte in allen Details am Bildschirm und vor dem Radio mitverfolgt werden: es war das erste Großereignis der Fernsehgeschichte. Chruschtschow gelang es mehr und mehr, die Amerikaner für sich einzunehmen.
Di., 4. 3., 22.00–23.05 Uhr, arte

***Die Welt nach Fukushima*, F 2013**
Fukushima ist nach Tschernobyl das zweite Symbol für den atomaren Super-GAU. Infolge eines Tsunamis war es im März 2011 zu einer Havarie im Atomkraftwerk von Fukushima gekommen. Der Dokumentarfilm hinterfragt die Nutzung von Kernenergie im Allgemeinen und fragt, ob das Restrisiko beherrschbar ist.
Frei., 7. 3., 22.25–23.45 Uhr, arte

***Meine Tante aus Fukushima*, D/Jp 2013**
Die junge Filmemacherin Kyoko Miyake verlässt ihre neue Heimat London, um im entfernten Japan ihre Tante zu besuchen, deren Leben durch die Fukushima-Katastrophe völlig aus der Bahn geworfen wurde. Entgegen aller Prognosen hofft die alte Dame auf einen baldigen Neuanfang in ihrem zerstörten Heimatort Namie, der zur Präfektur Fukushima gehört. Doch dann erklärt die Regierung die Stadt aufgrund der hohen Strahlungswerte endgültig zur Sperrzone. Das sehr persönliche Portrait gewährt Einblicke in eine traumatisierte Gesellschaft, die sich zwischen Hoffnung und Depression bewegt.
Do., 6. 3., 23.15–0.30 Uhr, wdr